



0. Eröffnung der Stadtratssitzung

Stadtratspräsident Roland Christen begrüsst die Anwesenden, insbesondere die geschätzten Gäste und die Medienvertretenden und speziell das neue Stadratsmitglied, Frau Ruth Trachsel, welche heute erstmals den Platz der per 31. Mai 2011 aus dem Stadtrat zurückgetretenen Frau Michèle Rentsch-Ryf (EVP) einnehme.

Seit dem 19. Mai 2011, um 12.21 Uhr sei das Stadratsmitglied Pascal Dietrich Vater. Im Namen des Stadtrates gratuliere er den Eltern, Pascal Dietrich und Janine Nyffeler, zur Geburt ihres Sohnes Luc.

Unter dem heutigen Traktandum Nr. 2 werde die Gemeinderechnung für das Jahr 2010 behandelt. Von der Revisionsstelle der BDO AG sei heute Herr Fritz Rüfenacht anwesend, dem er für dessen Kommen danke.

Aus gesundheitlichen Gründen könne das Stadratsmitglied Fritz Fiechter an der heutigen Sitzung nicht teilnehmen. Stadtrat Fritz Fiechter dürfe sich der besten Wünsche aus dem Ratssaal gewiss sein.

Es gebe kaum jemanden, dem das 207 Jahr alte Drama "Wilhelm Tell" von Friedrich Schiller nicht bekannt sei. "*Durch diese hohle Gasse muss er kommen.*" und "*das ist Tell's Geschoss*" seien bekannte Passagen darin. Das spannende und heisse Stück werde am heutigen Abend in der oberen Märitgasse im Rahmen der 1150-Jahr-Feierlichkeiten von der Abschlussklasse der Elzmatte aufgeführt.

Spannend und heiss dürfte es am heutigen Abend auch im Ratssaal werden. Er danke bereits zum Voraus für ein engagiertes Mitmachen an der Sache. Auch wenn nach dem Grundsatz: "*die Themen sind auszudiskutieren*" vorgegangen werde, gelte am heutigen Abend das Motto: "*In der Kürze liegt die Würze!*" Im Laufe des Abends werde die Sitzung für eine 20-minütige Verpflegungspause unterbrochen.

Er erteilt der Protokollführerin das Wort zur Vornahme des Appells:

- **36** Stadträtinnen und Stadträte sind anwesend.
- **4** Mitglieder des Stadtrats sind entschuldigt abwesend.¹
- **7** Mitglieder des Gemeinderats sind anwesend.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-

¹ Anmerkung der Protokollführung: Zu den Traktanden Nrn. 1 - 3 sind **36** und ab Traktandum Nr. 4 sind **34** Stadträtinnen und Stadträte anwesend



1. Projekt "ict4kids" (technische Ausrüstung und Betrieb der Volksschulen und Kindergärten mit ICT-Infrastruktur); Projektgenehmigung; Bewilligung der Finanzierung, des Abschreibungsmodus und der personellen Ressourcen; Genehmigung und Verabschiedung der Abstimmungsbotschaft zu Händen der Volksabstimmung vom 27./28. August 2011 - Fortsetzung der Beratungen

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtratspräsident Roland Christen: Anlässlich der Stadtratssitzung vom 28. Februar 2011 sei die Vorlage "ict4kids" bereits behandelt worden. Mittels eines angenommenen Ordnungsantrages sei die Beratung jedoch bis heute unterbrochen worden. Die Beratung könnte theoretisch mit der Beantwortung der von Stadtrat Daniel Steiner gestellten Fragen wieder aufgenommen werden, was jedoch nicht so vorgesehen sei. Ähnlich wie bei einem Filmriss üblich, werden ein paar Sekunden - am heutigen Abend ein paar Minuten - wiederholt, um in die Thematik einzusteigen.

Nach geführter Rücksprache mit dem Präsidenten der Geschäftsprüfungskommission Herrn Urs Zurlinden, dem Stadtschreiber Daniel Steiner sowie der stellvertretenden Stadtschreiberin Mirjam Tschumi Walder, schlage er folgendes Vorgehen vor:

Detailberatung: A Stellungnahme des Gemeinderates und der vorberatenden Kommissionen

Frau Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini, Ressortvorsteherin Bildung und Jugend werde kurz und ohne den Beizug von Expertinnen und Experten Stellung zur Vorlage beziehen. Obwohl die Vorlage des Gemeinderates materiell keine Änderung erfahren habe und die nochmalige Behandlung des Geschäftes durch die Geschäftsprüfungskommission rechtlich nicht erforderlich wäre, werde der Präsident der Geschäftsprüfungskommission, Urs Zurlinden, auch an dieser Sitzung noch einmal auf die Beratung der Geschäftsprüfungskommission eingehen.

B Allgemeine Diskussion und Antragstellung zur Vorlage (Fraktionen, Einzelsprechende)

Schlussabstimmung: 1. Abstimmung über den Beschlussesentwurf (Ziffer I.)

2. Beratung und Abstimmung über Ziffer II. des Beschlussesentwurfs betreffend den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten

Änderungsanträge zum Abstimmungsbotschaftstext seien dem Ratsbüro in schriftlicher Form abzugeben.

A Stellungnahme des Gemeinderates und der vorberatenden Kommissionen

Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini: Herr Stadtratspräsident Roland Christen habe bereits erwähnt, dass das Geschäft für die Stadtratssitzung am 28. Februar 2011 erstmals traktandiert, behandelt und besprochen worden sei. In den damals geführten Voten seien viele berechnete Fragen gestellt worden, die sie nicht alle aus dem Stegreif habe beantworten können. Sie und der Gemeinderat seien dem Votanten dankbar, der den Antrag gestellt habe, die Beratung zu unterbrechen, da damit der Gemeinderat in Zusammenarbeit mit der Verwaltung die Gelegenheit erhalten habe, auf all die gestellten Fragen fundierte Antworten liefern zu können. Im Anschluss an die Stadtratssitzung vom 28. Februar 2011 seien alle Fraktionen schriftlich aufgefordert worden, noch hängige Fragen bis am 15. März 2011 zu stellen. Total seien 35 Fragen eingereicht worden. Der Gemeinderat habe die Fragen von den Experten beantworten lassen und die Antworten allen Stadträtinnen und Stadträten am 10. Mai 2011 zusammen mit umfangreichen Unterlagen (Konzepten; Infomatikstrategie der Volksschule) zugestellt. Der Versand sei erfolgt, um allen Stadträtinnen und Stadträten genügend Zeit einzuräumen, sich mit den detaillierten Antworten und Strategien befassen zu können.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Die Stadt Langenthal sei stolz auf ihre Bildungs-Kultur, die nicht nur aus dem Gymnasium, der Berufs- und Gewerbeschule und der kaufmännischen Berufsschule (bzl) bestehe. Der Stolz beziehe sich besonders auch auf die Grundschule. Mit der Zustimmung zur Vorlage und somit zu den beantragten Anschaffungen werde den Lehrpersonen die Möglichkeiten und die nötigen Instrumente in die Hände gegeben, um den verbindlichen Lehrplan mit den von der Erziehungsdirektion (ERZ) vorgegebenen Lehrmitteln, umsetzen zu können.

Sie vertraue darauf, dass das umfassende Geschäft am heutigen Abend verabschiedet werden könne. In all die Konzepte sei viel Herzblut geflossen. Es liege nun an den Stadträtinnen und Stadträten, der Vorlage eine Chance zu geben und diese so zu verabschieden, dass auch das Stimmvolk darüber abstimmen könne. Der Gemeinderat empfehle das Geschäft zur Genehmigung.

Urs Zurlinden, GPK-Präsident: Die Geschäftsprüfungskommission habe inhaltlich nicht mehr lange über das unglücklich gestartete Geschäft "ict4kids" gesprochen. Die Geschäftsprüfungskommission habe festgestellt, dass die vielen Fragen nun mehr oder weniger umfassend beantwortet seien, womit eine abschliessende Meinungsbildung jetzt möglich sei. Die Geschäftsprüfungskommission habe auch festgestellt, dass die "Zusatzschleife" auch in der Verwaltung nicht etwa mürrisches Murren wegen zusätzlicher Arbeit ausgelöst habe, sondern sogar begrüsst worden sei. Weiter sei festgestellt worden, dass die Vorlage formell richtig bearbeitet worden sei.

Ein Punkt habe in der Geschäftsprüfungskommission besonderes Interesse erweckt. Der Rahmenkredit sei ein Punkt, der erst in der 2. Lesung - und erst noch besser - sichtbar geworden sei. Die Geschäftsprüfungskommission habe sich mit Fragen befasst, wie der Rahmenkredit rechtlich abgesichert sei und welche Konsequenzen damit verbunden seien. Das vom Gemeinderat vorgeschlagene Vorgehen, einen Rahmenkredit zu bewilligen, stütze sich auf die bernische Gemeindegesetzgebung und sei auch in der Stadtverfassung verankert (Art. 6 Abs. 5: "*Rahmenkredite sind Verpflichtungskredite für mehrere Einzelvorhaben, die zueinander in einer sachlichen Beziehung stehen. Der Beschluss über den Rahmenkredit bestimmt, welches Organ die einzelnen Objekte beschliessen darf.*"). Im heute zu fällenden Beschluss und Antrag an die Stimmberechtigten stehe unter Punkt 2.: "*Der Gemeinderat wird ermächtigt, alle für die Umsetzung des Projektes «ict4kids» notwendigen Objektkredite zu bewilligen*". Das heisse, dass der Gemeinderat auch auf Antrag einzelne der Objektkredite bewilligen könne, die aufgrund ihres Umfangs eigentlich dessen Finanzkompetenzen übersteigen würden. Die Gesamtsumme der einzelnen Objektkredite dürfe den Rahmenkredit jedoch nicht überschreiten.

Jetzt liege es am Stadtrat, dem Vorgehen zuzustimmen oder nicht. Aus rechtlicher Sicht bestätige die Geschäftsprüfungskommission die Richtigkeit der Vorlage.

B Allgemeine Diskussion und Antragstellung zur Vorlage (Fraktionen, Einzelsprechende)

Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion: Einleitend schicke er voraus, dass er selber zwei Kinder in den Langenthaler Volksschulen bzw. im Kindergarten habe und, dass dort ausgezeichnete Arbeit geleistet werde. Ebenfalls schicke er voraus, persönlich nicht gegen die ICT-Vorlage zu sein. Alle, die an der Stadtratssitzung vom 28. Februar 2011 anwesend gewesen seien, würden wissen, dass es sich um einen "Betriebsunfall" gehandelt habe.

Die EVP/glp-Fraktion habe sich noch einmal eingehend mit der ict4kids-Vorlage auseinandergesetzt. In den Diskussionen sei es natürlich auch um die ominöse Sitzung vom 28. Februar 2011 und dem, was in der Zwischenzeit passiert sei, gegangen. In der EVP/glp-Fraktion sei man sich einig, dass an der Sitzung vom 28. Februar 2011 zwei Problemebenen zum Vorschein gekommen seien, in denen Unzufriedenheit herrsche: Einerseits habe die Art und Weise, wie "ict4kids" an besagter Sitzung von der Ressortvorsteherin Bildung präsentiert worden sei, für Unmut, Unsicherheit und Unverständnis gesorgt. Andererseits sei "ict4kids" nach dem Projekt "Tagesschule" eine weitere Bildungsvorlage, welche die Mängel und eine Führungsschwäche in der städtischen Bildungspolitik ganz klar offengelegt habe.



In seinem Votum trete er auf beide Ebenen (Vorlage und Mängel) ein, werde aber versuchen, diese strikt voneinander trennen:

- **ict4kids-Vorlage:** Persönlich glaube er, dass sich alle einig seien, dass an der Sitzung vom 28. Februar 2011 ein parlamentarischer Betriebsunfall passiert sei. Gewählte Volksvertreter - wozu auch er gehöre - haben damals - wie Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini bereits gesagt habe - diverse berechnete Fragen gestellt, darauf aber - entweder aus Unfähigkeit oder mangels Willen - keine Antworten erhalten. Die Beratung des Geschäfts sei deshalb zu Recht vertagt worden, da es in der Verantwortung des Parlaments liege, auf dem Hintergrund einer möglichst vollständigen Faktenlage – und dazu gehörenden Antworten auf Fragen – entscheiden zu können.

In der Zwischenzeit seien viele Antworten geliefert worden, so dass heute auf einer ganz anderen Basis entschieden werden könne. Die EVP/glp-Fraktion sei sich sicher, dass die Verzögerung der Vorlage gut getan habe, weil es unverantwortlich gewesen wäre, die ict4kids-Vorlage dem Volk so vorzulegen, wie sie am 28. Februar 2011 präsentiert worden sei. Die Verzögerung sei also wichtig und richtig. Auch wenn die Vorlage in den Grundzügen immer noch dieselbe sei, sei sie nun besser in den Parteien verankert, da eingehende Diskussionen - auch in der Lehrerschaft - geführt worden seien und weil diverse Unklarheiten und Missverständnisse ausgeräumt und geklärt werden konnten. Das schale Bauchgefühl, das vermutlich auch die 17 anderen beschlichen habe - die den Ordnungsantrag von Stadtrat Beat Sterchi (Unterbruch der Sitzung) am 28. Februar 2011 unterstützt haben - sei etwas gewichen.

Eigentlich hätte diese Überzeugungsarbeit bei den Parteien und der Einbezug der Parlamentarier viel früher, nämlich vor der Sitzung am 28. Februar 2011, passieren müssen. Diesen Vorwurf müsse die Ressortvorsteherin Bildung auf ihre Kappe nehmen.

Die EVP/glp-Fraktion sei der Meinung, dass heute ein Grundsatzentscheid zu fällen sei. Der Entscheid laute, ob dem Gemeinderat das Vertrauen für einen Rahmenkredit entgegengebracht werden soll oder nicht. Das Prinzip des Rahmenkredits gebe dem Gemeinderat relativ grosse Freiheiten. Dieser habe sich diese Freiheit auch bereits bei der Beantwortung der Fragen genommen, indem er sich beispielsweise immer noch nicht konkret zur Frage der Beamer, dem Mengengerüst oder der Übergangslösung im Kreuzfeld geäußert habe. Dazu hätte er persönlich gerne konkretere Antworten gehört.

Der Gemeinderat trage mit dem Rahmenkredit aber auch eine grosse Verantwortung, indem er die verfügbaren Mittel effizient und wirkungsvoll einsetzen müsse. Die EVP/glp-Fraktion erwarte vom Gemeinderat, dass er diese Verantwortung wahrnehme und sich bei jeder Investition frage, welcher pädagogische Mehrwert mit der geplanten Investition denn auch tatsächlich zu erwarten sei oder ob es sich nur um ein "Nice to have" handle. Diesbezüglich stelle sich ihm persönlich immer noch ein grosses Fragezeichen. Die grosse Investition von Fr. 4,2 Mio. bzw. die wiederkehrende Kosten müssen seiner Meinung nach einen pädagogischen Mehrwert haben und als das auch bemerkbar sein.

Die EVP/glp-Fraktion habe schlussendlich entschieden, dem Gemeinderat dieses Vertrauen entgegenbringen zu wollen und stimme der ict4kids-Vorlage in der vorliegenden Form zu, obwohl nicht alle Fragen restlos geklärt und nicht überall konkrete Antworten geliefert worden seien: Neben den erwähnten offenen Punkten sei als ein weiteres Beispiel auch die Argumentationsweise gegen eine Leasing-Lösung zu nennen, die immer noch äusserst dürftig sei, zumal es diverse Gemeinden gebe, die die ICT-Infrastruktur für die Schulen leasen. Die EVP/glp-Fraktion hoffe sehr, dass die grossen Investitionen, die heute Abend wohl gesprochen werden, auch wirklich einen pädagogischen Mehrwert bringen.

Persönlich würde er lieber in Personen (Lehrkräfte) investieren. Aus dem Artikel im Langenthaler Tagblatt von heute gehe heraus, wie er sich dafür einsetze, dass junge Lehrkräfte einen besseren Lohn erhalten. Er habe demgemäss immer noch Zweifel, dass Investitionen in die Infrastruktur die Bildungsqualität der Langenthaler Volksschulen, welche bereits heute hoch sei, wirklich in diesem Ausmass steigern. Weniger als dies dürfe angesichts des Investitionsvolumens (Fr. 4,2 Mio. einmalige Investitionen, eine halbe Million wiederkehrende Ausgaben) nicht erwartet werden.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Die Erwartungshaltung eines Politikers, einer Lehrkraft und der Eltern müsse die sein, dass diese Investitionen auch eine spürbare Steigerung der Bildungsqualität in den Langenthaler Volksschulen auslösen.

- Beleuchtung der Mängel in der städtischen Bildungspolitik: ict4kids sei ein weiterer Puzzle-Stein, welcher Schwächen in der politischen Führung des Bildungsbereichs gnadenlos offenlege. Im vergangenen Jahr seien schon die Tagesschulangebote auf den allerletzten Drücker umgesetzt worden. Beide Vorlagen – Tagesschule und ict4kids – seien mit Verspätung in den Stadtrat gekommen, so dass der Stadtrat eigentlich nicht seriös darüber habe befinden können. Er fordere nun bestimmt zum dritten Mal, dass dies einfach nicht mehr passieren dürfe. Es gebe diverse kantonale Entwicklungen im Bildungsbereich, die Langenthal schon bald betreffen werden. Zu nennen seien beispielsweise die Schulsozialarbeit oder die neue Finanzierung der Volksschule. Die zugehörige Revision des Volksschulgesetzes werde noch im Herbst dieses Jahres im Grossen Rat über die Bühne gehen, womit die Themen aktueller denn je sein werden.

Die Bildungsstadt Langenthal brauche eine vorausschauende Bildungspolitik und eine politische Führung im Bildungsbereich, die mehr mache, als "hüb-chläb" zu verwalten. Bildungspolitische Entwicklungen müssen frühzeitig erkannt werden und frühzeitig in den betreffenden Gremien diskutiert werden. Langenthal müsse sich aktiv an der kantonalen Bildungspolitik beteiligen und nicht warten, bis die Befehle aus Bern kommen und die kantonalen Verordnungen umgesetzt werden müssen. Aus diesem Grund reiche er heute Abend einen Vorstoss mit dem Titel "*Bildungspolitik in Langenthal: Besser verwalten und selber gestalten*" ein, welcher vor Allem auch die zukünftige Langenthaler Bildungspolitik thematisiere. Er sei der Meinung, dass nicht einmal gut verwaltet - geschweige denn, gut gestaltet werde.

Mit dem Vorstoss wolle er auch die zukünftige Langenthaler Politik thematisieren. Es sei sicher auch für die heute im Saal anwesenden Lehrkräfte spannend zu wissen, worin die Problematik eigentlich bestehe, dass er als berufstätiger Lehrer so gehässig reagiere. Unter anderem interessiere ihn

- was der Gemeinderat unternehmen wolle, damit in Zukunft Bildungsvorlagen nicht mehr auf den letzten Drücker in den Stadtrat kommen, wie dies nun schon zwei Mal der Fall gewesen sei?
- warum sich die Stadt Langenthal - im Gegensatz zu einem grossen Teil der bernischen Städte - nicht an den Vernehmlassungen zum Musikschulgesetz oder zur Teilrevision des Volksschulgesetzes beteiligt habe?
- warum der Gemeinderat in den vergangenen Jahren keine befristete Erhöhung der Personalressourcen im Bildungsbereich ins Auge gefasst habe, obwohl es offenbar sei, dass viele Projekte zu bearbeiten seien?
- was für Überlegungen zur Schulsozialarbeit gemacht worden seien? Dieses Thema basiere nota bene auf einem Vorstoss aus dem Jahre 2006 des jetzigen SP-Gemeinderates Reto Müller. Im Geschäftsbericht der Stadt stehe, dass diesbezüglich noch nichts unternommen worden sei.
- Wie verhält es sich mit der Basisstufe, wie mit dem obligatorischen zweijährigen Kindergarten?
- was bedeutet die Verlegung des Stichtages für den Eintritt in den Kindergarten vom 30. April auf den 31. Juli?
- welche Auswirkungen hat die neue Finanzierung der Volksschule auf die Stadt Langenthal?
- welche bildungspolitischen Akzente wollen gesetzt werden, zumal immer wieder gesagt werde, dass die Bildungsstadt Langenthal wichtig sei.

Er hoffe, dass der Vorstoss einen Beitrag dazu leiste, dass sich der Gemeinderat bzw. das Ressort Bildung endlich Gedanken mache.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Die EVP/glp-Fraktion hoffe, dass endlich Schluss mit "5 vor 12-" und betreffend das Projekt ict4kids mit "5 nach 12"-Bildungsvorlagen sei und, dass der Gemeinderat (die Ressortvorsteherin Bildung) endlich ihre strategische und operative Verantwortung im Bildungsbereich wahrnehme.

Zusammenfassend halte er fest, dass die EVP/glp-Fraktion die ict4kids-Vorlage unterstütze. Die Verzögerung, welche durch die Sitzung vom 28. Februar 2011 ausgelöst worden sei, sei richtig und wichtig und habe die Qualität der Vorlage und deren Verankerung in der Politik und vielleicht auch in der Lehrerschaft gestärkt. Die Vorlage habe aber leider einmal mehr die Führungsschwäche in der Langenthaler Bildungspolitik offengelegt. Die EVP/glp-Fraktion erwarte diesbezüglich in Zukunft - im Hinblick auf das Bildungsamt - Verbesserungen. Persönlich fordere er die Amtsvorsteherin Frau Dr. Brigitte Müller auf: *"Geben Sie Gas!"*

Helena Morgenthaler, SVP-Fraktion: In der Sache sei das vorliegende Projekt von der SVP-Fraktion immer begrüsst worden. Alle aufgetauchten Fragen seien mit den am 10. Mai 2011 allen Parlamentariern zugestellten Dokumenten beantwortet worden. Die SVP-Fraktion sei mit den Antworten zufrieden und danke dafür. Im Verlauf der letzten Wochen habe die Möglichkeit bestanden, allenfalls Punkte, hinter denen noch Fragezeichen gestanden haben, zu klären. Die Absegnung eines solches Millionengeschäfts bedürfe der vorgängigen Klärung offener Fragen. Persönlich sei sie jedoch der Meinung, dass offene Punkte und Fragen weitestgehend im Vorfeld (in den Kommissionen) geklärt und gestellt werden sollten.

Der Grund, das Projekt mittels Rahmenkredit zu finanzieren, werde in den am 10. Mai 2011 verschickten Akten deutlich hervorgehoben und speziell gut erklärt. Der SVP-Fraktion erscheine diese Finanzierungsvariante plausibel.

Die SVP-Fraktion stehe geschlossen hinter der Vorlage und sei überzeugt, dass das Projekt, so wie es sich präsentiere, auch beim Stimmvolk eine gute Akzeptanz finden werde.

Therese Grädel-Fankhauser, SP/GL-Fraktion: Die SP/GL-Fraktion stehe nach wie vor geschlossen hinter allen vier Konzepten.

Persönlich finde sie, dass das pädagogische Konzept ganz klar eine Verbesserung bringe. Die an der Stadtratssitzung vom 28. Februar 2011 entstandene Dynamik habe wegen der vorhandenen Unsicherheiten wohl alle etwas in Erstaunen versetzt. Sie persönlich glaube, dass viele dieser Unsicherheiten, Fragen und Fragezeichen mittlerweile geklärt werden konnten. Allen, die im Hintergrund an der Klärung dieser Fragen gearbeitet haben, danke sie. Den Parlamentariern habe nun wirklich genug Zeit zur Verfügung gestanden, um sich tief mit der Thematik zu beschäftigen und um sich damit auseinandersetzen zu können.

In der Vorlage gehe es um einen Rahmenkredit. Sie habe sich vorgestellt, dass ein Rahmenkredit in etwa mit einem Hausbau verglichen werden könne. Wer ein Haus baue, wisse, was für ein Haus (Einfamilienhaus) er wo (Langenthal) bauen wolle und was es in etwa koste. Ein plötzliches und zu diesem Zeitpunkt ausbrechendes Gekeife darüber, ob der Wohnzimmertisch bei Bösigers oder in der Migros gekauft werden soll, könne dem Bauvorhaben nicht dienlich sein.

Sie habe eine ganz persönliche Lehre aus dem Ganzen gezogen, nämlich, dass Geschäfte dieser Wichtigkeit, dieses Umfangs und mit solch hohen Beträgen in den Fraktionen und in den Parteien tief verankert sein müssen. Wenn sie sich vorstelle, sich vielleicht im Stadtrat einmal für das Stadttheater einsetzen zu müssen, dann sei ihr noch mehr bewusst, dass ein solch wichtiges Geschäft einer immer wieder notwendigen Berichterstattung und dauernden Auseinandersetzung bedürfe.

Wer die Berge von Akten gesehen habe, die es zu studieren gegeben habe, habe sicher auch kaum gewusst wo mit lesen begonnen werden soll, insbesondere da alle Parlamentarier einer beruflichen Tätigkeit nachgehen und deren zeitliche Mittel deshalb begrenzt seien. In diesem Sinne bitte sie um Zustimmung zur Vorlage.



Christoph Kuert, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion gönne es den Schülerinnen und Schülern, den Lehrerinnen und Lehrern herzlich, davon zu profitieren, dass die Stadt Langenthal eine millionenschwere Investition in die Ausrüstung der Schulen und damit in deren Qualität tätige. Der Gemeinderat habe die Vorlage "ict4kids" nach der doch etwas überraschenden Aufschiebung der Behandlung an der Sitzung am 28. Februar 2011 offenbar sehr ernst genommen und die Stadtratsmitglieder nun mit einem Berg aus Papier eingedeckt, wie es bis anhin noch kaum vorgekommen sei. Ein herzliches Dankeschön gebühre all jenen in der Schule und in der Verwaltung, die sich dafür dermassen ins Zeug gelegt haben.

Auch die hängigen Fragen, die den Grund für die Aufschiebung der Beratung geliefert haben, seien nun ausführlich und verständlich beantwortet. Wie weit die Fragen zufrieden stellend beantwortet worden seien, sei in der Diskussion der FDP/jll-Fraktion offen geblieben.

Die grosse Mehrheit der FDP/jll-Fraktion werde der Vorlage "ict4kids" zustimmen, ohne die kritischen Voten in der Fraktion übergehen zu wollen. Es gebe Teilaspekte in diesem Projekt, die guten Gewissens hinterfragt werden können. Betreffend die finanzielle Dimension (Investitionsbetrag über Fr. 4 Mio.) haben sich einzelne Fraktionsmitglieder etwas besorgt gezeigt. Es gelte sich zu fragen, ob die Internet- und Computertechnologie tatsächlich einen dermassen hohen Stellenwert für die Schülerinnen und Schüler habe und, ob die Nutzung dementsprechend sei. Fraglich sei auch, wie es sich mit den Schulbüchern verhalte, da nach wie vor vernehmbar sei, dass eher zu wenig als zu viele Schulbücher zur Verfügung stehen. Die FDP/jll-Fraktion halte das Buch immer noch für ein kulturelles Gut. Erfahrungsgemäss müsse in der Sprachbeherrschung - vor Allem in der schriftlichen Sprachbeherrschung - ein Defizit verzeichnet werden, wie es bei Schulabgängern der letzten Jahre zunehmend feststellbar sei. Das zeige, dass nicht surfen und die Textverarbeitung am Bildschirm, sondern eher das Lesen und Arbeiten mit Büchern zur Verbesserung der Sprachbeherrschung beitragen.

In der FDP/jll-Fraktion gebe es auch Stimmen, die bedauern, dass das Leasingkonzept beim Kauf der Geräte (Hardware) nicht weiterverfolgt worden sei.

Die FDP/jll-Fraktion gehe davon aus, dass der Gemeinderat auch bemerkt habe, dass eventuell noch ein Sparpotential bei den mit Fr. 200'000.00 veranschlagten Kosten für die Übergangslösung im Kreuzfeld bestehen könnte. Da die Vorlage ein Rahmenkredit von Fr. 4,23 Mio. beinhalte, habe der Gemeinderat ja entsprechende Optimierungsmöglichkeiten, die er sicherlich zu nutzen wissen werde.

Die FDP/jll-Fraktion habe sich bereits an der Februar-Sitzung zu "ict4kids" vernehmen lassen und sei auch damals schon grundsätzlich grossmehrheitlich für die Annahme der Vorlage gewesen, wie das heute auch der Fall sei. Die überarbeitete Botschaft an die Stimmberechtigten sei aus Sicht der FDP/jll-Fraktion in Ordnung.

Die FDP/jll-Fraktion wünsche dem Gemeinderat bei der Umsetzung, den Schülerinnen und Schülern sowie dem Lehrkörper bei der späteren Anwendung des Projektes "ict4kids" viel Erfolg.

Armin Flückiger: Obschon es eigentlich berechtigt wäre, äussere er sich heute Abend nicht zu Auftritten gewisser Personen, deren negative Äusserungen unter Anderem dazu geführt haben, dass in diesem Geschäft ein Zwischenhalt habe eingelegt werden müssen. Dass Missgunst, Unwissenheit, Profilierungssucht Teile von Gründen ständiger Kritiker und Besserwisser seien, habe er am Wochenende in der Presse lesen können. Er habe aber am Wochenende auch andere Meinungen sowie Dank, Anerkennung und Freude von Langenthalern und Auswärtigen erfahren dürfen. Die Freude und Anerkennung, aber auch die Motivation und die Kraft möchte er den Kolleginnen und Kollegen, die unter den heute anwesenden Zuschauern gespannt auf den heutigen Stadtratsentscheid zur "ict4kids-Vorlage" warten, weitergeben.

Eine grandiose Leistung sei der Umzug am nächsten Samstag, an dem die Schule mit 1'963 Beteiligten zu Gunsten der Langenthaler Bevölkerung mitmache.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Zum Geschäft:

- Der Rahmenkredit sei für ihn in Ordnung. Er vertraue darauf, dass der Gemeinderat das Richtige tue und die Umsetzung steuere.
- Er unterstütze an dieser Stelle die Voten von Stadtrat Daniel Steiner klar, welcher verlange, dass ein pädagogischer Mehrwert vorhanden sein müsse.
- Was die Höhe der Summe betreffe, müsse beachtet werden, dass rund Fr. 1,7 Mio. zum Bau gehören.
- Mengengerüst: Im Zusammenhang mit der Frühfranzösisch- und der Frühenglisch-Thematik sei er letzte Woche in Burgdorf gewesen. Der Kanton empfehle für die Ausbildung der Drittklässler in Frühfranzösisch vier Geräte pro Schulzimmer (für die Schüler drei Geräte, und ein Gerät für die Lehrperson). Langenthal habe ein Gerät für die Schüler und ein Gerät für die Lehrperson vorgesehen, was nicht überrissen sei.
- Beamer und Leinwände: Anfang des 19. Jahrhunderts seien im Glarnerland Tafeln eingeführt worden. Irgendwann sei die Einführung fertig gewesen, wie dies etwa 1960 in Deutschland der Fall gewesen sei. Nachher sei der Hellraumprojektor gekommen, der heute am auslaufen sei, weil niemand mehr hunderte von Folien gestalten wolle. Heute gehören Beamer und Leinwand zum Schulalltag. Ein Beamer (plus Leinwand) müsse fix in jedem Klassenzimmer installiert sein, in dem unterrichtet werde, um ihn innerhalb kürzester Zeit einschalten zu können. Alles andere sei sinnlose Arbeitsorganisation, die sicher nichts bringe und auch kosten würde, wenn man die Minuten zählen würde, die es brauche bis ein nicht fix installiertes Gerät zum Laufen gebracht werden könne. Für ihn würde diese Ausrüstung eigentlich schon seit Jahren zum Alltag gehören.
- Ziellose und visionslose Bildungspolitik in Langenthal: Dazu seien heute schon ein paar Sachen erwähnt worden, auch habe bereits einiges darüber gelesen werden können. Er bestreite nicht, dass ein paar Sachen wahr seien, möchte dazu aber zwei, drei Punkte erwähnen:
 - Betreffend Artikel 17 (VSG vom 19. März 1992) "Integration und besondere Massnahmen": Ziel sei es heute, alles zu integrieren. Jeder Schüler - ob er laufen könne oder nicht, spiele gar keine Rolle - werde integriert. Langenthal bleibe diesbezüglich konservativ und behalte Teile von Klassen, die besonderer Förderung bedürfen, was nicht als ziellos, sondern als super visionär bezeichnet werden könne. Es sei optimal für die guten Schulen in Langenthal, kindgerecht und vor Allem lassen sich damit die Lehrpersonen halten.

Das Integrationsvorhaben beispielsweise sei sinnlos, da es eben dazu führe, dass Lehrkräfte nicht mehr unterrichten wollen, weil es pro speziellen Schüler etwa vier zusätzliche Lehrpersonen und elf Lektionen pro Woche zusätzlich brauche, was wohl kaum das Billigste sein könne. Diesbezüglich lasse das Budget 2012 des Kantons Bern wohl grüssen. Persönlich sei er froh, dass Langenthal nicht allem nachrenne, was von der Erziehungsdirektion eigentlich vorgeschrieben werde.
 - Sprachbeherrschung: Zu diesem Punkt, der von Stadtrat Christoph Kuert bereits angetönt worden sei, halte er fest, dass es 1. ein Lehrmittelkonzept gebe. Die Lehrmittel seien zum Teil aus finanziellen Gründen zurückgestellt worden. Es liege ein Konzept vor, wonach die Schulzentren die Lehrmittel in den nächsten Jahren ganz gezielt ergänzen werden. Das Schulzentrum 1-3 habe bereits damit begonnen. Das Schulzentrum 4 und das Schulzentrum Elzmatte werden ihre Lehrmittel auch systematisch ergänzen, vor allem was das NMM anbelange.
 - Frühfranzösisch: Es sei gar nicht mehr möglich, dieses Fach ohne Beamer und Leinwand zu unterrichten. Das Lehrmittel bestehe aus CD's, DVD's und Büchern. Ohne entsprechende Instrumente lasse sich dieses Fach gar nicht mehr unterrichten. Er würde es keiner seiner Lehrpersonen im Schulzentrum zutrauen, so zu unterrichten, eher würde er dieses Fach vom Lehrplan streichen und abwarten, was dann passiere.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

- Weitere Visionen wie die Sozialarbeiter, das Schulmodell, das FILAG, die Basistufe etc. seien angesprochen worden. Es liege viel an. Er persönlich sei diesbezüglich etwas zurückhaltend, weil er daran denke, dass im Kanton Bern ein Budgetproblem bestehe. Er sei auch entsprechend gespannt zu erfahren, was der Grosse Rat dazu sage und ob der Kanton dann noch so visionär sei werde oder nicht.

Die Langenthaler Schulen würden sich im Übrigen gar nicht so hinter dem Mond befinden. Heute habe das Schulzentrum Kreuzfeld 1 - 3, als erste Schule im Kanton Bern, den Zertifizierungsprozess abgeschlossen und werde am 22. August 2011 offiziell zertifiziert. Eine siebente Klasse habe vor drei Wochen im Wettbewerb der SWITCH Junior WebAward den ersten Preis für die beste Homepage geholt (von insgesamt 192 Eingaben).

- Geräte: Er persönlich sei froh darüber, dass Herr Stadtrat Daniel Steiner erwähnt habe, dass die Geräte nichts mit den Visionen zu tun haben, weil es sie einfach brauche und weil sie einfach zu den notwendigen Instrumenten in einem Klassenzimmer gehören.

Wer am heutigen Abend Nein zum Geschäft sage, bekenne sich dazu, dass ihm die Arbeitsplätze der Lehrpersonen nicht wichtig seien. Eine Lehrperson brauche heute aber eine Infrastruktur die den heutigen Ansprüchen genüge; ansonsten sich Lehrpersonen heute gar nicht mehr anstellen lassen. Wer also heute Nein sage, müsse dazu stehen, keine idealen Arbeitsplätze zu wollen und damit auch in Kauf nehmen keine Lehrpersonen mehr anstellen zu können. Wer Nein sage, sage auch, dass die Schule Langenthal die von der Erziehungsdirektion gestellten Grundanforderungen an den Lehrplan nicht zu erfüllen brauche. Der Lehrplan wäre nicht mehr erfüllbar, woran die Lehrkräfte aber keine Schuld tragen. Ohne Hilfsmittel seien die DVD's und CD's im Fach Frühfranzösisch beispielsweise nicht brauchbar.

Dass Langenthal auf dem Papier immer noch als Bildungszentrum gelte, sei das Eine. Dass Andere aber sei, dass eine Umsetzung oder eine Stärkung von dem was zu Recht verlangt werde, nicht möglich wäre. Da stelle sich doch die Frage, wo denn die Visionen bleiben. Er persönlich sage klar Ja zum Geschäft, weil ein Nein ein Schlag gegen die guten Schulen in Langenthal wäre.

Pascal Dietrich: Es tue ihm leid, die Harmonie im Saal stören zu müssen, indem er ganz kurz erkläre mit dem Geschäft nach wie vor nicht glücklich zu sein. Der Gemeinderat habe sich zwar bemüht, alle gestellten Fragen seriös und mit einigem Aufwand zu beantworten, wofür er ihm ein Kompliment ausspreche. Der Grund weshalb er nach wie vor Mühe mit der Vorlage habe, sei aber nicht der, dass noch offene Fragen bestehen, sondern, dass er nach wie vor ein ungutes Gefühl habe. Heute Abend gehe es darum, einen sehr grossen Betrag zu sprechen, was in ihm die Frage aufwerfe, ob es sich dabei um eine Investition in die Bildung oder um eine Investition in die Infrastruktur handle. Persönlich sei er sich sicher, dass es eine Investition in die Infrastruktur sei, die - etwas weniger optimistisch ausgedrückt, als dies sein Vorredner getan habe - vielleicht und möglicherweise Auswirkungen auf die Bildung haben könnte. Diesbezüglich schliesse er sich der Meinung von Stadtrat Daniel Steiner an, der selber als Lehrperson tätig sei und seine Zweifel angemeldet habe.

Er erinnere sich, während seiner eigenen Schulzeit, Verschiedenes in Bezug auf Eingeführtes erlebt zu haben. Damals seien für teures Geld Sprachlabors eingebaut worden. Seine Klasse sei ein einziges Mal, andere Klassen gar nie, in einem solchen Sprachlabor gewesen. Das zeige, dass das Geld ohne Wirkung für die Bildung verpufft sei. Er habe das Gefühl, dass mit dem Geld an anderer Stelle mehr für die Bildung erreicht werden könnte, als Computer und Beamer anzuschaffen.

Mühe bereite ihm auch, dass ein Rahmenkredit gesprochen werden soll. Die Argumente des Gemeinderates würden zwar zumindest zum Teil einleuchtend klingen, da die Informatik in der Tat sehr schnelllebig sei, was eine dementsprechend flexible Reaktion erfordere. Trotzdem erachte er es als störend, dass der Stadtrat damit die Zügel aus der Hand gebe. Der Stadtrat könne am heutigen Abend nur Ja oder Nein sagen, ohne Änderungsanträge stellen zu können, weil dies mit der Rahmenkreditvorlage gar nicht möglich sei.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Speziell in Bezug auf die Beamer habe er als Gymnasiast erlebt, dass in jedem Schulzimmer für teures Geld des Kantons und somit der Steuerzahlenden Beamer installiert worden seien, ohne diese jemals zu benutzen. Er glaube auch, dass sich in Bezug auf die Benutzung solcher Geräte seit damals etwas geändert habe, da seine Gymnasialzeit doch schon eine Weile zurückliege. Ob damit aber wirklich die Wirkung erzeugt werde, die man sich heute erhoffe, bezweifle er nach wie vor.

Er bedaure, dass dem Stadtrat mit der Rahmenkreditvorlage die Kompetenz eigentlich entzogen werde, weshalb er der Vorlage nicht zustimme.

Bernhard Marti: Unfähigkeit und Nicht-Wollen sei ins Feld geführt worden. Vielleicht sei es aber eher ein Nicht-Dürfen gewesen. Diesen Schluss gelte es in Anbetracht der heute zahlreich anwesenden Experten zu bedenken. Offenbar gehe es aber um mehr als nur um ict4kids. Es gehe um einen Betriebsunfall, der nota bene bewusst provoziert worden sei. Nie würde er es wagen, ein Geschäft von solcher Wichtigkeit zu Gunsten persönlicher Profilierungszwecke zu opfern. Er sichere dem Geschäft auch weiterhin seine Unterstützung zu.

Stefan Ryser: In einem der vorangehenden Voten seien ihm drei Sachen aufgefallen, zu denen er sich äussern müsse:

- Sprachlabor: Ihm persönlich habe das Sprachlabor Gott sei Dank etwas geholfen, da er es damit geschafft habe die Französisch- und Englischprüfung mit Note 4 zu bestehen. Ohne Sprachlabor wäre er vermutlich mit Note 3 sitzen geblieben. Die Einrichtung der Sprachlabore habe sich wenigstens in seinem Falle gelohnt.
- Rahmenkredit: Wenn der Stadtrat künftig im 14-Tage-Rhythmus tagen wolle, um die zu bewilligenden Kredite rechtzeitig bewilligen zu können, dann könne natürlich auf Rahmenkredite verzichtet werden. Er sei aber der Meinung, dass der Gemeinderat wirklich die richtige Stelle dafür sei.
- Beamer: Schlussendlich würde im Stadtrat bei jedem Element, das angeschafft werden müsste, im Detail diskutiert, warum ein Beamer der Marke IVC, Pioneer oder was auch immer anzuschaffen sei, oder eben auch nicht, was doch nicht sein könne. Die Beamer seien notwendig. Dementsprechend bedürfe es auch keiner Diskussion, dass sie angeschafft werden müssen.

Er werde dem Geschäft zustimmen.

Therese Grädel-Fankhauser: Die für die Bildung zuständige Gemeinderätin dermassen zu kritisieren, erachte sie als fies. Es sei nicht fair, jemandem mit einem Deux Cheveux in ein Autorennen zu schicken, woran alle anderen mit BMW's teilnehmen. Der Ursprung des Problems sei auf die Zeit zurückzuführen, als gespart habe werden müssen. Zudem seien dem Amt bis anhin nur wenige Stelleprozente zur Bewältigung der Aufgaben zur Verfügung gestanden.

Als Mitglied der Volksschulkommission habe sie immer wieder gehört und gesehen, dass unzählige Veränderungen im Schulwesen passieren. Allen müsse bewusst sein, dass Veränderungen gar nicht einfach durchzusetzen seien. Veränderungen können Angst machen und mit Veränderungen müsse man sich auseinandersetzen. Veränderungen müssen in den Alltag implementiert werden, was sehr viel Energie und enorm viel zusätzliche Kraft erfordere. Dass gegenüber Veränderungen eine etwas ablehnende Haltung eingenommen werde, erachte sie hingegen als normal.

An der letzten Volksschulkommissionssitzung sei erklärt worden, wie ein Kind mit dem Aspergersyndrom in einer Klasse begleitet werde. In Kenntnis dieser Information müsse sie sagen, dass bereits enorme Arbeit geleistet werde. Als Mitglied der Volksschulkommission danke sie Frau Gemeinderätin Laura Baumgartner-Angelini für ihre Arbeit.

Zum Glück werde es künftig das neu geschaffene Bildungsamt geben, welches von Frau Dr. Brigitte Müller geleitet werde, die wie Herr Stadtrat Daniel Steiner bereits gesagt habe, Gas geben soll.



III Abstimmung

1. Abstimmung über den Beschlussesentwurf Ziffer I:

■ Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 2 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

a) Der Einwohnergemeinde Langenthal wird Zustimmung beantragt zu folgendem

Gemeindebeschluss:

Die Einwohnergemeinde Langenthal, gestützt auf Art. 35 Ziff. 2 der Stadtverfassung vom 22. Juni 2009 und nach Kenntnisnahme der Botschaft des Stadtrates vom 27. Juni 2011

beschliesst:

1. Das Projekt "ict4kids" gemäss den Ausführungen in dieser Botschaft wird genehmigt.
2. Zur Finanzierung der ICT-Infrastruktur in den Volksschulen und Kindergärten wird ein Rahmenkredit von **Fr. 4'230'000.00** zu Lasten der Investitionsrechnung, Konto Nr. 660.506.05, bewilligt. Der Gemeinderat wird ermächtigt, alle für die Umsetzung des Projekts "ict4kids" notwendigen Objektkredite zu bewilligen.
3. Der Anteil der Investitionen in die bauliche Infrastruktur, ausmachend rund **Fr. 1'730'000.00**, wird harmonisiert abgeschrieben (jährlich 10% des Restbuchwertes). Der Anteil der Investitionen in die ICT-Infrastruktur, ausmachend rund Fr. 2'500'000.00, wird linear während fünf Jahren abgeschrieben (jährlich 20%). Der Gemeinderat bewilligt die entsprechenden Nachkredite respektive stellt die notwendigen Mittel im Voranschlag ein.
4. Zum Betrieb der ICT-Infrastruktur in den Volksschule und Kindergärten werden insgesamt jährlich wiederkehrende Ausgaben von Fr. 486'800.00 bewilligt. Der Gemeinderat wird ermächtigt, je nach Projektfortschritt die bereits entstehenden Kosten mittels Nachkrediten zu bewilligen. Ab 2013 sind die Kosten im Voranschlag einzustellen.
5. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

b) Unter dem Vorbehalt der Zustimmung der Stimmberechtigten bewilligt der Stadtrat folgende neue unbefristete Stellen:

■ 130.xx	Fachspezialist/in Informatik	100.00%
■ 130.xx	Fachspezialist/in Informatik	100.00%
■ 6xx.xx	Leitung ICT-Fachstelle Schule	40.00%

c) Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

2. Beratung (seitenweise) und Abstimmung über den Inhalt der Abstimmungsbotschaft an die Stimmberechtigten für die Abstimmung am 27./28. August 2011 (Beschlussesentwurf Ziffer II.):

Stadratspräsident Roland Christen stellt zu Händen des Protokolls fest, dass zur Abstimmungsbotschaft keine Wortmeldungen vorliegen und bittet um Abgabe der Stimme zu Ziffer II. des Beschlussesentwurfs:

- **Der Stadtrat genehmigt den Entwurf der Abstimmungsbotschaft vom 1. Juni 2011** (mit 36 Stimmen Ja, gegen 0 Stimmen Nein, bei 0 Enthaltungen).



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



2. Gemeinderechnungen für das Jahr 2010; Genehmigung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderat Jürg Häusler: Es sei schade, dass die zahlreichen Besucherinnen und Besucher, die wegen des vorangehenden Traktandums anwesend gewesen seien, den Saal nun und nachdem in die Zukunft investiert worden sei, verlassen, ohne in den mit der Rechnung 2010 vorliegenden aufgehaltene Spiegel zu schauen, um in die Vergangenheit zurückzublicken.

stadtlangenthal

Stadtrat vom 27. Juni 2011

Stadt Langenthal

Präsentation der Rechnung 2010

Stadtrat vom 27. Juni 2011

Nachdem in der Vergangenheit Aufwandüberschüsse budgetiert worden seien - die Rechnungen dann allerdings jeweils doch mit Ertragsüberschüssen abgeschlossen wurden (beispielsweise im Jahr 2009 mit Fr. 4,4 Mio.; im Jahr 2008 mit Fr. 4,0 Mio.) - sei für das Jahr 2010 ein Aufwandüberschuss geplant worden, den es heute Abend zu präsentieren gelte.

Drei Hauptpunkte bzw. Zielsetzungen des Gemeinderates in Bezug auf die Budgetierung der Rechnung 2010

stadtlangenthal

Rechnung 2010 – Stadt Langenthal

Zielsetzung des Gemeinderates

- Finanzierung der Konsumausgaben durch Steuereinnahmen im bisherigen Rahmen
- Ausgeglichene Jahresrechnungen bezogen auf die bisherigen Investitionsquoten (Fr. 4 Mio./Jahr)
- Zusätzliche Investitionen über Fr. 4 Mio. (Erneuerung bestehende Infrastruktur) werden im entsprechenden Jahr vollständig abgeschrieben (übrige Abschreibungen) => Aufwandüberschuss

Stadtrat vom 27. Juni 2011



Rechnung 2010 – Stadt Langenthal

Voranschlag 2010: Aufwandüberschuss	9.7 Mio
./.. Übrige Abschreibungen	9.6 Mio
Aufwandüberschuss ohne zusätzliche Investitionen/Abschreibungen	0.1 Mio

Der ausgewiesene Aufwandüberschuss von rund Fr. 100'000.00 bewege sich innerhalb des Toleranzbandes.

Stadtrat vom 27. Juni 2011

Rechnung 2010 – Stadt Langenthal

Rechnungsergebnis ausgewiesen: Aufwandüberschuss	2.9 Mio
Verbesserung gegenüber Voranschlag um:	6.8 Mio

Geprägt durch folgende Faktoren

- deutlicher Minderaufwand bei Abschreibungen
- leichter Mehrertrag Steuern
- leichter Netto-Minderaufwand im Sozialbereich
- Mehraufwand Kantonalen Finanzausgleich

Stadtrat vom 27. Juni 2011

Rechnung 2010 – Stadt Langenthal

Bereiche mit positiver Wirkung

	Rg 10	VA 10
Mehrerträge		
■ Gewinnsteuern Juristische Personen	4.5 Mio	2.8 Mio
■ Abgeltung Überbauungsordnung	0.5 Mio	0.0 Mio
Minderaufwendungen		
■ Abschreibungen harmonisiert	3.6 Mio	4.0 Mio
■ Abschreibungen übrige	2.2 Mio	8.5 Mio
■ Sozialhilfe (netto, d.h. nach Lastenausgleich)	6.5 Mio	6.8 Mio

Stadtrat vom 27. Juni 2011

Der Punkt "Abgeltung Überbauungsordnung" betreffe die Überbauungsordnung "Migros", worin ein Kindergarten geplant gewesen wäre.

Rechnung 2010 – Stadt Langenthal

Bereiche mit negativer Wirkung

	Rg 10	VA 10
Mehraufwendungen		
■ Kantonalen Finanzausgleich	0.7 Mio	0.1 Mio
■ Schneeräumung	0.6 Mio	0.2 Mio
■ Amt für Sicherheit, erhöhte Sicherheitsanforderung tiefere Einnahmen Einb.Gebühren und Geschw.Bussen	0.5 Mio	0.2 Mio
Mindererträge		
■ Steuererträge Natürliche Personen	24.8 Mio	25.6 Mio

Stadtrat vom 27. Juni 2011

Die Mehraufwendungen im Finanzausgleich von Fr. 600'000 sei mit anderen Gemeinden verglichen, hoch ausgefallen, was aber vom harmonisierten Steuerertragsindex abhängt.

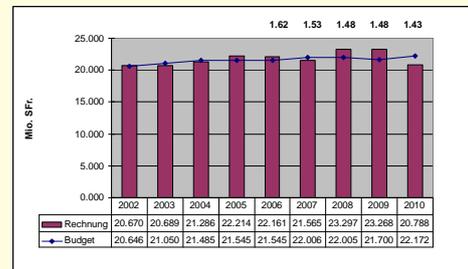
Die Mehraufwendungen im AföS seien nebst den erhöhten Sicherheitsanforderungen auch auf den Kauf einer weiteren Polizeieinheit sowie den erweiterten Einsatz der Securitas zurückzuführen. Die Stadt Langenthal mit ihrer Zentrumsfunktion, ziehe leider auch Leute an, die sich nicht wunschgemäß verhalten, weshalb für die Prävention mehr Leistungen eingekauft werden mussten.

Der ausgewiesene Minderertrag bei den Steuererträge natürlicher Personen lasse sich ausgleichen bzw. mit den Steuererträgen der juristischen Personen kompensieren. Bei genauer Betrachtung lasse sich vor Allem ein Rückgang bei der Erbschaftssteuer feststellen.

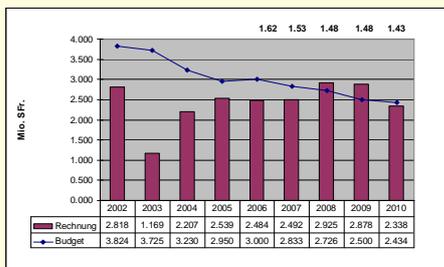


Auch die Steuergesetzrevision habe sicher eine Rolle in Bezug auf den Rückgang gespielt. Zudem sei im Jahr 2010 eine ungünstige Entwicklung des Bruttoinlandproduktes sowie der Arbeitslosenzahlen zu verzeichnen gewesen. Weiter sei ein Rückgang bei den Einkommenssteuern zu vermerken, obschon die Bevölkerung Langenthals gewachsen sei, was aber von der Schichtigkeit der Zuzüger abhängt. Schlussendlich sei einzugestehen, etwas zu optimistisch budgetiert zu haben.

Einkommenssteuern NP 2002 - 2010

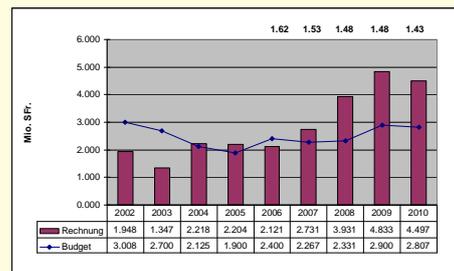


Vermögenssteuern NP 2002 - 2010



Bei den Vermögenssteuern sei mit einer Differenz von rund Fr. 100'000.00 eine Punktlandung gelungen.

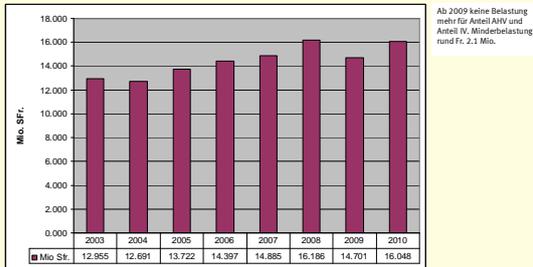
Gewinnsteuern JP 2002 - 2010



Bei den Gewinnsteuern der juristischen Personen sei eine Abweichung von rund + Fr. 1,7 Mio. festzustellen, was vermutlich - im Gegensatz zu den Zahlen der natürlichen Personen - auf eine etwas zu vorsichtige Budgetierung zurückzuführen sei.



Anteil Lastenverteilsystem Kanton



Die Entwicklung gebe zur Beunruhigung Anlass, da sich Langenthal praktisch wieder auf dem Niveau des Jahres 2008 befinde, obschon seit dem Jahr 2009 seitens der AHV und IV keine Belastung mehr bestehe.

Rechnung 2010 – Stadt Langenthal

Investitionen

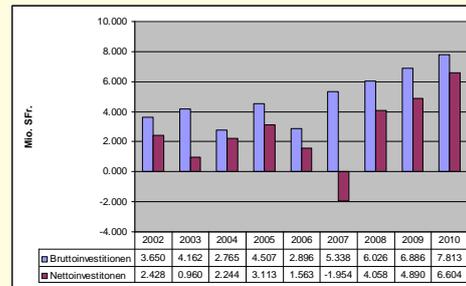
- Bruttoinvestitionen **7.8 Mio**
- Beiträge, Subventionen, Rückzahlungen **1.2 Mio**
- Nettoinvestitionen **6.6 Mio**
- > **Minderausgaben gegenüber Investitionsplan 9.9 Mio**

Die grössten Investitionen im Rechnungsjahr

- Finanzierung Übernahme Tribüne durch KEB AG **0.7 Mio**
- Übernahme der Darlehen zur Tilgung, KEB AG **0.7 Mio**
- Projektierung Sanierung Schulgebäude K1 und K4 **0.6 Mio**
- Erstellung Entlastungsleitung Chasseralstrasse **0.5 Mio**

Stadtrat vom 27. Juni 2011

Investitionen 2002 - 2010



Obwohl im Jahr 2010 grössere Investitionen getätigt worden seien, schliesse die Investitionsrechnung mit Fr. 9,9 Mio. Minderausgaben ab.

Ein grösseres für das Jahr 2010 budgetiertes aber nicht realisiertes Vorhaben, wie die Umgestaltung des Wuhrplatzes, werde in einem grösseren Brocken im Jahr 2011 anfallen. Auch die Umgestaltung der Märitgasse, die Strassenbeleuchtung und der Kreisel Ringstrasse seien Vorhaben, die für das Jahr 2010 geplant gewesen wären, die aber demnächst aktuell werden.

Die Investitionen seien weiter wachsend. Im Jahr 2010 sei gegenüber dem Jahr 2009 ein Drittel mehr investiert worden. Bei der Präsentation der Rechnung 2011 werde garantiert wieder eine Zunahme zu vermelden sein.



stadtlangenthal

Rechnung 2010 – Stadt Langenthal

Zusammenfassung		
Aufwand	Voranschlag	97.2 Mio
	Rechnung	92.6 Mio
Ertrag	Voranschlag	87.5 Mio
	Rechnung	89.7 Mio
Ergebnis	Voranschlag	- 9.7 Mio
	Rechnung	- 2.9 Mio

Stadtrat vom 27. Juni 2011

stadtlangenthal

Rechnung 2010 – Stadt Langenthal

Zusammenfassung	
Besserstellung gegenüber Voranschlag	6.9 Mio
Die wesentlichen Positionen	
Abschreibungen (Minderaufwand)	+ 6.8 Mio
Steuern (Mehrertrag)	+ 0.9 Mio
Sozialhilfe (Minderaufwand)	+ 0.3 Mio
Kantonale Finanzausgleich (Mehraufwand)	- 0.5 Mio

Stadtrat vom 27. Juni 2011

Die Stadt Langenthal habe ihre Schulden um rund Fr. 10,0 Mio. weiter senken können. Die Jahresrechnung schliesse vor den Abschreibungen und ohne Buchgewinne mit Fr. 1,5 Mio. schlechter ab, als im Budget vorgesehen. Dieses Rechnungsergebnis mahne bei näherer Analyse zu gewisser Vorsicht, die im Budgetprozess für das Jahr 2012 berücksichtigt worden sei.

Nachkredite: Die Zahl sei hoch. Im Detail betrachtet, setze sich diese hohe Zahl aber zusammen aus gebundenen Ausgaben von rund Fr. 4,7 Mio. und aus neuen Ausgaben (ohne Sammelbudgetposten) von rund Fr. 800'000.00. Dabei gelte zu beachten, dass innerhalb der Sammelbudgetierung einzelner Konten ein Ausgleich stattfinde. Weiter zu beachten sei auch, dass nebst erhöhten Ausgaben auch erhöhte Erträge verzeichnet werden können (Verschreibungskosten beispielsweise seien in der Nachkreditabelle mit einem Verkauf und somit auch mit Einnahmen verbunden, die dann allerdings nicht mit "Nacherträgen" budgetiert werden).

Pensionskasse: Die Pensionskasse sei in die vorliegende Rechnung integriert. Per 31. Dezember 2010 betrage der Deckungsgrad 102,3%, was ein sehr gutes Ergebnis darstelle.

Momentan seien zwei Projekte am Laufen:

- Die neue Gesetzgebung über die Finanzierung öffentlich-rechtlicher Kassen trete am 1. Januar 2012 in Kraft. Das heisse, dass ein Jahr Zeit bleibe, um eine rechtliche Verselbstständigung der Pensionskasse zu prüfen, woran bereits gearbeitet werde.
- Die Überprüfung zur Herabsetzung des technischen Zinssatzes von 4% auf 3,5%

Pierre Masson, GPK-Vizepräsident: Gemäss ihrem Auftrag habe die Geschäftsprüfungskommission die Gemeinderechnung 2010 und vor Allem deren Werdegang auf die rechtlich-formelle Richtigkeit hin überprüft. Die Verwaltungsrechnung der Stadt, die Rechnung der Pensionskasse und die Revisionstätigkeiten seien unter die Lupe genommen worden. An dieser Stelle danke er im Namen der Geschäftsprüfungskommission dem Finanzamt, dessen Vorsteher Herr Mark Bucher sowie den beiden leitenden Revisoren der BDO AG (Herren Fritz Rüfenacht und Thomas De Micheli) für die geleistete Arbeit. Als Mitglied der Geschäftsprüfungskommission habe er dieses Geschäft von A bis Z begleitet, so dass er aus persönlicher Sicht und Erfahrung sagen könne, dass die Zusammenarbeit mit den verschiedenen Gruppen bestens geklappt habe.

Die Geschäftsprüfungskommission habe die Gemeinderechnung studiert, analysiert und diskutiert. An der letzten Sitzung der Geschäftsprüfungskommission (20. Juni 2011) sei die Chance wahrgenommen worden, Herrn Gemeinderat Jürg Häusler Fragen dazu zu stellen, der diese - wie immer - kompetent beantwortet habe.

Unter Anderem seien Fragen betreffend die Überführung der Stadtpolizei in police bern gestellt worden. Das Thema police bern sei aus allen Blickwinkeln betrachtet eine spannende Angelegenheit. Die Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission finden es deshalb interessant, mittels einer finanziellen Auslegeordnung einen Überblick über die Kosten der ganzen Überführung zu erhalten.

Im Namen der Geschäftsprüfungskommission bestätige er die formelle Richtigkeit der Vorlage.



Daniel Rüegger, EVP/glp-Fraktion: Auf 204 Seiten sei die Rechnung der Stadt und der Pensionskasse für das Jahr 2010 dargestellt. Ein herzliches Dankeschön gebühre allen, die an dieser Rechnung in irgend einer Weise mitgewirkt haben. Die Revisionsstelle bestätige die Ordnungsmässigkeit der vorliegenden Zahlen. Der Dank der EVP/glp-Fraktion gehe auch an die BDO AG als Rechnungsprüfungsorgan für die umsichtige Revision der Rechnungen.

Obwohl seit dem Jahr 2003 zum ersten Mal wieder ein Aufwandüberschuss ausgewiesen werden müsse, dürfe von einem zufriedenstellenden Ergebnis gesprochen werden. Herr Gemeinderat Jürg Häusler habe die Zahlen in seiner Präsentation im Detail aufgezeigt. Die Ergebnisdifferenz der Rechnung zum Budget liege einmal mehr im geplanten aber nicht realisierten Ausmass der Investitionen.

Etwas erstaunlich sei die Tatsache, dass in einem sehr schwierigen wirtschaftlichen Umfeld die Steuereinnahmen gesamthaft - aber primär aufgrund der Einnahmen bei den juristischen Personen - höher als budgetiert ausgefallen seien.

Mit besonderem Interesse studiere die EVP/glp-Fraktion jeweils die Nachkreditabelle. Auf neun Seiten seien insgesamt 183 Nachkreditpositionen im Umfang von über Fr. 8,1 Mio. aufgelistet. Nach Ansicht der EVP/glp-Fraktion sei diese Anzahl sehr hoch, obwohl alle Positionen begründet seien und oftmals gebundene Ausgaben beinhalten. Auffallend sei die Tatsache, dass darin immer wieder Positionen zu finden seien, die die Kompetenzgrenze des Gemeinderates von Fr. 150'000.00 knapp nicht erreichen. Planbare Ereignisse wie Dienstaltersgeschenke bzw. Treueprämien wären nach Meinung der EVP/glp-Fraktion budgetierbar und sollten nicht über die Nachkredite abgewickelt werden.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze den Gemeinderat weiterhin in seiner Haltung, die Rechnung auch inskünftig ausgeglichen zu gestalten, was heisse, die Konsumausgaben durch Steuereinnahmen bei einer bisherigen Investitionsquote von Fr. 4,0 Mio. zu finanzieren. Die EVP/glp-Fraktion befürworte alle im Zusammenhang mit der Rechnung 2010 stehenden Anträge einstimmig.

Anna Aeberhard, SP/GL-Fraktion: Wie bereits erwähnt worden sei, weise Langenthal heuer ein Defizit von Fr. 2,9 Mio. aus, was besser als ursprünglich budgetiert worden sei. Die Gründe die dazu geführt haben, seien von Gemeinderat Jürg Häusler dargelegt worden.

Auch der SP/GL-Fraktion sei aufgefallen, dass Nachkredite von Fr. 8,1 Mio. gesprochen worden seien. Auch die SP/GL-Fraktion erachte diesen Betrag als hoch. Die SP/GL-Fraktion habe festgestellt, dass die Nachkreditabelle Beträge für zwei Feste enthalte, die für Herrn Bundesrat Johann Niklaus Schneider-Ammann durchgeführt worden seien. Einige der Fraktionsmitglieder halten die Kosten für diese beiden Feste von rund Fr. 293'000.00 als zu hoch.

Im Budgetprozess 2010 seien im Stadtmarketing Fr. 25'000.00 für den Schlittschuhclub Langenthal (SCL) gestrichen worden. Der Gemeinderat habe im Rahmen eines Nachkredites in der Kontengruppe "Körperliche Erziehung und Sport" dem SCL aber einen ausserordentlichen Betrag von Fr. 30'000.00 gegeben. Die Entscheidung des Parlamentes so zu umgehen, werde von der SP/GL-Fraktion als nicht gut befunden. Auch sei das versprochene Reglement für die Beiträge an die Sportvereine noch immer nicht ausgearbeitet worden, womit aus Sicht der SP/GL-Fraktion an Stelle willkürlichen Begünstigungen an einzelne Vereine eine geregelte Begünstigung zur Anwendung käme.

Bei den Nachkrediten sollte nach Ansicht der SP/GL-Fraktion zukünftig mehr Zurückhaltung geübt werden, was für den Gemeinderat aber auch für den Stadtrat gelte.

In den Revisorenberichten seien der SP/GL-Fraktion die Bemerkungen zu den Verpflichtungskreditkontrollen aufgefallen. Speziell die Hinweise, dass in einem Fall anscheinend vom Bruttoprinzip abgewichen worden sei und, dass die Tribünenübernahme der KEB nicht in der Verpflichtungskreditkontrolle aufgeführt sei. Ausserdem sei der Punkt der transitorischen Passiven betreffend die vorausbehalten Entschädigungen im Stadttheater aufgefallen. Laut Auskunft des Finanzamtes seien entsprechende Weisungen zur Korrektur dieser Fehler bereits erlassen worden.



Die SP/GL-Fraktion sei mit der Pensionskassenrechnung 2010 einverstanden.

Die SP/GL-Fraktion werde beide Rechnungen grossmehrheitlich genehmigen.

Beat Sterchi, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion nehme den guten Rechnungsabschluss 2010 mit Befriedigung zur Kenntnis und danke dem Gemeinderat und der Verwaltung für die gute Arbeit. Die Abweichungen seien weitgehend begründet und würden vor allem bei den Investitionen auf politischen Weichenstellungen liegen, welche sich während den vergangenen Jahren zum Teil auch durch die Einwirkung des Stadtrats ergeben haben. Mit Fr. 6,6 Mio. Nettoinvestitionen liege die Quote zwar klar unter den geplanten Fr. 16,0 Mio., aber es sei absehbar, dass in den Folgejahren nun die grossen Investitionen ausgelöst werden.

Die Steuereinnahmen seien nach wie vor gut. Die Unterschreitung des Ertrags bei den natürlichen Personen habe durch den Anstieg bei den juristischen Personen mehr als ausgeglichen werden können. Die Ausgaben würden sich weitgehend nach den Planvorgaben bewegen, wobei man sich im Klaren sein müsse, dass 2011 eine starke Zunahme durch die Schaffung des Bildungsamtes und durch die Erhöhung der Betriebsbeiträge an die Kunstseilbahn AG eintreten werde. Es sei deshalb wichtig, dass für die künftigen Jahre wieder eine Konsolidierung der Ausgabenseite angestrebt werde und, dass auch Einsparungen wieder vermehrt realisiert werden müssen.

Der SVP-Fraktion aber auch schon der Finanzkommission sei die negative Entwicklung in der Sozialhilfe aufgefallen. Die SVP-Fraktion habe sich mit der ungewöhnlich hohen Zunahme der Unterstützungsleistungen an Ausländer beschäftigt, deren Unterstützungsleistungen im letzten Jahr um rund Fr. 1,6 Mio. (+ 35% insgesamt) angestiegen seien. Angesichts der positiven Wirtschaftslage und der vorherrschenden Hochkonjunktur sei auch diese Entwicklung - obwohl entsprechende Unterlagen des Sozialamtes vorliegen - sehr schwierig erklärbar. Demgemäss stelle er fest, dass sich diese Entwicklung nur sehr schwierig mit den rosaroten Erklärungen und Prognosen der Bundesverwaltung, der Experten und der Medien im Zusammenhang mit der Personenfreizügigkeit und der Ausländerpolitik in Einklang bringen lasse. Weil aber keine klaren Grundlagen vorhanden seien, lasse er sich auf keine weiteren Spekulationen ein, sondern nehme die bedenkliche Entwicklung im Bewusstsein zur Kenntnis, dass die finanziellen Folgen für Langenthal durch den kantonalen Lastenausgleich getragen werden.

Die SVP-Fraktion werde die Gemeinderechnung 2010 einstimmig genehmigen.

Rudolf Lanz, FDP/JLL-Fraktion: Auch die FDP/JLL-Fraktion werde der Rechnung 2010 einstimmig zustimmen.

Den Vorrednern danke er für die kritischen Voten, da er sich dadurch einen insgesamt fünf Seiten langen Kommentar sparen könne. Insbesondere danke er Stadträtin Anna Aeberhard, die ihm bereits sehr viele Worte vorweggenommen habe. Auch ihn störe bezüglich der Verpflichtungskreditthematik, wenn eine Kontrollstelle in der Berichterstattung auf Missstände hinweisen müsse, wie dies in zwei Punkten der Fall gewesen sei. Er danke auch Stadtrat Beat Sterchi für das Stellen kritischer Fragen. Insbesondere - und das sei seiner Meinung nach unerklärlich - wolle Langenthal eine attraktive Stadt sein, erhalte aber Zugänger, die nicht nur nicht so viel Steuern zahlen, sondern die Sozialausgaben immer mehr ansteigen lassen. Diesbezüglich müsse es erlaubt sein, nach dem Grund zu fragen oder die Frage zu stellen, ob es andere Gemeinden gebe, die vielleicht etwas härter zupacken, so dass die betroffenen Leute im Notfall eher nach Langenthal ziehen um so eher an Sozialhilfe zu gelangen, was bedenklich sei.

Die Rechnung 2010 sei gut, obwohl nicht verkannt werden dürfe, damit langsam in ein strukturelles Defizit zu geraten. Stadtrat Beat Sterchi habe erwähnt, dass dies mit der Sanierung der Kunstseilbahn und mit dem neuen Amt für Bildung zu tun habe, weil die Kosten dafür weit darüber hinaus gehen, als dies eigentlich gewollt gewesen sei. Insbesondere habe dies aber auch mit dem Appetit zu tun, der von Stadträten, von Gemeinderäten und anderen Leuten bezüglich weiterer Investitionen immer an den Tag gelegt werde. Über die Investitionskosten lasse man sich aus, über die Investitionsfolgekosten dagegen nicht. Langsam müsse man sich bewusst sein, welche Investitionen in welcher Priorität erfolgen sollen und was man sich noch leisten oder nicht leisten könne. Diesbezüglich sei der Gemeinderat gefordert, da man sich nicht alles was schön sei auch leisten könne und da nicht alles was gut sei, auch finanziell gut sei.



Es gelte nun Prioritäten zu setzen und sich auf das Notwendige zu beschränken, damit die künftigen Generationen auch eine gute Grundlage im finanziellen Bereich haben werden.

Markus Gfeller: Zur Gemeinderechnung 2010 sei seiner Meinung nach alles Notwendige gesagt worden, wogegen er Fragen und Bemerkungen zur Pensionskassenrechnung 2010 habe:

Er gratuliere zur erfreulichen Steigerung des Deckungsgrades von 100,9 auf 102,3%.

Im Erläuterungsbericht der Revisionsstelle stehe unter Ziffer 3.1. *"Die erzielte Performance im Jahr 2010 beträgt 2,93%"*. Im Vorjahr habe die Performance noch rund 10% betragen. Weiter stehe im Bericht der Satz: *"Der Ertragsüberschuss ist hauptsächlich auf den günstigen Schadenverlauf und somit auf die Anpassung der Deckungskapitalien zurückzuführen."* An dieser Stelle bitte er um Antwort auf die Frage:

- Was heisst "günstiger Schadenverlauf"? Ist der Schadenverlauf ausserordentlich günstig oder generell günstig für die Stadt Langenthal?

Zudem könne dem Bericht entnommen werden, dass die Berechnung der Alterskapitalien auf der EVK 2000 (Statistik der Lebenserwartung) beruhe, worin in Kürze eine Anpassung vorgenommen werden soll. Dementsprechend erfreut habe er festgestellt, dass die entsprechend notwendigen technischen Rückstellungen bereits vorgenommen worden seien.

Herr Gemeinderat Jürg Häusler habe bereits erwähnt, dass der technische Zinsfuss im Moment noch mit 4,0% berücksichtigt sei. Im heutigen Umfeld sei dieser Zinsfuss unbestrittenermassen deutlich zu hoch. In Kenntnis von technischen Zinsfussberechnungen in unabhängigen Sammelstiftungen, wäre er froh, wenn ihm heute Abend eine Pensionskasse genannt werden könnte, die heutzutage immerhin noch mit 3% rechne, zumal die meisten mit einer 2 vor dem Komma rechnen. In diesem Zusammenhang stelle er die Frage,

- wenn die Berechnung allenfalls angegangen werde, es dann möglich wäre, nebst der Berechnung von 3,5% auch gleich eine tiefere Variante zu berechnen oder deren Auswirkungen mindestens zu prüfen?

Im Moment bestehe mit einem Deckungsgrad von 102,3% eine Ausgangslage, mit welcher Anpassungen, die früher oder später sowieso Geldkosten werden, wahrscheinlich einfacher gemacht werden könnten, weil diese mit dem Kapital der Pensionskasse bezahlt werden könnten, so dass dafür nicht die Arbeitgeber oder die Versicherten mit Sanierungsbeiträgen bemüht werden müssten.

Zudem lasse sich feststellen, dass die Wertschwankungsreserve zwar um Fr. 2,5 Mio. habe erhöht werden können. Im Moment betrage sie Fr. 3,9 Mio., wogegen aber ungefähr Fr. 39,0 Mio. erwartet werden, womit sich die Kasse also bei lediglich 10% des verlangten Betrages befinde. In diesem Sinne hoffe er auf eine gute Börsenentwicklung.

Gemeinderat Jürg Häusler: Der Stadt Langenthal seien in Bezug auf die erwähnten Sozialhilfeausgaben quasi die Hände gebunden, da sich das Sozialamt Langenthal strikte an ein bestehendes und geltendes Handbuch halten müsse und halte.

Betreffend die Fragen von Stadtrat Markus Gfeller weise er darauf hin, dass es vorteilhafter gewesen wäre, diese Fragen vorgängig zur Sitzung zu stellen, womit eine detailliertere und abschliessendere als die nun folgende rudimentäre Beantwortung möglich wäre.

Antworten: Ein günstiger Schadenverlauf heisse, dass weniger Schadenfälle bestehen, was sich positiv auf die Rechnung auswirke. Stadtrat Markus Gfeller werde dazu mehr Detail zugestellt erhalten.

Die Senkung des technischen Zinssatzes sei geprüft worden. Das Ergebnis liege seit heute vor. Mit 3,5% sehe die Situation sehr gut aus, da die Kasse im Risikoteil wegen den neu geltenden Grundlagen besser gestellt sei. Andere technische Zinssätze seien noch nicht geprüft worden, die diesbezügliche Anregung werde jedoch sehr gerne aufgenommen.

Ausserdem hoffe natürlich auch der Gemeinderat, dass sich die Börse besser entwickle, um am Ende dieses Jahres ein positives Ergebnis präsentieren zu können.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Markus Gfeller bittet seine Fragen von der Revisionsstelle beantwortet zu erhalten.

Fritz Rüfenacht, BDO AG: Um die Pensionskasse der Stadt Langenthal stehe es generell sehr gut. Wie auf Seite 4 des erläuternden Berichts über die Prüfung der Jahresrechnung 2010 der Pensionskasse der Stadt Langenthal vom 15. März 2011 festgehalten sei, betrage die Performance im Jahr 2010 2,93% was gegenüber dem Vorjahr (9,87%) eine Verschlechterung darstelle. Was den günstigen Schadenverlauf betreffe, so habe die BDO AG diesen aufgrund der Prüfungsinformationen festhalten können. Mehr Details dazu könne auch er an dieser Stelle und im einzelnen nicht liefern. Zum einen sei die Börse ein volatiles Instrument und zum anderen hätten Pensionskassen aufgrund gesetzlicher Vorschriften nicht viele Möglichkeiten, um Gebrauch vom grossen Umfang der Anlagen zu machen. Was nun alles im günstigen Schadenverlauf enthalten sei, könne wie Gemeinderat Jürg Häusler bereits erwähnt habe, nachgeliefert werden.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 36 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. **Die Gemeinderechnungen für das Jahr 2010, umfassend**
 - **die Verwaltungsrechnung (= Investitionsrechnung und Laufende Rechnung) und Bestandesrechnung der Stadt Langenthal**
 - **die Rechnung der Pensionskasse der Stadt Langenthal werden genehmigt.**
2. **Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Stadtratspräsident Roland Christen dankt den Mitarbeitenden des Finanzamtes unter der Leitung von Herrn Mark Bucher sowie der Revisionsstelle der BDO AG für die Arbeit. Dem Revisor der BDO AG, Herrn Fritz Rüfenacht, danke er - wie zu Beginn der Sitzung bereits erwähnt - für sein Kommen und wünscht ihm einen schönen Abend.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



3. Verwaltungsbericht des Gemeinderates für das Jahr 2010; Genehmigung

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Wie immer sei nebst der Rechnungsablage an den Juni-Sitzungen des Stadtrates auch der Verwaltungsbericht traktandiert. Jedes Jahr lege der Gemeinderat dem Stadtrat mit Bezug auf Art. 62 Abs. 1 der Stadtverfassung den Verwaltungsbericht vor. Es handle sich um ein ausführliches Dokument über eine Vielzahl von Verwaltungstätigkeiten und beinhalte Informationen zu parlamentarischen Vorstössen, Abstimmungen und Wahlen, Angelegenheiten des Stadt- und Gemeinderates sowie der Ämter etc, die sachlich gegliedert aufgeführt seien. Auch das Behördenverzeichnis sei im Dokument enthalten, womit es sich summa summarum um ein Nachschlagewerk über tempi passati und die Organisation und die personelle Zusammensetzung von Gremien des vergangenen Jahres handle.

Seit einigen Jahren sei die Absicht des Gemeinderates, dem Parlament im Rahmen der Verwaltungsberichterstattung auch eine Berichterstattung über die politische Tätigkeit zu unterbreiten, ein Thema. In diesem Punkt sei der Gemeinderat einen Schritt weiter gekommen, indem entsprechende Führungsunterstützungen eingeführt worden seien. Der Gemeinderat beabsichtige in einem Jahr erstmals auch über die politische Tätigkeit Bericht erstatten zu können.

In Anwendung von Art. 41 der Geschäftsordnung des Stadtrates werde dem Stadtrat auch eine Reihe parlamentarischer Vorstösse zur Abschreibung beantragt. Die einzelnen Anträge seien schriftlich dargelegt und begründet. Es handle sich dabei um drei Motionen, die mittlerweile umgesetzt worden seien und um eine Reihe von Postulaten, deren Prüfungsauftrag ebenfalls erfüllt worden sei.

Der Gemeinderat lege dem Stadtrat den Verwaltungsbericht 2010 mit Dank an alle an der Verfassung des Dokumentes Beteiligten zur Genehmigung vor. Abschliessend danke er auch dieses Jahr Frau Valentina Appenzeller bestens für die redaktionelle Überarbeitung des Verwaltungsberichtes.

Helena Morgenthaler, GPK-Mitglied: Im Namen der Geschäftsprüfungskommission spreche sie der Verwaltung Dank für die Aufbereitung des Verwaltungsberichts 2010 aus. Mit dem Geschichtsbuch der Stadt liege wiederum eine aktualisierte Dokumentation vor. Die zur Abschreibung beantragten Vorstösse scheinen der Geschäftsprüfungskommission plausibel und auch formell gebe es keine Einwände, womit der Genehmigung nichts im Wege stehe.

In der Geschäftsprüfungskommission sei man gespannt, in welcher Form der nächste Verwaltungsbericht erscheinen werde.

Stefan Ryser, SP/GL-Fraktion: Bei 195 Seiten sei es wohl angebracht, ein paar Worte darüber zu verlieren. Beim Verwaltungsbericht handle es sich tatsächlich um ein Nachschlagewerk. Auch er möchte es nicht unerlassen, den involvierten Stellen im Namen der SP/GL-Fraktion herzlich für das detaillierte Nachschlagewerk zu danken.

Bei näherer Betrachtung der aufgeführten Bereiche, seien ihm persönlich ein paar besonders erwähnenswerte Punkte aufgefallen:

- **Fachstelle Personal:** Die Stellenprozente seien auch dieses Jahr nicht ausgenützt worden. Auch im Jahr 2010 sei weniger Personal angestellt worden, als geplant (7,36 Stellen). An dieser Stelle danke er dem Gemeinderat für die umsichtige Führung der Stadt indem nicht alle Ersatz- und Neuanstellungen ungeprüft vorgenommen werden.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Obwohl der Landesindex gesunken sei, habe der Gemeinderat 1,3% Gehaltserhöhungen für die individuelle Verwendung genehmigt. Auch dafür danke er dem Gemeinderat, da die Angestellten nichts für das Aussehen des Landesindex können.

- Informatik: In diesem Bereich seien wahnsinnig viele Projekte angelaufen und viele würden noch anlaufen. Er wünsche den Informatik-Mitarbeitenden gute Nerven und viel Kraft, um die nächsten Projekte bewältigen zu können.
- Kultur: Einmal mehr zeige sich, dass das Theater sehr gut besucht worden sei und dass das Theater einen Stellenwert in Langenthal habe. Demgemäss gelte es die künftige Sanierung des Theaters sicher genau anzuschauen.

Betreffend die Bibliothek könne eine Erhöhung von 14% bei den Ausleihen zur Kenntnis genommen werden. Der Trend zeige, dass Ausleihen künftig eher auf der DVD- als auf der Buchbasis erfolgen werden.
- Fachbereich Steuern: Der Rückgang von Steuern der natürlichen Personen betrage etwa Fr. 2,5 Mio. Dabei gelte es etwas Wesentliches nicht zu vergessen, nämlich, dass die Stadt, die Steuern mehrmals reduziert habe. Im Übrigen sei diese Tatsache bereits im vorangegangenen Traktandum Nr. 2 von niemandem erwähnt worden.

In einem veröffentlichten Bericht sei bereits darauf hingewiesen worden, dass sich die Senkung des Steuerfusses und die seit letztem August gesprochenen neuen wiederkehrenden Kosten von mindestens Fr. 2 Mio. (mit heute Abend wohl eher Fr. 2,5 Mio.) entsprechend auswirken. Dementsprechend könne die Rechnung wohl nicht mehr gleich aufgehen. Persönlich hoffe er, dass Langenthal es nicht dem Kanton gleichtue, der Leistungen abbaue. Seiner Meinung nach dürfe es nicht sein, einfach den Steuerfuss zu senken und dafür Leistungen abzubauen. Der Spielraum, der bestanden habe, sei damit ganz einfach verspielt worden.
- Stadtbauamt: Die meisten offenen Stellenprozente seien im Stadtbauamt vorhanden. Er hoffe, dass sich dies nicht negativ auf die kommenden Projekte auswirken werde. Da X Stellen nicht besetzt seien, werde vom Personal in den kommenden Jahren höchste Disziplin und Flexibilität gefordert.

Der Gemeinderat werde gebeten, rascher zu reagieren als dies beim Amt für Bildung, Kultur und Sport (ABiKuS) der Fall gewesen sei, wenn und sobald Engpässe festgestellt werden, die sich qualitativ auf die baulichen Umsetzungen auswirken.
- Schulwesen: 90 Klassen, 1'608 Kids, die Änderung des Schulsystems und die Raumplanung seien unter Anderem im Bericht vermerkt. Er beneide die Betroffenen im Schulwesen nicht, auf die künftig noch enorme Aufgaben zukommen werden. Er hoffe, dass die Betroffenen diese Aufgaben optimal bewältigen können und dass das Parlament sie auch entsprechend unterstützen werde.

Mit dem Antrag zur Abschreibung der parlamentarischen Vorstösse, sei die SP/GL-Fraktion in zwei Punkten nicht einverstanden:

- Postulat E: Im Postulat von Bossard Luzia (GL) gehe es um die Optimierung der Umsetzung der Luftreinhalteverordnung. Aus Sicht der SP/GL-Fraktion sei diese Prüfung noch nicht abgeschlossen.



- Postulat Z: Im Postulat von Masson Pierre (SP) gehe es um die Park- and Charge-Thematik. Nach Ansicht der SP/GL-Fraktion sei diesbezüglich zu wenig weitsichtig gehandelt worden, da nur eine kleine Abklärung vorgenommen worden sei, ohne eine notwendige regionale Prüfung vorzunehmen.

Eventuell werde es zu beiden Vorstössen am heutigen Abend individuelle Wortmeldungen geben. Ansonsten werden diese Themen sicher zu einem späteren Zeitpunkt wieder zur Sprache gebracht.

Persönlich sei er mit der Berichterstattung zum hängigen Vorstoss (Punkt 2.6.8.1.4 im Verwaltungsbericht 2010 Seite 50¹) nicht einverstanden. Der Stadtpräsident habe am 29. November 2010 den Stadtrat über den Vorstoss informiert. Obwohl er die drei "Geburtstagskerzen" für die seit dem 15. Dezember 2008 erheblich erklärte Motion noch nicht aufstellen könne, gehe er davon aus, dass er dies doch noch tun werde. Die Behandlung des Geschäftes durch die Verwaltung veranlasse ihn, sich zu fünf Punkten zu äussern:

- Während der ganzen Zeit, in der Abklärungen vorgenommen seien, habe sich der Gemeinderat nie bemüht, Kontakt mit ihm als Motionär aufzunehmen.
- Der Gemeinderat führe als Hauptargument an, die Motion nicht umsetzen zu wollen, weil die Benutzenden damit direkt auf die Strasse hinausgeführt würden. Gemäss Aussage des Stadtbauamtes sei aber nie geprüft worden, ob die Installation eines Liftausgangs in einem Winkel von 90 Grad möglich sei. Solche Lifte seien zu tausenden erfolgreich in Betrieb.
- Gemäss Aussagen seien gegenüber den geprüften Orten, wo sich der Lift befinden würde, keine Parkplätze vorhanden. Er gehe jeden Tag an dieser Stelle vorbei und sehe einfach Parkplätze, weil tatsächlich auch Parkplätze vorhanden seien.
- Ihm sei von Seiten der Verwaltung zu Ohren gekommen, dass Hochrechnungen den Betrag von Fr. 750'000.00 für die Umsetzung des Anliegens ergeben haben. Ihm liege eine Kostenschätzung und ein Plan vor, bei deren Betrachtung er nicht auf mehr als etwa Fr. 250'000.00 komme, aber auf keinen Fall auf Fr. 750'000.00. Diese Information habe er vorgängig auch bereits mitgeteilt.
- Da er vom Gemeinderat nicht kontaktiert worden sei, habe er das Gespräch mit der Verwaltung gesucht. Als er dann sein Anliegen vorgebracht und darum gebeten habe, auch die Punkte zu prüfen, die bisher noch nicht geprüft worden seien, habe er zur Antwort erhalten: *"Das geht dich nichts mehr an, weil die Motion überwiesen ist."* Da er glaube, nach wie vor ein Bürger, Steuerzahler und Bewohner von Langenthal und ausserdem er ein vom Volk gewählter Vertreter des Langenthaler Parlaments zu sein, habe er das Gefühl, dass es ihn aber sehr wohl etwas angehe.

Jeden Tag müsse er sich Beschwerden anhören, wieso es immer noch kein Lift gebe. Die Kommunikation und die Professionalität sei in dieser Angelegenheit seiner Meinung nach völlig inakzeptabel. Zudem sei er persönlich absolut vom ganzen Vorgehen enttäuscht.

Die SP/GL-Fraktion werde den Verwaltungsbericht 2010 trotzdem mehrheitlich genehmigen.

Anita Steiner-Thaler, EVP/glp-Fraktion: Wieder lasse sich auf ein ereignisreiches Jahr zurückblicken. Der Verwaltungsbericht gebe einen guten Einblick in die Arbeit der Regierung, der Verwaltung und der Langenthaler Kultur. Ganz herzlichen Dank gebühre dem grossen Engagement aller Mitwirkenden und dem Umstand in einer lebenswerten und professionell geführten Stadt leben zu können. Auch in diesem Jahr enthalte der Verwaltungsbericht wieder einzelne Informationen, die zum Schmunzeln anregen. Wem beispielsweise sei bewusst, dass das Polizeieinspektorat nebst der Ausstellung von Ordnungsbussen und Strafanzeigen auch für das Wägen der Tiere an den Viehmärkten zuständig sei. Es bleibe zu hoffen, dass sich diese Kälber jeweils anständig benehmen.

¹ Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2008 betreffend die Anschaffung eines Aufzuges an der Nordseite der Hauptfussgängerunterführung am Bahnhof (Geiserareal-Bahnhof); erheblich erklärt am 15. Dezember 2008



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

50'424 Handgriffe haben die Wäschereimitarbeitenden zur Wäscheaufbereitung der städtischen Arbeitskleider gebraucht. Eigentlich wäre es auch einmal interessant zu wissen, wie viel Handgriffe die Stadträtinnen und Stadträte brauchen, um die Literatur zu bewältigen und abzustimmen.

Im Namen der EVP/glp-Fraktion danke sie allen Verantwortlichen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für das Verfassen des Verwaltungsberichtes. Die EVP/glp-Fraktion werde auch die Abschiebungen der Vorstösse unterstützen.

Pascal Dietrich: Betreffend Punkt N¹ des Abschreibungsantrages halte er fest, nicht gegen die Abschreibung des Postulates opponieren zu wollen. Es handle sich ja nur um ein Postulat und der Prüfungsauftrag sei wahrscheinlich tatsächlich erfüllt, womit formell wohl alles in Ordnung sei. Materiell habe sich die Postulantin sicher erhofft, dass diesbezüglich aber tatsächlich noch etwas unternommen werde. An dieser Stelle wolle er nur betonen, dass es sich beim postulierten Anliegen um etwas für die Stadt Langenthal sehr wichtiges handle. Da Langenthal schon von der Geschichte her den Bezug zum Wasser habe, sollte das Augenmerk vermehrt darauf gerichtet werden. Er fordere den Gemeinderat deshalb auf, in den nächsten Jahren, ein Schwergewicht auf die Thematik zu legen. Er werde seinerseits die Thematik bei Gelegenheit mit einem weiteren Vorstoss untermauern.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Tatsache, dass vor einigen Minuten im Rahmen des Rechnungsabschlusses 2010 noch mahnende Worte gegenüber Ausgaben und Investitionen gesprochen worden seien, rege in Anbetracht der soeben geäusserten neuen Idee, wie man wieder Geld investieren könnte, zum Schmunzeln an. Wie richtig festgestellt worden sei, handle es sich beim Vorstoss der ehemaligen Stadträtin Aysel Güler-Kaya um ein Postulat, bei dem es sich wiederum um einen Prüfungsauftrag handle, der bereits erfüllt worden sei, weshalb das Postulat zur Abschreibung beantragt werde.

Mit Bezug auf das Votum von Stadtrat Stefan Ryser, halte fest, dass das Anliegen der Motion Ryser Stefan (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. August 2008 betreffend die Anschaffung eines Aufzuges an der Nordseite der Hauptfussgängerunterführung am Bahnhof (Geiserareal-Bahnhof); erheblich erklärt am 15. Dezember 2008 nicht Gegenstand der heutigen Beratung zum Verwaltungsbericht 2010 sei. Auch sei die Motion nicht zur Abschreibung beantragt. Der Gemeinderat werde mit dem Anliegen auf einem gesonderten Weg wieder an den Stadtrat gelangen.

Stadtratspräsident Roland Christen bittet Stadtrat Stefan Ryser um Erklärung, ob dessen Ausführung zu den Positionen E und Z im vorliegenden Beschlussesantrag als Antrag zu verstehen sei, um über die Abschreibung dieser beiden Vorstösse einzeln abzustimmen.

Stefan Ryser erklärt, keinen Antrag gestellt zu haben.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 2 Enthaltungen):

1. Der Verwaltungsbericht für das Jahr 2010 wird genehmigt.

2. Der Stadtrat beschliesst die Abschreibung der Vorstösse (Art. 41 Geschäftsordnung Stadtrat):

A Motion Bobst Richard und Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2005 betreffend die schrittweise Senkung der Steueranlage

Eingereicht und begründet am 27. Juni 2005; erheblich erklärt am 19. September 2005

¹ Postulat (gewandelte Motion) Güler-Kaya Aysel (SP) und Mitunterzeichnende vom 17. März 2008 betreffend die "Revitalisierung der Langenten"; gewandelt und erheblich erklärt am 30. Juni 2008)



B Motion Steiner Daniel (EVP) und Mitunterzeichnende vom 18. Dezember 2006 betreffend "Schaffung einer Tagesschule in Langenthal"

Eingereicht und begründet am 18. Dezember 2006; erheblich erklärt am 2. April 2007

C Motion Zurlinden Urs und Lüthi Beatrice (beide FDP) und Mitunterzeichnende vom 10. Mai 2010: Richtlinienmotion - für konstruktives Mitdenken

Eingereicht und begründet am 10. Mai 2010; erheblich erklärt am 23. August 2010

D Postulat (gewandelte Motion) Flückiger Franz (SVP) und Mitunterzeichnende vom 23. Januar 2006 betreffend die Ausarbeitung eines Dringlichkeitsplans für den baulichen Unterhalt der städtischen Liegenschaften und betreffend die Bereitstellung der für dessen Umsetzung notwendigen finanziellen Mittel

Eingereicht und begründet am 23. Januar 2006; in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 15./29. Mai 2006

E Postulat Bossard Luzia (GL) und Mitunterzeichnende vom 26. Juni 2006 betreffend Optimierung der Umsetzung der Luftreinhalteverordnung für die Stadt Langenthal

Eingereicht und begründet am 26. Juni 2006; erheblich erklärt am 21. August 2006

F Postulat Greber Beatrice (SP) und Mitunterzeichnende vom 18. Dezember 2006 betreffend die Sicherheit auf Fussgängerstreifen

Eingereicht und begründet am 18. Dezember 2006; erheblich erklärt am 22. Januar 2007

G Postulat Bayard Paul (SP) und Mitunterzeichnende vom 14. Mai 2007 betreffend die Neuordnung der Grünabfuhr (Aufnahme der Möglichkeit der Speiserestenentsorgung)

Eingereicht und begründet am 14. Mai 2007; erheblich erklärt am 25. Juni 2007

H Postulat (gewandelte Motion) Steiner Daniel und Rentsch-Ryf Michèle (beide EVP) und Mitunterzeichnende vom 14. Mai 2007 betreffend die Erarbeitung einer langfristigen Strategieplanung für die zukünftige Entwicklung der Stadt Langenthal

Eingereicht und begründet am 14. Mai 2007; in Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 20. August 2007

I Postulat Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2007 betreffend die Zukunftssicherung der städtischen Pensionskasse (Wechsel vom Leistungs- zum Beitragsprimat)

Eingereicht und begründet am 25. Juni 2007; erheblich erklärt am 22. Oktober 2007

J Postulat Gfeller Markus (FDP) und Mitunterzeichnende vom 25. Juni 2007 betreffend die Überprüfung der heutigen Rechtsform der städtischen Pensionskasse

Eingereicht und begründet am 25. Juni 2007; erheblich erklärt am 22. Oktober 2007

K Postulat Steiner Daniel und Steiner Reto (beide EVP) und Mitunterzeichnende vom 19. November 2007 betreffend die Prüfung der Erarbeitung eines Entwicklungs- und Nutzungskonzeptes für das Mühleareal

Eingereicht und begründet am 19. November 2007; erheblich erklärt am 21. Januar 2008

L Postulat Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 21. Januar 2008 betreffend die Prüfung der Neuregelung der Eigentumsverhältnisse an der Kunsteisbahn Schoren AG

Eingereicht und begründet am 21. Januar 2008; erheblich erklärt am 17. März 2008



M Postulat Lanz-Iseli Margrit (EVP) und Mitunterzeichnende vom 17. März 2008 betreffend die Einrichtung und Gestaltung der Aufbahrungshalle

Eingereicht und begründet am 17. März 2008; erheblich erklärt am 19. Mai 2008

N Postulat (gewandelte Motion) Güler-Kaya Aysel (SP) und Mitunterzeichnende vom 17. März 2008 betreffend die "Revitalisierung der Langeten"

Eingereicht und begründet am 17. März; in Postulat umgewandelt und erheblich erklärt am 30. Juni 2008

O Postulat Köhli Samuel (SP) und Mitunterzeichnende vom 17. März 2008 betreffend die Überarbeitung des bestehenden Verkehrskonzeptes für Langenthal unter Berücksichtigung des öffentlichen Verkehrs

Eingereicht und begründet am 17. März 2008; erheblich erklärt am 30. Juni 2008

P Postulat Rentsch-Ryf Michèle (EVP) und Mitunterzeichnende vom 19. Mai 2008 betreffend den Wechsel zu einem durchlässigen Schulmodell

Eingereicht und begründet am 19. Mai 2008; erheblich erklärt am 18. August 2008

Q Postulat Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 2. Februar 2009: Prüfung eines Impulsprogramms zur Stützung der Wirtschaft unter dem Begriff "Green Deal"

Eingereicht und begründet am 2. Februar 2009; erheblich erklärt am 18. Mai 2009

R Postulat Steiner-Thaler Anita (EVP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Prüfung der Attraktivierung des Webauftritts des Stadttheaters

Eingereicht und begründet am 23. März 2009; erheblich erklärt am 29. Juni 2009

S Postulat Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 18. Mai 2009: Prüfung regelmässiger Teilnahmen an internationalen Aktionen zum nachhaltigen Umweltschutz und der Ergreifung pro-aktiver Massnahmen dazu sowie Prüfung der Institutionalisierung der 2007 durchgeführten Energiesparwoche in der Zeitspanne zwischen Earth Hour (Ende März) und Earth Day (22. April)

Eingereicht und begründet am 18. Mai 2009; erheblich erklärt am 29. Juni 2009

T Postulat Winzenried Timotheus (PNOS) vom 23. März 2009: Prüfung der Öffnungszeiten der Stadtverwaltung

Eingereicht und begründet am 23. März 2009; erheblich erklärt am 29. Juni 2009

U Postulat Lanz Rudolf (FDP) und Mitunterzeichnende vom 23. März 2009: Prüfung der Parkplatz-Ordnung beim Hirschpark an der Schützenstrasse

Eingereicht und begründet am 23. März 2009; erheblich erklärt am 29. Juni 2009

V Postulat Müller Reto (SP) vom 18. Mai 2009: Prüfung eines online-Systems zum Buchen, Reservieren und Belegen von Turn- und Sportstätten (Hallen, Stadion) auf der bestehenden Website der Stadt Langenthal oder auf einem neuen System

Eingereicht und begründet am 18. Mai 2009; erheblich erklärt am 24. August 2009

W Postulat (gewandelte Motion) Zurlinden Urs (FDP) und Fiechter Fritz (SP) und Mitunterzeichnende vom 29. Juni 2009: Erarbeitung eines Sportstätten-Konzeptes und die Ergreifung der erforderlichen raumplanerischen Massnahmen

Eingereicht und begründet am 29. Juni 2009; am 15. August 2009 per Mail in Postulat gewandelt; erheblich erklärt am 26. Oktober 2009



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

X Postulat Rentsch-Ryf Michèle (EVP) und Mitunterzeichnende vom 14. Dezember 2009: Ärztesituation Langenthal - Prüfung geeigneter Massnahmen für die Sicherstellung der medizinischen Grundversorgung

Eingereicht und begründet am 14. Dezember 2009; erheblich erklärt am 1. März 2010

Y Postulat Masshardt Nadine (SP) und Mitunterzeichnende vom 25. Januar 2010: Prüfung der Einführung der KulturLegi auch in Langenthal

Eingereicht und begründet am 25. Januar 2010; erheblich erklärt am 10. Mai 2010

Z Postulat Masson Pierre (SP) und Mitunterzeichnende vom 1. März 2010: "Park and Charge" (Ladestation für Elektromobile)

Eingereicht und begründet am 1. März 2010; erheblich erklärt am 10. Mai 2010

3. Der Gemeinderat wird mit dem Vollzug beauftragt.

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

Stadtratspräsident Roland Christen unterbricht die Sitzung um **19.45 Uhr** für eine Verpflegungspause von 20 Minuten.



4. **Steiachermatte Langenthal-Grundbuchblatt Nrn. 5142 und 5051; Landverkauf an die Solar Industries AG; Genehmigung**

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Die Vorlage beinhalte den Verkauf von zwei Parzellen in der Steiachermatte an die Solar Industries AG und somit die Genehmigung des dazugehörigen Vertragswerkes. Die Landfläche befinde sich am Standort der alten ARA, zuunterst im Industriegebiet "Steiachermatte" und sei über die verlängerte Gaswerkstrasse erschlossen. Mit dem Neubau der ZALA AG, der Gemeinschaftsanlage am Standort Aarwangen, sei die bisherige ARA Langenthal nicht mehr nötig. Auf einem Teil des bisherigen ARA-Areals sei bereits die Kompogas AG installiert worden.

Anlässlich der letzten Zonenplanänderungen sei das Areal in die Arbeitszone umgezont worden. Die Parzelle sei eben, die Parzellenform jedoch nicht unbedingt rechteckig. Es handle sich um eine ansehnliche Fläche, die im Osten direkt an den Hochwasserentlastungskanal der ZALA angrenze, was sicher nicht unbedingt eine attraktive Grenze darstelle, da der Entlastungskanal im Übrigen unmittelbar neben der SBB-Bahnlinie verlaufe. Der Entlastungskanal sei heute noch nötig für den Fall, dass ein Zwischenfall bei der ZALA passieren würde. Sollte zum Beispiel der Stollen nicht passierbar sein, könnte das Wasser nach wie vor durch den voluminösen Kanal abgeleitet werden.

Auf der nord-westlichen Seite befinde sich die Parzelle Nr. 5051. Diese Parzelle sei der Stadt im Rahmen des Landumlegungsverfahrens "Bahn2000" zugewiesen worden. Das Verfahren sei noch nicht definitiv abgeschlossen, obschon von "Bahn2000" die Rede sei und bereits das Jahr 2011 geschrieben werde. Die Parzelle sei noch nicht im Grundbuch eingetragen. Demgemäss sei ein definitiver Verkauf der Parzelle Nr. 5051 zum heutigen Zeitpunkt noch nicht möglich, weshalb der vorliegende Verkauf mittels eines Kauf-Vorvertrages zur Genehmigung vorliege.

Im Norden der Parzelle befinde sich ein im Baureglement der Stadt Langenthal als erhaltenswert gekennzeichnetes Naturobjekt mit diversen Hochstamm-bäumen, einer Hecke und einem kleinen Gewässer, was entsprechende Bauabstände zu diesem Objekt zur Folge habe.

Im Sommer 2010 sei die Stadt Langenthal erstmals von der Solar Industries AG kontaktiert worden. Bereits damals sei die Absicht geäussert worden, in Langenthal eine Produktionsanlage für Solarmodule erstellen zu wollen. Der Gemeinderat sei überzeugt, dass sich die hochmoderne Anlage mit guten Synergien in den Industriepool der Stadt Langenthal einbetten lasse. Die Firma Solar Industries AG sei international tätig. Sie halte Beteiligungen an Solarmodul-Werken in Deutschland und in Italien. Nach Ansicht des Gemeinderates zähle die Firma zu den führenden Firmen im Solarbereich in der Schweiz. Sie verfüge auch über ein starkes Netzwerk zu bestehenden Firmen im Kanton Bern (Beispiele: Meyer Burger AG, Thun; 3S Swiss Solar System AG, Lyss). Als eine führende Firma in der Solarbranche sei die Solar Industries AG auf die Photovoltaik fokussiert.

Die Solar Industries AG habe im April 2011 mit der Einstellung von Herrn Matthias Schoft, COO und CEO, ihre technische und industrielle Kompetenz verstärkt. Herr Matthias Schoft sei für den Aufbau der Modulproduktion in der Schweiz verantwortlich. Herr Matthias Schoft sei zuletzt für den Aufbau eines vergleichbaren Werkes in Zypern verantwortlich gewesen. Die Solar Industries AG weise ein Aktienkapital von aktuell neu Fr. 30,9 Mio. aus, was eine Änderung gegenüber den in den Akten ausgewiesenen Fr. 28,4 Mio. darstelle, da Kapitalerhöhungen in verschiedenen Tranchen durchgeführt worden seien.

Folgende Firmen seien massgeblich an der Solar Industries AG beteiligt:

- Die New Value AG. Eine börsenkotierte schweizerische Investment-Firma, die unter Anderem im Cleantech- und Gesundheitsbereich verschiedene Beteiligungen inne habe.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

- Die Energie- und Wasserwerke Bern (ewb) mit einer strategischen Beteiligung. An der Generalversammlung der Solar Industries AG von vergangendem Freitag sei Herr Marcel Ottenkamp, Mitglied der Geschäftsleitung der ewb, in den Verwaltungsrat der Solar Industries AG gewählt worden. Mit dieser personellen Besetzung sei das Netzwerk zwischen der ewb und der Solar Industries AG im Sinne einer strategischen Zusammenarbeit dokumentiert.
- Ebenfalls neu und damit in den Unterlagen noch nicht enthalten, sei die Beteiligung der SVC AG. Eine Schweizer Firma, die KMU's und innovativen Unternehmungen in verschiedenen Unternehmungsphasen Risikokapital zur Verfügung stelle, um auf diese Weise den Werkplatz Schweiz zu stärken und zur Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen beizutragen.
- Die Beteiligungs-AG der sehr bekannten Ernst Göhner-Stiftung, sei ebenfalls an der Solar Industries AG beteiligt.

Die Solar Industries AG verfüge über ein Netzwerk zur 3S Swiss Solar System AG, Lyss und zur Meyer Burger AG, Thun. Insbesondere sei der Gemeinderat informiert worden, dass diese beiden Firmen als Lieferanten von Solar Technologie für Langenthal vorgesehen seien. Der Gemeinderat gehe auch davon aus, dass durch eine Zusammenarbeit im Bereich neuer Solartechnologien von Firmen wie der GÜDEL AG und der Glas Trösch AG mit der Solar Industries AG, beträchtliches lokales Potential entstehen könnte.

Die Solar Industries AG habe vor drei Wochen ein Baugesuch zum Bau des Werkes in Langenthal eingereicht. Das Baugesuch werde vom Regierungsstatthalteramt bearbeitet, weil die Stadt Langenthal im Moment noch Grundeigentümerin der dazu benötigten Landfläche sei und somit kein Baugesuch für Projekte auf "eigenen" Parzellen bearbeiten könne.

Die Solar Industries AG habe seit einigen Monaten im alten Amtshaus einen lokalen Stützpunkt eingerichtet, von wo aus die Umsetzung des Vorhabens mit einer Investitionssumme von rund Fr. 40,0 Mio. lokal unterstützt und geführt werde.

Kaufverhandlungen: Seit letztem Sommer seien konstruktive Verhandlungen mit laufendem Reporting an den Gemeinderat durchgeführt worden, womit es sich um kein kurzfristiges Geschäft handle, das im Zuge des Fukushima-Effekts ausgelöst worden sei. Der Gemeinderat habe auch zur Kenntnis genommen, dass die Firma verschiedene Standorte in der Schweiz evaluiert habe. Dementsprechend sei versucht worden, die Position Langenthals auch immer im Spiel zu halten. Der Gemeinderat habe von Anfang an eine konsequente Verkaufspolitik betrieben, indem ein Landpreis von Fr. 150.00 angewendet worden sei, was dem Preis entspreche, der in den letzten Geschäften jeweils umgesetzt worden sei.

Wirtschaftsförderungsmassnahmen: Wie bereits eingangs darauf hingewiesen, entspreche die Landfläche keinem Rechteck in einem bestehenden Areal, so dass jeder Quadratmeter gleich angeschaut werden könne. Aus diesem Grund habe man im Laufe der Verhandlungen mit der Käuferschaft nach Möglichkeiten gesucht, diesem Tatbestand auch Rechnung zu tragen. Insbesondere bezüglich des Verlaufs des Hochwasserentlastungskanal, der an der Nordseite in einem Bogen in die Parzelle einmünde und auf der anderen Seite die ebenfalls bereits erwähnte Bestockung, die im Rahmen des Baureglementes Langenthal zu erhalten sei.

Als Verhandlungsergebnis sei untereinander vereinbart worden, dass eine Teilfläche durch beide Areale zusammengezählt im Rahmen von 1'704 m² ohne Preis an die Käufer übergehe, was umgerechnet auf die gesamte Fläche etwa 10% des Kaufpreises ausmache und in den Unterlagen entsprechend dokumentiert sei.

Eine zweite Massnahme habe darin bestanden, die Zahlungsmodalitäten zu regeln. Das Ergebnis, dass ein Drittel sofort, ein Drittel nach zwei Jahren und ein Drittel nach fünf Jahren zur Zahlung fällig werde und, dass die beiden letzten Raten als zinslose Darlehen gewährt werden, sei ebenso dokumentiert.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Um die Kompetenzsituation definitiv zu klären, sei eine Schattenrechnung angestellt worden, worin die beiden Wirtschaftsförderungsmassnahmen mit Reserven (4% Zins) quantifiziert worden seien. Daraus resultiere für das Land an der Nordseite ein Betrag von umgerechnet Fr. 255'600.00 plus einen Zinsverlust (gerechnet mit 4%) gemäss Opportunitätsrechnung von Fr. 222'110.00 - was allerdings voraussetzen würde, dass ein anderer Käufer zur gleichen Zeit vorhanden wäre, der diese Summe auf einmal bezahlen würde - womit sich eine ausgewiesene Wirtschaftsförderungsmassnahme von insgesamt Fr. 477'710.00 ergebe.

Verträge: Sich auf die Sicherstellungsmassnahmen beschränkend, halte er fest, dass ein Verkäuferpfandrecht im Grundbuch eingetragen werde und, dass diverse Rückkauf- und Vorkaufsrechte - insbesondere für den Fall, dass die Absichten nicht in der geäusserten Form erfolgen und eingehalten würden - vereinbart worden seien. Mit der Einreichung des Baugesuches sei eine der Absichten aber mittlerweile schon erfüllt worden.

Falls die Solar Industries AG das Grundstück unüberbaut weiterveräussern wollte, könnte vom eingeräumten limitierten Vorkaufsrecht Gebrauch gemacht werden. Die Stadt könnte zudem die gewährten Darlehen kündigen, wenn die Umsetzung der geplanten Arbeiten nicht planmässig erfolgen würde. Das Vorkaufsrecht bestehe ausserdem gemäss Vertrag auch bis 10 Jahre nach der Überbauung.

Dass kein geldwerter Finanzierungsnachweis verlangt worden sei, habe schon im Vorfeld (in der Geschäftsprüfungskommission) zu reden gegeben. Dieser Verzicht lasse sich selbstverständlich begründen: Wenn eine Zahlungsmodalität - womit der Käuferin etwas gegeben werde - vereinbart werde, die sich über zwei bzw. fünf Jahre hinziehe, bringe es unter dem Strich nichts, für diese Zeit im gleichen Atemzug eine Bankgarantie einzufordern und damit eine Sicherstellung zu verlangen, die der Käuferin zudem wieder Kosten verursache. Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass man diesbezüglich geteilter Ansicht sein könne und nehme die geäusserte Kritik entgegen, beurteile jedoch das Vorgehen aufgrund seiner Informationen, auf die Sicherung der Finanzierung zu verzichten, als verhältnismässig und angepasst. Dies nicht zuletzt auch im Hinblick auf die erfolgreichen Kapitalerhöhungsrunden, die in den letzten Monaten und Jahren durchgeführt worden seien, womit mittlerweile ein Aktienkapital von rund Fr. 31,0 Mio. ausgewiesen werden könne.

Ohne auf weitere Details einzutreten, weise er noch einmal auf die bereits erwähnte Differenz zwischen der Parzelle Nr. 5142 hin, die als Verkaufsvertragsteil in der Urkunde festgehalten sei und der Parzelle Nr. 5051, die im Sinne eines Kaufvorvertrages abgehandelt worden sei. Der Kaufvorvertrag würde den Gemeinderat - wenn der Stadtrat dem Geschäft zustimme und wenn die rechtlichen Voraussetzungen grundbuchtechnisch erfüllt seien - legitimieren, den Kaufvertrag für die Parzelle Nr. 5051 noch definitiv abzuschliessen.

Fazit: Es handle sich um kein Fukushima-Geschäft. In den letzten Wochen und Monaten habe er im Rahmen seiner Grossrattätigkeit viele Debatten gehört, was man sollte, könnte, möchte und endlich abstellen müsste, wobei diesbezüglich bis heute noch gar nichts unternommen worden sei. Was nun heute dem Langenthaler Parlament angeboten werde, sei ein Schritt in eine konkrete Umsetzung von etwas, woran man sich seiner Meinung nach orientieren müsse. Namentlich gelte es die Frage zu beantworten, wenn in der Schweiz Solarmodule im grossen Stil auf die Dächer montiert werden sollen, ob solche Module aus China importiert werden sollen, oder ob sie in der Schweiz mit einer technologisch hochmodern aufgebauten Anlage in Langenthal produziert werden sollen.

Der Gemeinderat sei von einem hohen Vernetzungspotential mit ortsansässigen Firmen überzeugt. Der Gemeinderat sei auch überzeugt, dass im Kanton Bern mit der Meyer Burger AG, Thun und der 3S Swiss Solar System AG, Lyss bereits eine starke Vernetzung bestehe. Zudem habe die Solar Industries AG dokumentiert, dass verschiedenen Kapitalerhöhungsrunden sehr erfolgreich durchgeführt worden seien.

Aus Sicht des Gemeinderates gehe es um eine grosse Chance für Langenthal. Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass es dabei um eine der letzten Landreserven gehe, die angeboten werden könne. Die Anfrage dafür liege vor und sei geprüft worden. Der daraus resultierende Antrag liege dem Stadtrat heute zur Genehmigung vor und ein entsprechendes Baugesuch sei auch bereits in Behandlung. Demgemäss gelte es heute Abend dem Landverkauf an die Solar Industries AG zuzustimmen, womit ein Zeichen dafür ausgesendet werde, Worten auch Taten folgen zu lassen.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

In der Vorlage gehe es darum, der Urkunde, die den Verkauf der Parzelle Nr. 5142 sowie die Verkaufsvertragsregelung für die Parzelle Nr. 5051 beinhalte, zuzustimmen und darum, den Landverkauf im Generellen zu genehmigen.

Daniel Rügger, GPK-Mitglied: Die Geschäftsprüfungskommission habe sich eingehend mit dem nicht alltäglichen Landverkauf befasst. Die Käuferin (Solar Industries AG) weise seit Ende April 2011 ein Aktienkapital von Fr. 30,9 Mio. aus. Sie betätige sich in einer Branche, die heute als besonders lukrativ bezeichnet werden dürfe. Aus Sicht der Geschäftsprüfungskommission seien zwei Aspekte erwähnenswert:

- Wirtschaftsförderungsmassnahmen: Ein Landanteil von 1'704m² werde der Firma kostenlos übergeben, was Fr. 255'600.00 entspreche.
- Ratenzahlung: Zahlung des Landes in drei Raten, was einem Zins von total Fr. 222'110.00 entspreche.

Die gesamten Wirtschaftsförderungsmassnahmen, die die Stadt Langenthal in das Geschäft hineinbringen, belaufen sich somit auf Fr. 477'710.00.

Wichtig sei, die Sicherungsmassnahmen, die in den Kaufvertrag aufgenommen worden seien, einer kurzen Betrachtung zu unterziehen:

- Solange die Parzelle nicht überbaut sei, habe die Stadt ein Rückkaufsrecht für den Fall, dass die Baubewilligung nicht innert sechs Monaten nach dem Übergang von Nutzen und Gefahr eingereicht würde. Die Baueingabe sei - wie vom Stadtpräsidenten erwähnt - bereits passiert.
- Das Vorkaufsrecht, das die Stadt habe, könnte geltend gemacht werden, wenn die Solar Industries AG das Terrain weiterkaufen würde.
- Nach dem Baubeginn würde es drei Möglichkeiten geben, wie die Stadt das existierende Darlehen kündigen könnte. Eine Kündigung käme zur Anwendung wenn
 - die Bautätigkeit der neuen Firma während drei Monaten eingestellt würde,
 - der Bau nach Bauende nicht innert drei Monaten bezogen würde,
 - die aufgenommene Produktion während drei aufeinander folgender Monate eingestellt würde.

Diese Aspekte seien wichtig, damit entsprechende Massnahmen eingeleitet werden könnten, wenn wider Erwarten etwas schief laufen würde.

Die Geschäftsprüfungskommission haben den fehlenden Finanzierungsnachweis als Mangel eingestuft. Der Stadtpräsident habe diese Kritik in seiner Stellungnahme bereits erwähnt und die notwendige Begründung dazu geliefert.

Die Geschäftsprüfungskommission stelle die formelle Richtigkeit der Vorlage klar fest.

Robert Kummer, FDP/jll-Fraktion: Gerne spreche die FDP/jll-Fraktion dem Gemeinderat zu diesem Geschäft ein Kompliment aus. Der Gemeinderat habe es geschafft oder werde es in naher Zukunft zumindest schaffen, rund 100 neue Arbeitsplätze nach Langenthal zu bringen. Wenn das Entgegenkommen bzw. die Wirtschaftsförderung mit knapp Fr. 500'000.00 auch viel Geld sei, lasse sich diese Zahl doch damit relativieren, dass rund Fr. 250'000.00 für nicht oder schlecht nutzbares Land eingesetzt seien und, dass das zinslose Darlehen mit einem sehr guten Zinssatz von 4% gerechnet worden sei. Dementsprechend seien die Fr. 477'710.00 doch eher eine akademische Zahl.

Die FDP/jll-Fraktion unterstütze den Landkauf an eine innovative Unternehmung wie die Solar Industries AG. Weil damit eines der letzten Industriegrundstücke verkauft werde, erscheine es der FDP/jll-Fraktion aber wichtig, dass der Gemeinderat mit den Nachbargemeinden nach Lösungen suche, wie auch in Zukunft noch Unternehmungen angesiedelt werden können.

Der FDP/jll-Fraktion sei im Bericht und Antrag des Stadtbauamtes vom 2. Mai 2011 unter Punkt 6.4.3 (Seite 9) aufgefallen, dass die Stadt vom Rückkaufsrecht Gebrauch machen könnte, wenn eine Bauverzögerung von 6 Monaten eintreten würde, wogegen im Vertrag aber von 3 Monaten die Rede sei.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Dass die Solar Industries AG in Langenthal eine Produktionsstätte für Solarmodule aufbaue, werde von der SP/GL-Fraktion mehrheitlich als Glücksfall erachtet. Glück allein reiche bekanntlich jedoch nicht. Demgemäss anerkenne die SP/GL-Fraktion die Leistungen und Bemühungen des Stadtpräsidenten und den involvierten Stadtbehörden und verdanke deren Einsatz.

Durch die Ansiedelung dieser wertvollen Firma werde der Industrie-Cluster Oberaargau - insbesondere Langenthal - gestärkt. Natürlich hoffe die SP/GL-Fraktion nun, dass die Stadt Langenthal dereinst zu den ersten Kunden der Solar Industries AG gehören werde und Solarmodule beschaffe und installiere.

Das Bekenntnis zur Solarenergie und zu anderen erneuerbaren Energien schaffe Arbeitsplätze und erhalte die Wertschöpfung im eigenen Land; im vorliegenden Fall sogar in Langenthal. Die Sozialdemokraten sowie die Grünen hätten dies schon längststens erkannt und würden dementsprechend nun erwarten, dass die Stadt Langenthal endlich ein klares Bekenntnis zu erneuerbaren Energien abgebe und den Gebäudestandard Energie-Stadt 2011 als Qualitätsstandard einführe. Mit gutem Beispiel voranzugehen und dabei erst noch die einheimische Industrie unterstützen zu können, sei etwas, was in der heutigen Zeit zähle.

Die SP/GL-Fraktion stimme dem Geschäft mehrheitlich zu.

Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion: Herr Stadtpräsident Thomas Rufener habe den Landverkauf "Steiachermatte" an die Firma Solar Industries AG eingehend und sehr gut präsentiert. Auch die SVP-Fraktion sei der Meinung, dass die Verkaufsverhandlungen gut geführt worden seien. Vor Allem die eingeräumten Vor- und Rückkaufsrechte werden als wichtig erachtet, damit die Stadt bestimmen könne, wer überbaue und wer dort ansässig werde.

Die SVP-Fraktion erachte den Landpreis für den brauchbaren Teil - ohne die grüne Lunge - von Fr. 150.00 pro m² als angemessen und die Schaffung von Arbeitsplätzen als positiv. Auch von Seiten der SVP-Fraktion werde der Zuzug einer solchen Firma als Glücksfall gesehen. Die Mehrheit der SVP-Fraktion sei dem Geschäft gegenüber positiv eingestellt.

Daniel Rügger, EVP/glp-Fraktion: Für Langenthal bedeute der Verkauf der Parzellen in dreierlei Hinsicht ein wichtiger Schritt:

- In Langenthal werde eine neue Firma angesiedelt, die Arbeitsplätze schaffe.
- Die Solar Industries AG sei eine zukunftsgerichtete, international tätige und wachstumsorientierte Unternehmung. Seitens verschiedener Gemeinden werde um die Ansiedelung dieser Firma gebuhlt.
- Der Energiestadt Langenthal stehe eine indirekte Investition in eine Gesellschaft, die sich mit alternativen Energien beschäftige, gut an.

Die EVP/glp-Fraktion bezeichne den Bruttoverkaufspreis von Fr. 150.00 pro m² als realistisch. Unter Einbezug des Gratislandes ergebe sich - wie der Stadtpräsident dargelegt habe - in etwa ein Preis von Fr. 136.00 pro m².

Auch der EVP/glp-Fraktion fehle der Finanzierungsnachweis. Dies deshalb, weil bei Betrachtung der Cash flow-Planung der Firma ersichtlich sei, dass ab dem Jahr 2014 Dividendenausschüttungen erfolgen werden. Dieser Punkt sei nach Ansicht der EVP/glp-Fraktion primär störend, weil das Land bis dahin nicht bezahlt sein werde.

Die EVP/glp-Fraktion werde das vorliegende Geschäft unterstützen.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen) unter Vorbehalt des fakultativen Referendums:

- 1. Dem Verkauf der Parzelle Langenthal-Grundbuchblatt Nr. 5142 und nach Abschluss der Landumlegung zusätzlich der Parzelle Langenthal-Grundbuchblatt Nr. 5051 an die Solar Industries AG wird zugestimmt. Die Urschrift Nr. 8695 vom 2. Mai 2011 wird genehmigt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



5. Motion Marti Bernhard (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. März 2011: Korkrecycling in Langenthal; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Christine Bobst: Der Werkhof sei laufend am Optimieren und suche nach Möglichkeiten zur Verbesserung des Recyclings. Dementsprechend werden neue Ideen wie der vorliegende Vorschlag gerne entgegengenommen. Der Gemeinderat beantrage die Motion erheblich zu erklären.

Bernhard Marti: Die Antwort auf die Frage, weshalb heute nicht auch Weisswein zur Zwischenverpflegung gereicht worden sei, liege auf der Hand und laute wahrscheinlich, weil man nicht wisse, wie und wo die Korken entsorgt werden könnten.

Kork diene nicht nur als Flaschenverschluss. Kork sei ein wertvoller Rohstoff, der als Vibrationsschutz, als Trittschallisolation oder auch als Fussbett in Schuhen zum Einsatz komme. Kork isoliere Wärme und Schall in einer hervorragenden Art und Weise. Das Potential eines Korkzapfens, der dem Haushaltkehricht zugeführt werde und somit in die Verbrennung gelange, gehe verloren. Aus diesem Grund sei es wichtig, Kork zu sammeln und dessen Werte zu nutzen bzw. weiter zu nutzen. Während Private aber auch etliche Gemeinden dieses Potential bereits erkannt haben, habe dies die Stadt Langenthal aber bisher versäumt. In Burgdorf beispielsweise werde rege Kork gesammelt. In Langenthal dagegen - zumindest durch die Stadt - nicht. Private würden in Eigeninitiative bereits seit längerem Kork sammeln und diesen unter Kostenpflicht in Burgdorf entsorgen.

Die Einrichtung einer Sammelstelle auf dem Werkhofareal in Langenthal wäre nahezu kostenlos und die Zuführung in den Recyclingkreislauf könnte je nachdem sogar einträglich sein, so dass nichts gegen die Einrichtung einer Korksammelstelle spreche. Er danke dem Gemeinderat für die Unterstützung seiner Motion und damit, einen kleinen Schritt in die richtige Richtung zu machen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 33 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen)¹:

- 1. Die Motion mit Richtliniencharakter Marti Bernhard (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. März 2011: Korkrecycling in Langenthal wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

■ Gemeinderat

¹ Anmerkung der Protokollführung: Ein Stadtratmitglied ist während der Abstimmung nicht im Saal anwesend.



6. Motion Masson Pierre (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. März 2011: Erhöhung der Sitzungsgelder; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Der Motionär renne mit seinem Anliegen offene Türen ein. Der Gemeinderat sei im Rahmen des Regierungs- und Verwaltungsreformprojekts eigentlich aus drei Gründen auch auf diese Problematik gestossen:

- Die Höhe der Sitzungsgelder der Stadt Langenthal seien seit 1997 unverändert. Diesbezüglich gelte es sich zu überlegen, welchen realen Wert die 1997 als korrekt angeschauten Beträge heute noch haben.
- Der Gemeinderat erachte die bestehende Regelung (mit Fr. 30.00 für Sitzungen bis zu 2 Stunden 59 Minuten und 59 Sekunden und was länger dauere mit Fr. 80.00) als unglücklich, weshalb bereits Überlegungen angestellt worden seien, wie die Abstufung allenfalls etwas intelligenter gestaltet werden könnte.
- Der Gemeinderat sei der Auffassung, dass Leute, die in den Langenthaler Behörden aktiv mitmachen - ob dies nun im Parlament, im Gemeinderat oder in Kommissionen sei - entsprechend für ihre Arbeit zu entschädigen seien.

Aus diesen drei Gründen komme der Gemeinderat zum Schluss, den vorliegenden Vorstoss zur Erheblicherklärung zu empfehlen.

Pierre Masson, SP/GL-Fraktion: Auf den ersten Blick handle es sich beim motionierten Anliegen um kein typisches SP-Anliegen, weil man für sich selber mehr Geld wolle. Wenn man aber etwas tiefer blicke, zeige sich ein anderes Bild. Er hoffe jedoch, dass allen Anwesenden klar sei, dass er sich mit diesem Vorstoss nicht übermässig bereichern oder sogar reich werden wolle dadurch. Das werde und soll auch in Zukunft nicht möglich sein. Als Stadtrat oder Stadträtin habe man sich in ein ehrenvolles Amt wählen lassen, um für Langenthal und der Bevölkerung Langenthals etwas Gutes zu tun und nicht, um sich selber zu verwirklichen. Und auch das soll so bleiben. Die Politik dürfe nicht zu einem Luxusgut werden, welches sich nur diejenigen finanziell und zeitlich leisten können, die beispielsweise flexible Arbeitszeiten, einen Teilzeitjob oder ganz einfach gute Einkommen haben. Alle - ob Frau oder Mann, ob teilzeit- oder vollbeschäftigt, ob jung oder alt oder eben ob grosses oder kleines Einkommen - sollten die gleichen Chance haben, womit der sozialdemokratische Gedanke, der hinter der Motion stecke, unübersehbar sei.

Jedes Parlamentsmitglied wisse, dass eine gewählte Person einen grossen Zeitaufwand betreiben müsse, um die politische Arbeit erledigen zu können. Dazu gehöre die Vorbereitung mit Aktenlesen, mit Fraktions- und Stadtratssitzungen und nicht zu vergessen die Arbeit in den Kommissionen, die mit ebenso grossem Aufwand verbunden sei. Wenn die Qualität der politischen Tätigkeit weiterhin stimmen soll, dann müssen Behördenmitglieder in anderen Bereichen kürzer treten. Und weil die qualifizierte Arbeit von Behördenmitgliedern schlussendlich der Bevölkerung zu Gute komme, soll diese Arbeit auch entsprechend honoriert werden. Es freue ihn, mit seinem Anliegen offene Türen einzurennen und, dass der Gemeinderat den Handlungsbedarf erkenne.

In den Unterlagen seien Beispiele aufgezählt, wie die Mitglieder verschiedener Legislativen entlohnt und entschädigt werden. Um die Aufzählung etwas zu ergänzen, habe er letzte Woche in Erfahrung gebracht, dass die Behördenmitglieder (Mitglieder der Legislative und Kommissionen) in Frauenfeld mit Fr. 130.00 pro Sitzung und - man höre und staune - mit bis zu Fr. 80.00 für das Aktenlesen entschädigt werden. Bei diesen Zahlen hätte er persönlich schon fast ein schlechtes Gewissen, Stadtrat zu sein. Er strebe nicht diese Zahlen an und habe deswegen auch bewusst darauf verzichtet einen konkreten Betrag im Motionstext zu nennen. Er habe grosses Vertrauen in den Gemeinderat, der sicher faire und zeitgemässe Entschädigungen für die politischen Mandatsträgerinnen und -träger in Langenthal anbieten werde. Die SP/GL-Fraktion unterstütze die Motion einstimmig.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Beatrice Lüthi, FDP/jll-Fraktion: Sich auf Stufe Bund, Kanton oder Gemeinde eigentlich selber zu organisieren, sei eine schweizerische Eigenart, was sich auch an der Vielzahl der Vereine zeige. Es herrsche eine grosse Bereitschaft mitzumachen, sich einzubringen, sich einzusetzen und Verantwortung zu übernehmen. Das sei wichtig, wobei sich aber nun die Frage stelle, welches denn die richtige und faire Entschädigung dafür sei. Das könne bei der Abzockerei einer Politkaste beginnen, die sich damit quasi und gerade mal so das Leben finanziere. Es könne aber auch sein, dass dafür quasi nur ein Gotteslohn ausgerichtet werde, der aber vielleicht nicht viel Wert habe. Weiter gäbe es den Ruhm und die Ehre, worauf sie auf Stufe Gemeinde aber nicht zu sprechen kommen möchte. Das Engagement hänge wahrscheinlich nicht von der Entschädigung ab, und reich werden wolle und soll man sicher damit nicht.

Die FDP/jll-Fraktion habe dieses Thema relativ ausführlich diskutiert und sei zum Schluss gelangt, dass die Entschädigung in Langenthal in der Tat am unteren Rand angesiedelt sei und, dass seit mehreren Jahren keine Indexierung stattgefunden habe. Von daher denke die Mehrheit der FDP/jll-Fraktion, den Vorstoss erheblich erklären zu können. Persönlich finde sie es sehr gut, dass auch schon in den Kommissionen eine Anpassung geplant sei, da es ihrer Meinung nach nicht nur um die Stadtrats- sondern vor Allem auch um die Kommissionsarbeit gehen müsse.

Albert Schaller, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion finde eine moderate Erhöhung der Sitzungsgelder sicher nicht unverschämt. Eine Anpassung nach fast 15 Jahren sei angebracht. Die SVP-Fraktion unterstütze die Motion, um so mehr, da sich der Gemeinderat im Zuge der Regierungsreorganisation dieser Thematik auch annehmen wolle.

Daniel Steiner, EVP/glp-Fraktion: Das politische System des Stadtrates Langenthal basiere auf dem Milizgedanken. Alle Parlamentarier üben einen Beruf aus, um den Lebensunterhalt zu verdienen. Politisches Engagement sei also eine Nebenbeschäftigung, die zwar zeitintensiv und mit wenig Lorbeeren verbunden sei. Aus eigener Erfahrung sei bekannt, dass politisches Engagement nebst zeitlichem Aufwand ein hohes Mass an Idealismus benötige. Nicht etwa finanzielle Anreize sollten die Hauptmotivation für ein politisches Engagement sein, sondern der Wille, sich für das Gemeinwohl einzusetzen. Aber politisches Engagement sollte auch fair entschädigt werden, womit Respekt und Wertschätzung gegenüber dem politischen Engagement und dem demokratischen System signalisiert werde.

Die aktuelle Entschädigung sei fraglich. Für eine knapp dreistündige Sitzung resultiere beispielsweise ein Ansatz von Fr. 10.00 pro Stunde. Für eine vierstündige Sitzung ergebe sich eine Entschädigung von Fr. 20.00 pro Stunde. Verglichen mit den Stundenansätzen in anderen Berufen, bewege man sich damit beispielsweise im Bereich des Detailhandels oder der Reinigungsbranche, was allerdings nicht als Wertung verstanden werden dürfe.

Die EVP/glp-Fraktion unterstütze die Meinung des Gemeinderates einstimmig, dass die Sitzungsgelder im Rahmen der Regierungsreorganisation überprüft werden sollen.

Patrick Freudiger: So wie Stadtrat Pascal Dietrich die Harmonie im ict4kids-Geschäft etwas gestört habe, störe er die Harmonie nun im vorliegenden Geschäft. Er bringe - um es vorweg zu nehmen - dem Geschäft viel Verständnis entgegen, da es sich sicher teilweise um ein berechtigtes Anliegen handle. Trotzdem halte er die vorliegende Motion um zu absolut. Jetzt von einer Erhöhung der Entschädigung für Kommissionsmitglieder zu sprechen, störe ihn eigentlich nicht. Fraglich dagegen erachte er eine Erhöhung der Entschädigung für die Mitglieder des Stadtrates. Er verweise darauf, dass der Langenthaler Stadtrat in den letzten Jahren und Monaten doch sehr viel Geld ausgegeben habe (Beispiele: KEB AG, Schulhaussanierung, ict4kids etc.). Seiner Meinung nach würde ein politisch falsches Zeichen ausgesendet, nach dieser ausgeprägten Ausgabentätigkeit nun auch gleich die eigene Entschädigung anzuheben. Bei der KEB AG, bei ict4kids oder bei den Schulhaussanierungen, handle es sich um mehr oder weniger unbestrittene, sachliche und notwendige Geschäfte. Zur Erhöhung der Entschädigung für Behördenmitglieder bestehe dagegen keine sachliche Notwendigkeit. Wenn keine Notwendigkeit bestehe, mehr Geld auszugeben, dann sei es eben notwendig nicht mehr Geld auszugeben.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Wie vom Motionär und Stadtrat Pierre Masson richtig gesagt worden sei, gehe es um kleine Beiträge und nicht um Abzockerei. Demgemäss und da es nur um eine kleine Summe gehe, weil die Beträge so klein seien, sei die Erhöhung im Ergebnis doch eigentlich auch irrelevant. Niemand werde doch wegen Fr. 10.00 mehr oder weniger, Politik machen. Falls es doch jemanden gebe, der das tun würde, sollte es dann doch besser bleiben lassen.

Er gehe mit den Ausführungen des Stadtpräsidenten einig, wonach das heutige System unbefriedigend sei. Mit einer scheinbar mathematischen Präzision bringe es der Stadtrat Langenthal immer wieder zu Stande, Sitzungen von 3 Stunden 2 Minuten oder 3 Stunden 5 Minuten oder 3 Stunden 10 Minuten abzuhalten. An dieser Stelle erinnere er daran, dass sich das Sitzungsgeld nach 3 Stunden Sitzung von Fr. 30.00 auf Fr. 80.00 erhöhe. Das heutige System befriedige nicht. Er sei deshalb der Meinung, dass es eine Modifikation aber keine Erhöhung - und schon gar keine generelle Erhöhung - brauche. Er habe mit Freude gehört, dass der Gemeinderat in diesem Bereich bereits aktiv geworden sei und warte gespannt auf das Ergebnis.

Aus diesem Grund erachte er es nicht nötig, diesen Prozess mit einer Motion in Richtung einer generellen Erhöhung zu belasten.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 27 Stimmen Ja gegen 6 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

- 1. Die Motion mit Weisungscharakter Masson Pierre (SP) und Mitunterzeichnende vom 28. März 2011: Erhöhung der Sitzungsgelder wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



7. Motion Rickli Karin und Aeberhard Anna (beide GL) und Mitunterzeichnende vom 28. März 2011: Stopp Atomstrom in der Stadt Langenthal; Stellungnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Gemeinderätin Christine Bobst: Wie den Akten entnommen werden könne, sei der Gemeinderat bereit, die Motion entgegenzunehmen und dem Stadtrat die Erheblicherklärung zu beantragen. Sie möchte vorausschicken, beziehungsweise klarstellen, dass der Gemeinderat an der Sitzung, an welcher die Motion behandelt worden sei, keine Grundsatzdiskussion über AKW Ja oder AKW Nein geführt habe. Die Beweggründe seien andere gewesen. Für den Gemeinderat sei klar, dass die Stadt Langenthal als Trägerin des Labels Energiestadt auch im Sinne einer Vorbildfunktion erneuerbare Energien unterstützen wolle. Dies einerseits, andererseits möchte der Gemeinderat aber auch ganz klar erneuerbare Energien fördern. Klar sei ihm auch, dass sich der Strommix, der aus der Steckdose komme, schlussendlich ändere, je mehr Ökostrom bezogen werde, was anzustreben sei.

Dem Gemeinderat sei ebenfalls bewusst, dass die Fragen, beispielsweise zur Kapazität der Wasserkraft, mit diesem Entscheid nicht gelöst seien. Aber wie alle dies verfolgen könnten, seien Diskussionen auf Bundesebene, wo diese Diskussionen auch geführt werden müssen, im Gange.

Als Entscheidungsgrundlage habe man eine Berechnung vorgenommen, die zeige, was es die Stadt ungefähr kosten würde. Sie möchte nochmals klarstellen, dass auch entsprechende Fragen in den vorberatenden Behörden gestellt worden seien, was in die Berechnung einbezogen worden sei oder nicht. In der Stellungnahme sei der Vergleich aufgeführt, der zeige, dass es mehr kosten würde. Die Pensionskassen-Liegenschaften und der Strombedarf des städtischen Teils des Verwaltungszentrums seien nicht darin enthalten. Bereits im letzten Jahr habe der Gemeinderat beschlossen, für den städtischen Teil des Verwaltungszentrums 100% Ökostrom zu beziehen, dies sei auch bereits der Fall. Diese Kosten seien nicht eingerechnet worden, da sie schon bestehen und damit keine Mehrkosten darstellen.

Die reinen Stromkosten ohne Netznutzungspreise und Abgaben für Strom würden sich momentan auf Fr. 443'000.00 belaufen. Wenn man noch die Netznutzungspreise dazuzähle, würden die Kosten etwas über eine Million betragen. Würde man beispielsweise reinen Ökostrom für die städtischen Liegenschaften (exklusive die Pensionskassen-Liegenschaften und das Verwaltungsgebäude) beziehen, dann würde dies ein Plus von rund Fr. 151'000.00 bedeuten (+15%). Ökostrom aus Windkraft sei teurer, Ökostrom aus Fotovoltaikanlagen sei wesentlich teurer. Sie verzichte, näher darauf einzugehen weil, wenn die Erheblicherklärung dieser Motion heute zu Stande komme, dies dann eine Frage der Umsetzung sei. Der Gemeinderat müsse dann dem Stadtrat eine Vorlage unterbreiten, die konkrete Vorschläge in Bezug auf den Mix des zertifizierten Ökostroms beinhalte. Im Rahmen der Umsetzung wäre auch zu klären, was mit "*rasch möglichst*" gemeint sei. Es gebe verschiedene Möglichkeiten, dies zu verstehen und allenfalls umzusetzen. Auch in Bezug auf diesen Punkt verweise sie auf die Vorlage, die der Gemeinderat dann vorzulegen habe.

Die Motionärinnen sprechen davon, keine städtischen Liegenschaften und Anlagen mehr mit Atomstrom betreiben zu wollen. Ihr sei von den Motionärinnen bestätigt worden, dass es nicht die Meinung der Motion sei, Kosten zu generieren und diese anschliessend auf die Mieter- die kein Wahlrecht hätten - zu überwälzen. Auch dieser Punkt wäre abzuklären und im Rahmen der Vorbereitung der Vorlage genauer anzuschauen.

Immer wieder werde Kritik laut, dass der Bezug von Ökostrom im Verwaltungsgebäude nichts bringe, da das Gebäude schlecht isoliert und damit energieverwendend sei. Sie sehe es in dem Sinne auch so, und sei deshalb der Ansicht, dass die Gebäudehüllensanierungen weiterhin im Vordergrund stehen müssen, zumal das Eine das Andere nicht ausschliesse. Zudem würde - dem Wortlaut der vorliegenden Motion entsprechend - die Sanierung der Gebäudehüllen am Strombezug in der Stadtverwaltung nichts ändern. Sie habe sich diesbezüglich informiert, weil diese Frage im Rahmen der Vorbereitungen aufgetaucht sei.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Im Verwaltungszentrum werde für die Heizung und das Warmwasser Erdgas bezogen und für die Beleuchtung und die elektrischen Geräte Strom. Trotz einer Sanierung der Gebäudehülle würden die Kosten für die Beleuchtung und die elektrischen Geräte gleich bleiben. Deshalb müsse auch von dieser Seite die Effizienzsteigerung noch verbessert werden.

Sie fordere den Stadtrat im Namen des Gemeinderates auf, den Schritt in die Zukunft zu wagen.

Urs Zurlinden, GPK-Präsident: Im Bundeshaus habe die Atomdebatte mehrere Stunden gedauert und sie werde im Herbst vom Ständerat nochmals aufgewärmt. Die Geschäftsprüfungskommission sei der Meinung, dass diese Diskussion im Stadtrat Langenthal nicht nochmals geführt werden müsse, insbesondere weil das Langenthaler Parlament kaum das richtige Gremium sei, um dem Atomstrom für immer den Stecker auszuziehen. Der Stadtrat Langenthal würde sich damit den Vorwurf einhandeln, nur zum Fenster hinaus zu politisieren, worauf alle Anwesenden sicher gerne verzichten. Die Geschäftsprüfungskommission habe sich angesichts dieses politisch heissen Eisens cool auf die rechtlichen Aspekte und Fragen konzentriert und dabei folgende Antworten auf gestellte Fragen erhalten.

- Der Verzicht auf Atomstrom für die städtischen Liegenschaften und der Einkauf von nur noch zertifiziertem Ökostrom würde in der billigsten Variante (Strom aus Wasserkraft) Mehrkosten von jährlich wiederkehrend rund Fr. 150'000.00 zur Folge haben.

Damit werde auch begründet, weshalb von einer Motion mit Weisungscharakter gesprochen werde. Gemäss Art. 61 Abs. 1 Ziff. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates seien jährlich wiederkehrende Kosten von Fr. 150'000.00 und mehr, nicht mehr in der Kompetenz des Gemeinderates sondern, unter Vorbehalt des fakultativen Referendums, in der Kompetenz des Stadtrates.

- Auch wenn die städtischen Liegenschaften nur noch mit Ökostrom beliefert würden, müsste nach wie vor das Angebot der IBL genutzt werden. Der Grund sei der, dass die IBL sehr wohl zertifizierten Ökostrom anbieten, nämlich Strom aus Wasserkraft.
- Normalerweise löse ein Beschluss für eine neue, jährlich wiederkehrende Ausgabe keine Vorlage aus, da solche Ausgaben im Rahmen des Budgets bewilligt werden. Im vorliegenden Fall gelte aber Art. 34 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Stadtrates wonach der Gemeinderat verpflichtet sei, einen entsprechenden Beschluss und Reglementsentwurf vorzulegen. Und zwar spätestens in zwei Jahren. Mit dieser Vorlage würde dann die Zusammensetzung des Strommixes und die Finanzierung beschlossen.

Wenn der Stadtrat die Motion erheblich erkläre, dann sei der Ausstieg im Grundsatz zwar beschlossen, aber er könne in zwei Jahren nochmals diskutiert werden und er könne dann auch abgelehnt werden. Das Verfahren erinnere an dasjenige im Bundeshaus, auch dort sei das letzte Wort noch nicht gesprochen.

Schlussendlich habe die Geschäftsprüfungskommission noch wissen wollen, ob der Atomausstieg auch für die Liegenschaften der städtischen Pensionskasse gelte, was vielleicht aber nicht alle Mieter freuen würde, wenn sie deutlich höhere Nebenkosten zahlen müssten. Auch darauf sei klar geantwortet worden: Gemäss heutigem, momentanem Stand der Dinge sei das so. Der Gemeinderat habe aber die Möglichkeit, die entsprechenden rechtlichen Bedingungen bis in zwei Jahren zu ändern.

Aufgrund dieser Auskünfte bestätige die Geschäftsprüfungskommission einstimmig, dass die reglementarischen Vorschriften dieser Vorlage eingehalten seien.

Karin Rickli, SP/GL-Fraktion: Wenn man heute ein Auto kaufe, dann habe das Auto einen Radio, sehr wahrscheinlich eine Klimaanlage, die Fenster lassen sich elektronisch rauf- und runterlassen, es habe sogar einen Airbag und sicher habe es Sicherheitsgurten. Damit entspreche das Auto einfach gesagt der Technik von heute und nicht der Technik, wie die Autos vor 40 Jahren gebaut worden seien. Die Zeiten ändern sich, die Technik entwickle sich weiter, man lerne dazu und manchmal müsse man sich von überholten Techniken verabschieden, was sie persönlich auch gut finde. Weniger gut finde sie, überhaupt ein Auto zu kaufen, aber sie finde es gut, dass sich die Technik weiterentwickle.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Genauso verhalte es sich in Bezug auf die Atomenergie. Die Atomenergie sei eine veraltete Technologie zur Stromerzeugung. Heutzutage gäbe es bessere Methoden. Das finde auch der Gemeinderat, der die Motion unterstütze. Auch die SP/GL-Fraktion stimme der Erheblicherklärung einstimmig zu.

Der Weg zur erneuerbaren Energieversorgung sei machbar, aber noch lang und steinig. Dass die Stadt Langenthal weg vom Atomstrom wolle, sei ein bedeutendes Signal und ein wichtiger Schritt auf diesem Weg in die richtige Richtung. Auf diesem Weg zu gehen, sei ein Gewinn für alle.

Energieeffizienz und erneuerbare Energie schaffe langfristig Arbeitsplätze in der Schweiz, wie der Landverkauf an die Solar Industries AG (Traktandum Nr. 4) zeige. Damit lasse sich auch erreichen, unseren Kindern und Kindeskindern nicht noch mehr strahlenden Müll zu hinterlassen, zumal sich immer noch keine Lösungen für dessen Entsorgung abzeichne. Der Motionstext lasse offen, was an Stelle dieses dreckigen Stroms bezogen werden sollte. Es gäbe verschiedene Varianten: Die Stadt Langenthal könnte einen Teil des Stroms selber produzieren und zum Beispiel mit Jugendsolar¹ zusammen ein Fotovoltaik-Dach bauen, womit auch Jugendliche und Kinder für dieses Thema sensibilisiert würden. Die Variante des Gemeinderates sehe vor, Wasserstrom für die Mehrkosten von Fr. 150'000.00 zu beziehen. Die Fr. 150'000.00 seien aber etwas zu hoch berechnet, da noch andere Wohnungen - ausser diejenigen der Pensionskasse - zu berücksichtigen seien, weshalb dieser Betrag noch sinken würde.

Wahrscheinlich gebe es Stimmen, die genau wegen diesen Mehrkosten die Motion nicht unterstützen werden. Würde aber noch mehr auf Energieeffizienz gesetzt, liesse sich ein Teil dieser Mehrkosten kompensieren. Zudem gebe es ein Beleuchtungskonzept der Stadt Langenthal, worin ausgewiesen sei, dass Fr. 100'000.00 eingespart werden könnten. Die Mehrkosten seien ein Schritt in eine nachhaltige Energieversorgung und ein Beitrag in eine lebenswerte Zukunft. Sie finde die Mehrkosten für sauberen Strom zum Beispiel lohnender als die fast Fr. 300'000.00, die letztes Jahr ausgegeben worden seien, um einen netten Abend mit dem neuen Bundesrat zu verbringen. Im Sinne des Standortmarketings könnte an den Dorfeingängen darauf hinweisen werden, dass Langenthal sauberen Strom beziehe.

Für den Wirtschaftsstandort Schweiz sowie für eine lebenswerte Umwelt unserer Kinder gelte es die Ampeln jetzt auf grün zu schalten. Betreffend die Mehrkosten, gelte es sich zu fragen, was die Leute in Japan heute auf folgende Frage antworten würden: "Hättet ihr lieber etwas mehr für den Strom bezahlt und dafür die nukleare Katastrophe nicht gehabt?"

Kurt Wyss, FDP/jll-Fraktion: Der Strom für die Beleuchtung der Strassen, der Unterführungen, der Brücken, der Schulhäuser oder anderer Anlagen, der Strom für Kopiermaschinen, Kaffeemaschinen im Verwaltungsgebäude, sogar der Strom für die Eisaufbereitung im Kunsteisbahngebäude soll rasch und ausschliesslich von erneuerbaren Energieträgern stammen. Das werde mit der Motion vom Gemeinderat verlangt. Argumentiert werde damit, dass es der Stadt gut anstehen würde, den Bürgern mit gutem Beispiel voranzugehen und zudem könnte damit auch sofort ein kleiner Beitrag zum totalen Ausstieg aus dem Atomstrom in der Schweiz geleistet werden.

Er sei der gleichen Meinung wie Stadtrat Urs Zurlinden. Auch er möchte keine Debatte über Atomstrom führen, weil dies hier der falsche Ort sei. Die Stadt Langenthal beziehe heute 4,2 Millionen kWh Strom. Davon sei 53,7% - etwas mehr als die Hälfte - Atomstrom, der zum grössten Teil aus schweizerischen Kernkraftwerken stamme. Die Industriellen Betriebe Langenthal als Stromlieferantin in der Region sei durchaus schon in der Lage die Bezugsmenge von rund 2,3 Million kWh innert Jahresfrist aus erneuerbaren Energieträgern zu liefern.

¹ <http://www.greenpeace.org/switzerland/de/Kampagnen/Jugendsolar/>



An dieser Stelle müsse er die Aussage von Gemeinderätin Christine Bobst in Bezug auf deren rein theoretische Berechnung der Mehrkosten im Vergleich mit den Kosten anderer Energien ein bisschen korrigieren: Es gelte die Realität des Marktes von heute zu betrachten. Der Bezug von erneuerbarer Energie müsse sich logischerweise nach dem heutigen Angebot richten. Im Jahr 2012 sei damit zu rechnen, einen Mix beziehen könne - wer dies wolle - der aus 75% Wasserkraft, aus 20% Windkraft und aus 5% Sonnenenergie bestehe. Der Bezug von Strom aus einer Energiequelle sei auf dem Markt nicht erhältlich. Dies sei die Situation für das Jahr 2012, wie man sie heute beurteilen könne.

Mit diesem Mix entstehen folgende Aufpreise gegenüber dem Strom aus Kernenergie: 3,5 Rappen pro kWh für Wasserstrom, 18,0 Rappen pro kWh für Windenergie und 80 Rappen pro kWh für Sonnenenergie. Dass sich der Mix im Laufe der Jahre ändere, sei schon klar. Doch zum heutigen Zeitpunkt entspreche dieser Mix dem Markt. Aufgrund des heutigen Angebots sei es somit nicht möglich 100% Strom aus Wasserkraft zu beziehen, womit sich Mehrkosten von rund Fr. 150'000.00 ergeben würden. Dementsprechend würden sich die Mehrkosten nicht auf rund Fr. 150'000.00 sondern auf Fr. 234'000.00 belaufen.

Die FDP/jll-Fraktion erachte es als unnötig, möglichst rasch mit Steuergeldern ein gutes Beispiel darstellen zu wollen. Wenn schon, werde es als sinnvoller erachtet, Geld für Massnahmen zur Steigerung der Energieeffizienz einzusetzen. Die Viertelmillion könnte beispielsweise für einen etappenweise Ersatz der Strassenbeleuchtung durch LED eingesetzt werden, was mehr bringe, als unter dem Label der Energiestadt möglichst rasch und werbewirksam für die gleiche Menge Strom wesentlich mehr zu zahlen, nämlich zirka eine Viertelmillion. Übrigens könne schon heute ein Teil des Strombezuges aus erneuerbaren Energieträgern bezogen werden. Er selber mache von diesen Möglichkeiten schon seit längerem Gebrauch und zahle freiwillig mehr für den Strom aus erneuerbaren Energieträgern.

Obwohl die FDP/jll-Fraktion die Augen vor den Veränderungen im Energiebereich keinesfalls verschliesse, werde sie die Erheblicherklärung der Motion grossmehrheitlich ablehnen.

Patrick Freudiger, SVP-Fraktion: Vorneweg habe er den Motionärinnen zwei schlechte Nachrichten mitzuteilen: Die Erste sei, dass die SVP-Fraktion einstimmig gegen die Motion sei. Die zweite schlechte Nachricht sei, dass - auch wenn der Stadtrat die Erheblicherklärung der Motion heute beschliesse - das Atomkraftwerk Fessenheim weiter in Betrieb bleibe, womit die Atomstromabhängigkeit von Frankreich, geschätzte 70%, auch morgen noch bestehe.

Alles in allem gehe es um einen Sololauf der Stadt Langenthal. Die SVP-Fraktion sei für erneuerbare Energien, aber es müsse etwas dahinter stecken. Vor wenigen Minuten sei dem Landverkauf an Solar Industries AG (Traktandum Nr. 4) zugestimmt worden, worin es um eine Investition in die Wertschöpfung gehe. Eine Diskussion über das vorliegende Thema sei jedoch nur noch eine Investition in warme Luft. Wie man wisse, könne warme Luft im politischen Prozess nicht einmal zu energietechnischen Zwecken verwendet werden, weil sie einfach gar nichts bringe.

Die Rede sei von warmer Luft, die für die Stadt Langenthal durchaus nicht ohne finanzielle Folgen bleibe, da es um die Erhöhung von Kosten um 15% (rund Fr. 150'000.00) bzw. um noch mehr gehe, wie dem Votum von Stadtrat Kurt Wyss entnommen werden könne. Bei der Motion handle es sich um einen politischen Vorstoss, der auf der Nutzerseite wenig bis nichts für sich habe, aber auf der Kostenseite wiederkehrende Kosten in nicht unerheblicher Höhe mit sich bringe.

In der Motion werde von der Stadt verlangt, den Einwohnern mit gutem Beispiel voranzugehen. Doch wer vorbildliches Verhalten verlange, müsse auch vorbildliches Verhalten demonstrieren können. Mit der Erheblicherklärung dieser Motion würde nicht der Stadtrat vorbildliches Verhalten demonstrieren, da dieser Spass von den Steuerzahlern, von Mietern städtischer Liegenschaften und von den Vereinen in Form von höheren Miet- und Nebenkosten bezahlt werden müsste.



Wie eingangs erwähnt, verschliesse sich die SVP-Fraktion überhaupt nicht davor, erneuerbare Energien zu fördern. Wenn aber schon etwas zur Förderung neuer Energien gemacht werden soll, dann wäre es - speziell im Kontext, die Wasserkraft vermehrt fördern zu wollen - sinnvoller und nutzbringender, die Öko-Taliban-Fraktion von ProNatura und die des WWF zu überreden, ihre Einsprache gegen die Grimsel-Staumauererhöhung zurückzuziehen. Dies würde bedeutend mehr bringen.

Die SVP-Fraktion lehne die Motion ab. Die SVP-Fraktion würde den Vorstoss auch ablehnen, wenn er in Form des Postulats daherkäme, denn ein Fehler werde nicht besser, wenn er in Form eines Postulates daherkomme.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Die Debatte um Atomenergie müsse wie schon erwähnt, nicht im Stadtrat geführt werden. Die Problematik sei schon längstens bekannt und die Argumente dafür und dagegen seien auch schon längstens auf dem Tisch. Die Dafür-Argumente seien in letzter Zeit ziemlich abgeschwächt worden. So würden sich jetzt auch überzeugte Atombefürworter dazu bekennen, einen moderaten und sinnvollen Ausstieg aus der Atomenergie anzustreben.

Komisch sei, dass einerseits überall in der Presse die Rede davon sei, den Ausstieg zu wollen, andererseits passiere aber, wenn es dann darum gehe, den wirtschaftlichen Anstoss gemäss der wirtschaftlichen Lehre (Angebot und Nachfrage) zu geben, eben nichts mehr. Je mehr Ökostrom verlangt werde, desto mehr seien auch die Stromproduzenten gefordert, diesen Ökostrom zu liefern, der ja nicht einfach aus der Luft komme. Mit der Angebotsweiterung von Ökostrom sei somit indirekt auch die Schaffung neuer Arbeitsplätze - auch hier in der Region - verbunden, da die Motion offen lasse, wie die Stadt aus dem Atomstrom aussteigen wolle. Stadträtin Karin Rickli habe bereits erwähnt, dass die Stadt Langenthal erneuerbare Energie proaktiv vor Ort fördern könnte. Das heisse, dass nicht einfach Fr. 150'000.00 oder Fr. 250'000.00 oder wie viel auch immer ausgegeben werden müssen, weil alles bei der IBL bezogen werden müsste, da die Stadt auch selber oder zusammen mit den IBL oder mit wirtschaftlichen Kollegen aus Langenthal, die vielleicht mitziehen möchten, Energie produzieren könnte.

Für die Ablehnung des Anliegens den finanziellen Grund in den Vordergrund zu schieben finde er schlecht. Denn hinter vorgehaltener Hand gehe es hier trotzdem um die Atomdebatte. Wer hierzu Nein sage, schreie schlussendlich trotzdem Ja zur Atomenergie, da er die erneuerbaren Energien zwar fördern möchte, den Strom der erneuerbaren Energien aber nicht beziehen wolle. Das mache keinen Sinn. Zudem werde sich die Kostenrechnung von heute in ein paar Jahren auch noch relativieren, weil Experten davon ausgehen, dass die Kosten für angereichertes Uran extrem steigen werden. Momentan würden zwei Drittel des Bedarfs gefördert. Das heisse, dass man immer noch von Uran lebe, welches in den 80er-Jahren als Reserve, respektive in einer Überproduktion, abgebaut worden sei. In den nächsten Jahren werde man für die neuen AKWs, die in den USA und vor allem in China gebaut werden, extrem viel mehr Uran brauchen. Man spreche von 57 Millionen Tonnen, die im Moment gebraucht werden und von 93 Millionen Tonnen, welche in fünf Jahren benötigt werden, was auch zuerst einmal abgebaut werden müsse. Die momentan relativ einfach im Tagbau abbaubaren Uranvorkommnisse gehen langsam zu Ende. Es gebe zwar noch viel Uran, aber es liege schwerer erreichbar, womit der Abbau teurer werde. Dadurch werde der Uranpreis extrem steigen und dadurch werde sich die Schere zwischen Ökostrom und "Normalstrom" langsam angleichen. Der Preis für Ökostrom werde sich senken, weil es immer günstigere Möglichkeiten gebe, Fotovoltaikzellen zu erzeugen und auch günstigere Systeme herzustellen (bessere Turbinen bei Windkraftwerken usw.). Der Atomstrompreis werde steigen. Dieser Tatsache müsste auch Rechnung getragen werden. Man dürfe nicht nur immer vom "Stand heute" sprechen. Es gelte in die Zukunft und nicht nur für gestern oder heute zu denken.

Deshalb sei er dem Gemeinderat sehr dankbar, dass dieser den Schritt wirklich machen möchte und Ja zu den erneuerbaren Energien sage, indem einerseits wie im Traktandum Nr. 4 Unternehmen gefördert werden, die hier produzieren und eventuell auch hier mit einem Partner den Strom produzieren würden. Was ebenfalls eine Möglichkeit wäre.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Es bestehe die Möglichkeit, dass sich jeder Stadtrat und jede Stadträtin daran finanziell beteilige und sogar Gewinn daraus ziehen könne. Es gehe nicht nur darum, zu sagen, dass die Fr. 150'000.00 zu viel seien, obwohl man im Hinterkopf wisse, dass es immer noch um die Atomstromdebatte gehe. In gewissen Kreisen sei ein Lippenbekenntnis gemacht und Nein zum Atomstrom gesagt worden, wenn es aber dann darum gehe Ja zu sagen, werde trotzdem wieder Nein gesagt. In der Hoffnung dass sich der Eine oder Andere auch einen Ruck gebe und zu sich selber stehen könne, stimme er der Motion zu.

Beat Sterchi: Mit dem was gegen Atomstrom gesagt worden sei, könne er leben. Wogegen ihm das, was Gemeinderätin Christine Bobst gesagt habe, Mühe bereite. Was Gemeinderätin Christine Bobst erzählt habe, komme einer reinen Strafaktion gegenüber den Bürgern, gegenüber den Vereinen und gegenüber den Institutionen mit schulischen und sozialen Angeboten in Langenthal gleich. Er habe sich die zwei letzten in der vergangenen 12 Monaten in der Finanzkommission behandelten Verträge angeschaut: Den Vertrag mit der Musikschule, die sich in einer Gemeindeliegenschaft befinde, und den Vertrag mit der Tagesschule an der Ringstrasse. Darin stehe klar, dass Nebenkosten aus der Benützung dieser Liegenschaften auf die Mieter überwältigt werden. Das heisse, dass diese Institutionen klar mehr zahlen müssten, wenn die Umsetzung so erfolgen würde, wie Gemeinderätin Christine Bobst gesagt habe. Im Übrigen stehe im Gebührenreglement der Gemeinde, dass die Vereine auch einen Anteil an die Energiekosten zahlen müssen. Es sei klar, dass dies eindeutig teurer würde. Er finde es einen äusserst schlechten Vorschlag und wisse nicht, was sich der Gemeinderat dabei gedacht habe, als er die Motion befürwortet habe - wahrscheinlich nicht viel...

Er finde es auch eine absolute Frechheit, dass in den letzten 40 Jahren Millionen von Franken mit dem Stromverkauf verdient worden seien. Und diese Millionen seien hauptsächlich in die Kantone geflossen. Als Erstes komme man nun mit erneuerbaren Energien und verlange vom Bürger Abgaben zu bezahlen, womit dieser bestraft werde. Der Bürger von Langenthal sei gegenüber erneuerbaren Energien aufgeschlossen eingestellt. Mit dem erklärten Vorgehen werde alles teurer (Raumbenützung, Mieten, Gebühren etc.), was einer völlig falschen Politik entspreche und zudem nicht motivierend sondern eindeutig demotivierend wirke.

Er danke Stadtrat Kurt Wyss für die Richtigstellung der falschen Berechnung von Gemeinderätin Christine Bobst. Persönlich habe er sich bei zwei Energieproduzenten erkundigt und beide hätten ihm gesagt, dass bei einer solchen Menge an Energie ein Ökomix zu beziehen wäre, welcher aus einem Teil Solar, aus einem Teil Wasser und aus einem Teil aus anderen erneuerbaren Energien bestehe. Damit spreche man nicht von 3.77 Rappen, sondern von zirka 10 Rappen, womit die Rechnung nicht in Ordnung sei.

Weiter finde er es auch absolut nicht in Ordnung, dass alle städtischen Liegenschaften und die der Pensionskasse, die im Moment noch der Stadt gehöre, weil sie nicht ausgegliedert sei, einzubeziehen sei. Bei der Umsetzung wäre auch abzuklären, ob die Kunsteisbahn davon betroffen wäre, da sie die grösste Bezügerin elektrischer Energie sei, die einen öffentlichen Zweck erfülle. Sie sei zwar eine Aktiengesellschaft, gehöre aber zu 52% der Gemeinde.

Für ihn liege keine gute Lösung vor, weshalb nach anderen Lösungen gesucht werden müsse. Er habe mit Beruhigung gehört, dass das fakultative Referendum gegen diese Vorlage möglich sei. Er möchte den Gemeinderat bitten, diese Vorlage im Frühling 2012 zu bringen. Er werde mit anderen dafür besorgt sein, dass das Referendum ergriffen werde und dann werde man vor den Wahlen sehen, wer für die Vereine und wer für die Bürger einstehe und wer einfach nur immer die Folgekosten tel quel belasten möchte. Er sei gegen diese Motion.

Christoph Kuert: Die Motion verlange sinnbildlich gesprochen, dass der Gemeinderat umgehend den Schalter Atomstrom abdrehe. Woher genau, wie viel und zu welchem ungefähren Preis der Strom bezogen werden soll, werde in der Motion nicht gesagt, was dem Prinzip entspreche, dass das Denken hinterher komme. Es gehe auch eindeutig um den Text der Motion und nicht um die Grundsatzdiskussion erneuerbarer Energien. Wohl gemerkt handle es sich bei der Motion um eine Weisung und nicht etwa um einen Prüfungsauftrag.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Das Thema der Motion habe nationale Bedeutung. Deshalb erlaube er sich auch einen Blick in die Schweiz als Ganzes zu werfen. Er habe gestaunt, wie leicht es sich die meisten der nationalen Exponenten unserer Politik - von der Bundespräsidentin bis zu prominenten Parteipräsidenten - nach dem Katastrophenfall in Fukushima gemacht haben, indem sie ihre Meinung zu AKW's um 180 Grad gedreht haben. Er frage sich wie fundiert deren Meinung überhaupt vorher gewesen sei und vermute, dass deren Meinung, die sie jetzt nach Fukushima haben, möglicherweise genauso wenig fundiert sei wie die vorherige. Das ganze Verhalten von Schweizer Spitzenpolitikern lasse seiner Meinung nach auf eine Panikreaktion schliessen. Aber als eine Panikreaktion vor den Wahlen im Oktober und nicht als eine Panikreaktion vor einer eventuellen Atomkatastrophe in der Schweiz. Immerhin sei die Schweiz geografisch und geologisch nicht Japan.

Was auf nationaler Ebene fehle, fehle ihm auch in dieser Motion. Nämlich, dass zuerst ein klares Konzept ausgearbeitet werde oder, dass wenigstens eines vorgeschlagen werde bevor der Schalter umgelegt werde. Das heisse, dass klar aufzulisten sei, was man an Alternativen in qualitativer und auch quantitativer Hinsicht in vernünftiger Zeit als Strom zur Verfügung haben könnte. Zum Beispiel Wasserkraft, Solarenergie, Windkraft, Erdwärme und was überraschend plötzlich von der linken politischen Seite als opportun beurteilt werde: Gaskraftwerke. Man staune, dass die gravierenden Probleme bezogen auf den CO₂-Ausstoss von Gaskraftwerken nicht mehr richtig gesehen werden möchten.

Er möchte auf das Positionspapier des WWF hinweisen, welches nota bene vor der Fukushima-Katastrophe verfasst worden sei. Man könne es aus dem Internet herunterladen und es sei sehr interessant darin nachzulesen, was es eigentlich heisse, Gaskraftwerke zu betreiben.

Mit einem Vorgehen, wie es die Motion verlange, zuerst den Schalten abzustellen und danach zu schauen wie es weiter gehen soll, könne er sich nicht identifizieren, weshalb er der Motion auch nicht zustimme.

Stefan Ryser: Stadtrat Beat Sterchi habe ihn verwirrt. Er hätte gerne ein paar Antworten und zwar gehe es um das Konto Nr. 161 in der Jahresrechnung der Stadt die Musikschule betreffend. Nach seinen Erkenntnissen von früher, habe die Stadt Langenthal eine Defizitgarantie, die sie übernehme. Das heisse, dass höhere Nebenkosten die Musikschule nicht treffen würde; treffen würde es die Stadt Langenthal. Weiter verhalte es sich bei den Tagesschulen und der Kunsteisbahn genau gleich. Die Stadt stecke dort relativ viel Geld hinein. Er verstehe nicht, wie das mechanisch funktionieren sollte, weshalb er um eine Erklärung froh wäre.

Vereinstätigkeit: Seit vier oder fünf Jahren äussere er jedes mal anlässlich der Budgetdebatten im Stadtrat, dass er gerne ein Konzept hätte, um faire Beiträge für die Vereine zu leisten. Die SP/GL-Fraktion sei überhaupt nie dafür gewesen, Beiträge abzusagen oder Vereine nicht zu unterstützen. Das Einzige was die SP/GL-Fraktion diesbezüglich wolle, seien faire Vereinsbeiträge. Wenn er die vorliegende Jahresrechnung aufschlage, merke er aber, dass diesbezüglich nach wie vor nichts umgesetzt worden sei. Er habe aber sagen hören, dass das Anliegen im Gemeinderat und in der Sportkommission einer weiteren Bearbeitung unterzogen worden sei oder werde. Damit werde sich dann zeigen, wie fair die Vereinsbeiträge seien und ob dann im Stadtrat auch alle mithelfen, wenn es ein paar Franken mehr sein sollten.

Nathalie Scheibli: Man könne für die Atomkraft sein oder dagegen. Sie danke Stadtrat Christoph Kuert für seine sachlichen Voten. Völlig fehl am Platz finde sie aber, wenn sich Politiker in dieser Runde mit ihren Voten lächerlich über erneuerbare Energien machen und somit die Geschehnisse in Japan auslöschen.

Kurt Wyss: Dass alle in die gleiche Richtung wollen, glaube er so sagen zu können. Aber er habe ein bisschen Angst bekommen, als er gehört habe: *"Lasst uns die Ampel gemeinsam auf Grün stellen!"* Ob nun auf Rot oder auf was auch immer umgestellt werden soll, töne für ihn nicht ernsthaft. Stadtrat Pierre Masson habe (in etwa sinngemäss ausgedrückt) gesagt, dass die Erzeugung erneuerbarer Energie kein Problem darstelle, da man jetzt dann die Solar Industries AG vor Ort habe, womit jeder ein bisschen einsteigen und gemeinsam Strom erzeugen könne, was er persönlich für ein Märchen halte. Die Firma Solar Industries AG produziere in Langenthal überhaupt keinen Strom. Sie mache Geräte und nichts anderes, womit an einem anderen Ort Strom produziert werden kann.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Die Stadt Langenthal sei Eigentümerin der regionalen Energieversorgerin den Industriellen Betriebe Langenthal (IBL). Er gehe davon aus, dass die IBL nicht einfach in den Tag hinein leben, sondern dass sie sich auch Gedanken machen, wie sie im Gegensatz zu ihrer heutigen Tätigkeit - die praktisch nur darin bestehe Energie einzukaufen und weiterzuleiten - vielleicht selber auch Energie herstellen könnte.

Helena Morgenthaler: Der Gemeinderat möchte, dass die Motion als erheblich erklärt werde und er möchte den Weg der ökologischen Wasserkraft gehen. Sie habe im Kraftwerk Wynau angerufen. Sie wisse nicht, ob dieser Strom ökologisch produziert werde, aber es sei Strom aus Wasserkraft. Seit diesem Februar habe Wynau im Vergleich mit den Vorjahren nur noch einen Drittel Strom produzieren können. Wie Stadtrat Kurt Wyss gesagt habe, sei es somit gar nicht möglich, in Zukunft allen Strom aus der Wasserkraft zu beziehen.

Seit Februar habe es dieses Jahr permanent zu wenig Niederschläge gegeben. Die Flüsse seien auf ein tiefes Niveau abgesunken. Gemäss WUL wären sechs Wochen Regen nötig. Ende Juni möchte WUL Massnahmen durchgeben, wie die heurige Trockenheit bekämpft werden soll, um über die Runden zu kommen. Diesen Punkte gelte es zu beachten und auch, dass die Rechnung nicht ohne Rücksicht auf die Natur gemacht werden könne, da diese sonst ihrerseits einen Stich durch die Rechnung machen könnte.

Anna Aeberhard: Den Vorwurf von Stadtrat Christoph Kuert an sie als Motionärinnen, zuerst zu schreiben bevor zu denken, sei etwas hart, zumal sie sowie Stadträtin Karin Rickli in der Energiebranche arbeiten und die Thematik durchaus durchdacht haben. Die Motion habe zum Ziel, dass der Strom, den die Stadt beziehe und zahle, aus erneuerbaren Energien stamme - nicht Ökostrom!

Gemäss Homepage der IBL habe die Stadt Langenthal im Jahr 2009 40% der Kernenergie aus dem Ausland bezogen - womit das von Stadtrat Patrick Freudiger angesprochene Fessenheim doch grüssen lasse. Sie denke, dass auch die bürgerlichen Kollegen und Kolleginnen lieber Strom aus dem Inland beziehen würden, womit die schweizerische Volkswirtschaft gestärkt würde.

In der Schweiz werde zirka 60% Wasserstrom und 40% Atomstrom produziert. Rund 60 Terra-Watt-Stunden (TWh) pro Jahr werden im- und exportiert. Gleich viel werde in der Schweiz auch verbraucht. Das zeige dass der Strom, der in der Schweiz produziert werde, ins Ausland verkauft werde und, dass dafür auch relativ viel ausländischer Strom bezogen werde.

Ein Beispiel aus Suhr zeige, dass der Wasserstrom nicht unbedingt 3 Rappen teurer sein müsse, auch nicht zwei und auch nicht einen Rappen. Die Gemeinde Suhr werde ab Januar 2012 einfach zertifizierten Wasserstrom unter 0.2 Rappen pro kWh beziehen. Damit liege es an den IBL auch ein billigeres Produkt einkaufen zu können. Diesbezüglich seien speziell die Stadträte Kurt Wyss und Robert Kummer sowie die Gemeinderätin Christine Bobst gefordert. Die Motionärinnen wären glücklich, wenn dieser Punkt geprüft würde und wenn die IBL proaktiver im Bereich erneuerbare Energie auftreten würde und ein so reines Grundprodukt wie Wasser auch in der ganzen Stadt verkaufen würde.

Sie möchte Taten statt Worte reden lassen und danke für die Unterstützung der Motion.

Gemeinderätin Christine Bobst: Gemäss Stadtrat Beat Sterchi gehe ihre Rechnung gegenüber derjenigen von Stadtrat Kurt Wyss auseinander, was sie nicht so verstanden habe, da sie bzw. die Stadt die Zahlen vom genau gleichen Ort wie Stadtrat Kurt Wyss erhalten habe, namentlich von den IBL.

Betreffend den Strommix sei klar, dass wer morgen Ökostrom beziehe, nicht auf einen Schlag aus der Dose einen anderen Strommix erhalte.

Was das Votum von Stadtrat Christoph Kuert betreffe, halte sie fest, dass der Gemeinderat nicht gesagt habe, kontra AKW's oder pro Gaskombikraftwerk zu sein. Der Gemeinderat wolle schlicht den Ökostrom fördern, damit sich der Anteil in diesem Strommix verändere (Stichwort: *"ohne Nachfrage, kein Angebot!"*).

Das Eine schliesse das Andere nicht aus. Wenn Ökostrom bezogen werde, heisse das nicht, beispielsweise auf die Umstellung auf LED-Beleuchtung zu verzichten oder die Bestrebungen zur effizienten Gestaltung der Strassenbeleuchtung einfach abzubrechen. Dies müsse parallel erfolgen und stelle Anforderungen an alle Ebenen, weil bekannt sei, dass ohne Effizienzsteigerung nichts erreicht werde.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Was die Vereine anbelange, habe sie die Gebührenverordnung nicht so im Kopf wie Stadtrat Beat Sterchi. Sie hoffe, dass dieser die erwähnten Punkte wirklich abgeklärt habe. Ohne sich auf die "Äste heraus rauslassen zu wollen", sei sie der Ansicht, dass es sich darin um fixe Gebühren handle. Auf jeden Fall wäre dies dann Sache der Vorlage, die der Gemeinderat bringen würde. Obwohl dieser Punkt im Gemeinderat nicht so diskutiert worden sei, sei sie davon überzeugt, dass der Gemeinderat nicht die Absicht hege, Kosten auf die Vereine abzuwälzen.

Sie weise nochmals deutlich darauf hin, dass der Gemeinderat mit der Erheblicherklärung der Motion den Auftrag erhalten würde, eine Vorlage vorzubereiten, worin alle gefallenen Voten berücksichtigt würden. Anschliessend würde dem Stadtrat die Vorlage zur Stellungnahme vorgelegt, womit die Möglichkeit bestehe JA oder Nein zu sagen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 17 Stimmen Ja gegen 13 Stimmen Nein (bei 4 Enthaltungen):

- 1. Die Motion mit Weisungscharakter Rickli Karin und Aeberhard Anna (beide GL) und Mitunterzeichnende vom 28. März 2011: Stopp Atomstrom in der Stadt Langenthal wird erheblich erklärt.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



8. Postulat Sterchi Beat (SVP) vom 28. Februar 2011: Überprüfung der organisatorischen und finanziellen Ausgestaltung des Informatikzentrums der Stadt Langenthal; Stellungnahme¹

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Es sei ihm ein Anliegen, die regionale Zusammenarbeit in der Region Oberaargau proaktiv zu fördern, weshalb er den Bogen etwas über das Geschäft hinaus spanne. In diesem Sinne habe er von Anbeginn anlässlich von Gemeindepräsidentenkonferenzen gesagt, dass Gemeinden, die an der Informatik der Stadt Langenthal partizipieren wollen, sich an das System anschliessen können - unter dem Vorbehalt, dass sie das System übernehmen, welches die Stadt bereits führe.

Etwas überrascht habe ihn der Umstand, dass ausgerechnet die zwei grössten Gemeinden, namentlich Herzogenbuchsee und Aarwangen, als erste von diesem Angebot Gebrauch gemacht haben. Er sei davon ausgegangen, dass im ersten Moment eher kleinere Gemeinden partizipieren werden. Weil es die zwei grössten Gemeinden seien, habe dies natürlich auch entsprechende Konsequenzen in der Informatik ausgelöst. Die Konsequenzen seien positiv, haben aber zur Folge gehabt, dass im Fachbereich Informatik eine entsprechende Weiterentwicklung notwendig geworden sei, womit der Fachbereich heute auch einen entsprechenden personelle Umfang aufweise.

Das Postulat beinhalte einen Prüfungsauftrag, der auch vom Gemeinderat angestrebt werde. Der Gemeinderat sei sich bewusst, dass es so nicht weitergehen könne. Nachdem nun auch noch die ict4kids-Lösung - nicht nur für Langenthal sondern auch für die Aussengemeinden - aktuell sei, sei es seiner Meinung nach sinnvoll und angebracht, dem Ansinnen des Postulanten statt zu geben und dem Postulat positiv entgegen zu stehen. Der Gemeinderat habe den gleichen Schluss gefasst und stelle den Antrag, das Postulat erheblich zu erklären.

Beat Sterchi: Mit der Antwort des Gemeinderates sehr zufrieden, glaube er, dass es sich lohne, die regionale Zusammenarbeit im Informatikbereich weiter verfolgen zu wollen und sich auch über die Strategie und die Organisation Gedanken zu machen. Er bittet um Zustimmung zum Prüfungsauftrag.

Beatrix Greber, SP/GL-Fraktion: Die Überprüfung der organisatorischen und der finanziellen Möglichkeiten des Informatikzentrums der Stadt werde von der SP/GL-Fraktion begrüsst. Ein Informatikzentrum biete einen billigeren, schnelleren und kürzeren Weg sowie einen raschen Support. Das Ganze habe aber auch Grenzen. Die Heilpädagogische Tagesschule (HPS) beispielsweise habe im letzten Sommer nicht angeschlossen werden können.

Die Auslagerung an Private wäre ganz klar nicht im Sinne der SP/GL-Fraktion, falls dies der Hindergedanke des Postulates sein sollte. Die SP/GL-Fraktion sei für eine Prüfung und nicht für eine Privatisierung. Die SP/GL-Fraktion werde dem Postulat zustimmen.

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 34 Stimmen Ja gegen 0 Stimmen Nein (bei 0 Enthaltungen):

1. Das Postulat Sterchi Beat (SVP) vom 28. Februar 2011: Überprüfung der organisatorischen und finanziellen Ausgestaltung des Informatikzentrums der Stadt Langenthal wird erheblich erklärt.

2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.

¹ Am 31. März 2011 vom Gemeinderat beantragte und am 1. April 2011 vom Stadtratspräsidenten bewilligte aufgeschobene Behandlung des Postulats



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



9. Verkehrsrichtplan vom 1. Juni 2011; zustimmende Kenntnisnahme

I Eintretensfrage:

Eintreten ist unbestritten und schweigend genehmigt.

II Detailberatung:

Stadtpräsident Thomas Rufener: Als Schluss der heutigen Traktandenliste liege ein eigentlich unorthodoxes Geschäft vor. Namentlich ein Geschäft, das ordentlich für den Stadtrat gar nicht zu traktandieren wäre. Der Gemeinderat habe aber im Rahmen von Abmachungen, die mit den Beschwerdeführenden betreffend die Angelegenheit Jurastrasse getroffen worden seien, Wert darauf gelegt, das vereinbarte Vorgehen zu praktizieren und das Traktandum dem Parlament zur Debatte zur Verfügung zu stellen.

Stand der Arbeiten: Der Verkehrsrichtplan sei ein Dokument, das obligatorischerweise auch ein Element des Agglomerationsprogrammes Langenthal sei. Im Rahmen der Zeitplanung habe der Gemeinderat nach Abschluss des Mitwirkungsverfahrens zum Verkehrsrichtplan, diesen verabschiedet, welcher sich nun aktuell in der kantonalen Vorprüfung befinde.



Anhand von zwei, drei Darstellungen liefere er einen kurzen Überblick zum Thema. Heute würden nicht Fragen zu Debatte stehen, ob einzelne Strassen im Teilrichtplan X richtig bezeichnet seien oder nicht, da diesbezüglich bereits ein grosser Austausch habe gepflegt werden können. Heute gehe es seiner Ansicht nach darum, Fragen zu ganz bestimmte Akzentuierungen zu stellen.



Langenthal habe sich in den 70-er Jahren relativ stark mit der Verkehrsplanung auseinandergesetzt. Dabei seien so genannte visionäre Projekte - die der heutigen Vorlage etwas abgesprochen werden - definiert worden.

Stichwort: "111-er". Damals sei es darum gegangen, eine Durchgangsverkehrspassage zu schaffen. Tatsache sei nun - was vielleicht als Langenthaler Syndrom bezeichnet werden könne - dass die entsprechende Umsetzung nicht gewollt gewesen sei. An zwei Volksabstimmungen habe das Ergebnis in der Ablehnung geendet.



Mittlerweile seien auch die Trasseesicherungen aufgegeben worden, weil der "111-er" heute nicht mehr gebaut werden könnte, ohne namhafte Gebäude, die inzwischen erstellt worden seien, dem Erdboden gleich zu machen.

Aus dieser Verkehrskonzeption habe sich halt fast gezwungenermassen der Ansatz der so genannten Koexistenz zu festigen angefangen. Koexistenz heisse, dass sich die Verkehrsteilnehmenden (motorisiert oder Individualverkehr, Fussverkehr, Radverkehr) in den gleichen Verkehrsträgern und in den gleichen Achsen organisieren müssen. Daraus heraus ergebe sich eine Optimierung des vorhandenen Strassenraumes, worin die Frage geklärt werde, mit welchem System am meisten Verkehr durch einen bestimmten Strassenraum gebracht werden kann.

Seit dem Jahr 2010 befinde sich das Verkehrskonzept in Revision. Zwei Ansätze seien dafür verantwortlich: Einerseits ein eingereichter parlamentarischer Vorstoss, der das seinerzeitige Verkehrskonzept aus dem Jahre 1995 oder früher zur Überarbeitung empfehle. Andererseits sei im Rahmen der Erarbeitung des Agglomerationsprogrammes aber auch klar bemerkt worden, dass ein Verkehrsrichtplan vorliegen müsse, um das Agglomerationsprogramm Ende dieses Jahres beim Bund einreichen zu können. Ein Verkehrsrichtplan bestehe aus einem behördenverbindlichen Planwerk. Man habe also eigentlich ein System aufgenommen, das sich im Grundsatz seit 1990 bewährt habe, aber nicht mehr aller Modernität entspreche, weil es eben etwas in die Jahre gekommen sei. Man habe sich dabei gefragt, wie es fortgesetzt und präzisiert werden könnte und wo Anpassungen vorgenommen werden müssen.

stadtlangenthal

Orientierung zum Richtplanwerk

Ausgangslage und Entwicklung
Vorgehen
Besondere Themen

stadtlangenthal

Vorgehen bei Erarbeitung des neuen Verkehrsrichtplanes
5 Planungsschritte

- 1. Schritt:** Datenerfassung (aus lokalen Erhebungen + kant. Datenmodellen: 2010-2030)
- 2. Schritt:** Analyse Umsetzungen aus dem bisherigen Verkehrskonzept
- 3. Schritt:** Analyse Ist-Zustand, Prüfung alter + neuer Ideen/Visionen (7 Teilber.)
- 4. Schritt:** Erkenntnisse/Ableitungen für neue Konzepterarbeitung:
 - aus planerischer-ökonomischer Sicht keine neuen Strassen mehr möglich
 - keine staatlichen Beiträge für MIV: Verkehrsdichten/-frequenzen zu gering
- 5. Schritt:** Weiterführung/Optimierung des bisherigen konzeptionellen Ansatzes:
 - „Radiale“ Verlagerung (von innen nach aussen der Gewichtung:
 - „Stadtkern“: Vorzug Fussgänger mit Rücksicht auf Autoverkehr
 - „Mittelbereiche“: Vorzug Autoverkehr mit Rücksicht auf Fussgänger/Veloverkehr
 - „Aussenbereiche“: Vorzug Autoverkehr mit Rücksicht auf Veloverkehr
 - Umgestaltung Strassenräume (keine baulichen Hindernisse) statt Signalisation

Die Erkenntnisse und Ableitungen der neuen Konzeptausarbeitung aus planerischer aber auch aus ökonomischer Sicht (Schritt 4.) seien beurteilt worden. Dabei seien auch Visionen eingeflossen, die allerdings mit finanziellen Konsequenzen verbunden seien und auch im Rahmen der momentan guten Finanzlage der Stadt sofort wieder Fragezeichen aufwerfe.

Eine wichtige Mitteilung sei, dass es heute keine staatlichen Beiträge mehr gebe, um den motorisierten Individualverkehr zu unterstützen. Die staatlichen Beiträge über die Agglomerationsfonds des Bundes, die im Rahmen des Agglomerationsprogrammes angestrebt werden, würden in erster Linie zur Unterstützung kombinierter Verkehrslösungen und des öffentlichen Verkehrs verwendet. Dass die Verkehrsdichtungen und die Frequenzen im Stadtgebiet von Langenthal halt noch weit entfernt von Verkehrsdichtungen und Frequenzen in (gross-)städtischen Agglomerationen (Raum Bern, Zürich, Basel) seien, sei selbsterklärend.

Den bisherigen konzeptionellen Ansatz weiterzuführen und zu optimieren (Schritt 5.), sei aus der Idee entstanden, dass die Koexistenz - die eigentlich auch im Mitwirkungsverfahren praktisch unreflektiert und positiv geblieben sei - den zu gehenden Weg darstelle. Es gebe unterschiedliche Auffassungen. Diese seien im Mitwirkungsbericht aufgeführt. Die weitaus grösste Rückmeldung bestehe jedoch aus einem Ja zur Koexistenz. Der Gemeinderat habe deshalb die Idee, die Koexistenz quasi von innen nach aussen umzusetzen.



Das heisse, im innersten Stadtzentrumsbereich den Fussgängern mit Rücksicht auf den Autoverkehr den Vorzug zu geben, im Mittelbereich dem Autoverkehr mit Rücksicht auf die Fussgänger und den Veloverkehr den Vorzug zu geben und im Aussenbereich dem Autoverkehr, mit Rücksicht auf den Veloverkehr, den Vorzug zu geben. Darin bestehe die eigentliche Gesamtstrategie.

Der Gemeinderat gehe auch davon aus, Räume zu gestalten und nicht einfach Strassen zu bauen. Früher habe man einfach Strassen gebaut und dann hinterher feststellen müssen, dass die Strassen zu unverhältnismässigen Benutzungen führen (Beispiel: Weststrasse, die mit vielen teuren Massnahmen habe korrigiert werden müssen).

stadtlangenthal

Orientierung zum Richtplanwerk

Ausgangslage und Entwicklung
Vorgehen
Besondere Themen

stadtlangenthal

Besondere Themen
Verbesserung der Verkehrssicherheit

- Koexistenz im Stadtzentrum
 - gesamter Strassenraum als integral genutzter Stadtraum
 - Abstimmungen gemäss lokalem Kontext + Bedürfnissen
- Schulwegsicherung
 - einzelne Planungen/Projekte
 - individuelle Lösungen
- Verkehrsberuhigung in Quartieren
 - einzelne Planungen/Projekte
 - nach Bedarf + Nachweis

Die Koexistenz werde wahrscheinlich auch heute Abend im Rahmen der Stellungnahmen zum Zankapfel werden. Zumal sich die Frage stelle, ob der Strassenraum im innerstädtischen Bereich als integral benutzter Stadtraum bezeichnet werden könne oder, ob er insbesondere als Strasse beizubehalten sei. Der Gemeinderat gehe davon aus, dass es in Richtung Raum gehen soll und, dass eine Abstimmung gemäss dem lokalen Kontext und den Bedürfnissen vorzunehmen sei.

Die Schulwegsicherung stelle einen speziellen Punkt dar. Der Gemeinderat gehe davon aus, dass im Einzugsgebiet der Schulen spezifische Planungen und Projekte zu erstellen seien. Im Übrigen sei der Gemeinderat daran, die Projekte zu erstellen und umzusetzen, weshalb von individuellen Lösungen die Rede sei.

Betreffend die Verkehrsberuhigungen in Quartieren habe es eine Abstimmung gegeben. In Langenthal sei keine generelle Verkehrsberuhigung in den Wohngebieten gewollt. Der Gemeinderat sei bei Bedarf aber bereit, einzelne Planungen vorzunehmen und diese nachher auch umzusetzen.

stadtlangenthal

Besondere Themen
Probleme der Stosszeiten/Kapazitätsgrenzen

- Verhältnis Ziel-/Quellverkehr zu Durchfahrtsverkehr
 - 80-85% Ziel-/Quellverkehr
 - 15-20% Durchgangsverkehr
- Ursachen: lokal-regional-überregional
- Möglichkeiten für Lösungen im Kommunalbereich begrenzt

Ein im Mitwirkungsbericht zum Vorschein gekommenes Problem sei, dass Langenthal besser auf die Kapazitätsgrenzen reagieren können müsste (Aarwangenstrasse Stau am Mittag). Eine erste Feststellung die gemacht werden müsse sei, dass die Verkehrsteilnehmenden im weitesten Sinne selber die Verursacher des Verkehrs seien. Der Ziel- und Quellverkehr (80-85%) entstehe durch die Ortsansässigen aber auch durch alle Pendlerinnen und Pendler der Aussengemeinden und demgemäss immer durch die gleichen Verkehrsteilnehmenden. Damit seien keine Verkehrsteilnehmenden gemeint, die einmal eine Reise an den Bodensee unternehmen und eine Stadt passieren.



Eine wichtige Feststellung in Bezug auf das Treffen von Massnahmen sei, dass der Durchgangsverkehr 15-20% ausmache. Diesbezüglich sei kritisiert worden, dass diese Verkehrsteilnehmenden aus der Innenstadt hinausgedrängt werden, so dass sie nur noch durch andere Bereichen (beispielsweise anstatt durch die St. Urbanstrasse durch die Waldhofstrasse) fahren werden. Er erinnere, dass es seinerzeit an der Waldhofstrasse eine intelligente Lichtsignalanlage gegeben habe, welche dazu geführt habe, dass ortsansässige Leute manchmal einen riesen Umweg gemacht haben (Quellverkehr) um diese zu umgehen. Das Verhalten des Einzelnen hänge letztendlich von seiner Beurteilung ab, wie er am besten durch die Stadt komme.

Bezüglich der Ursachen würden bestimmte Voraussetzungen bestehen, die lokaler Natur seien. Beispielsweise werde nach wie vor gesagt, dass Verkaufslokale ab einer bestimmten Grösse für Güter des täglichen Bedarfs im Stadtzentrum sein sollen, womit selbstverständlich lokaler Verkehr verursacht werde.

Regional sei der Stellenwert Langenthals als Pendlerstadt zu erwähnen. Über das Agglomerationsprogramm werde eine Entflechtung und Übereinstimmung zwischen motorisiertem Verkehr und auch dem öffentlichen Verkehr angestrebt.

Der überregionale Teil des Verkehrs in Langenthal sei im Durchgangsverkehr von 15-20% enthalten. Dabei stelle sich die Frage, wie weit dieser Verkehr überhaupt überregional sei. Persönlich ärgere auch er sich über die Lastwagenfahrer, die am Freitag Abend das Härkinger-Kreuz umfahren und die Waldhofstrasse befahren. Ob nun eine Massnahme ausgelöst werden soll, um die Durchlässigkeit oder die Breite der Waldhofstrasse zu erweitern, weil eben Lastwagenchauffeure diesen Weg wählen, gelte es in Frage zu stellen, zumal eigentlich übergeordnete Lenkungssysteme mittlerweile auch auf solche Ereignisse reagieren müssten, so dass nicht die Städte oder die Gemeinden dazu angehalten seien, ihre Verkehrswege entsprechend umzubauen. Die Grundidee sei ja nicht die, dass die Lastwagenchauffeure diese Strecke benutzen. Im kommunalen Bereich seien die Lösungsmöglichkeiten begrenzt, um solche Probleme anzugehen. Die Stadt müsse deshalb auch kein Geld in die Finger nehmen, um im Bereich der Langenthaler Verhältnisse aktiv zu werden.

Besondere Themen
Autobahnzubringer

stadtlangenthal

Zweckmässigkeitsbeurteilung
Autobahnzubringer Oberaarau
Kürzung des Syntheskizzen

- Kein Einbezug im VRP aus 3 Gründen:
 - formal
 - inhaltlich
 - zeitlich
- Planung nächste VRP-Revision
 - konkrete Bezüge zu eingeleiteten regionalen Planungen
 - Einbezug allfälliger Auswirkungen

Am Rande zu erwähnen sei, dass in der Verkehrsrichtplan-Thematik die Frage des Autobahnzubringers (geplante Strasse zwischen Langenthal-Bützberg; Anbindung an die A1) bewussterweise nicht weiter bearbeitet worden sei.

Mit dem Verkehrsrichtplan, dem ESP-Bahnhof und anderen Sachen, die dem Stadtrat noch vorgelegt werden, sei das "Fuder" recht hoch beladen. All dies müsse reüssieren, um am Ende des laufenden Jahres ein Agglomerationsprogramm beim Bund einreichen zu können, worin die einzige Chance der Stadt Langenthal bestehe, für grössere Projekte externe Finanzierungen zu erhalten.

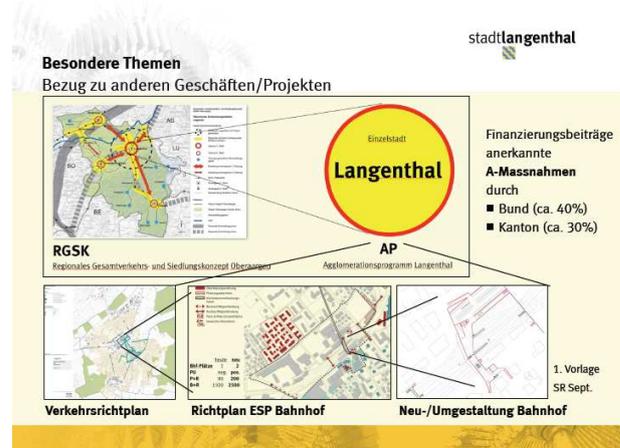
Der Autobahnzubringer sei in der Region nicht unbestritten. Er habe deshalb entschieden, im Rahmen der Überarbeitung des Verkehrsrichtplans nichts vorzunehmen und in die Verkehrsrichtplanung aufzunehmen, was den Autobahnzubringer negativ ansprechen würde und, dass nicht bereits jetzt Sachen aufgenommen werden, die dann behördenverbindlich wären. Im Übrigen sei auch festgehalten und festgestellt worden, dass der Einbezug von allfälligen Auswirkungen für die Stadt Langenthal so gross gar nicht wäre. Da es um ein Politikum gehe, habe er sich zum Ziel gesetzt, das Agglomerationsprogramm auf die Bundeslandkarte zu bringen, was er mit einer Autobahnzubringer-Diskussion nicht noch zusätzlich belasten möchte.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Zusammenfassend halt er fest, dass der Verkehrsrichtplan als ein verpflichtendes Element des Agglomerationsprogramms Langenthal eingeordnet sei. Das Agglomerationsprogramm Langenthal sei mit viel Kraft und bis anhin mit Erfolg vorangetrieben worden. Eine positive Rückmeldung auf den letzten Herbst eingereichten Entwurf, liege vor. Es gelte nun alle Kraft aufzuwenden, um die Sache zu Ende zu führen. Das heisse, die entsprechenden Richtplanungen (Verkehrsrichtplan, Richtplan ESP Bahnhof) auf den Stand zu bringen, dass sie den Anforderungen des Agglomerationsprogrammes entsprechen.



Anlässlich der September-Stadtratssitzung werde noch ein Projektierungskredit beantragt, weil der Bund wolle, dass die Stadt mit einem Projektierungskredit sich dazu bekenne, nicht nur einen Papiertiger oder eine Elfenbein-Turmlösung zu präsentieren, sondern ihren vorhandenen Willen zur Umsetzung zeige. Unter diesem Aspekt sei letztendlich die Frage der Verkehrsrichtplanung auch zu beurteilen.



Wie bereits eingangs erwähnt, liege ein unorthodoxes Geschäft vor. Es bestehe weder eine rechtliche Verpflichtung, noch liege eine Grundlage vor, was eigentlich effektiv gemacht werden müsse.

Der Antrag des Gemeinderates laute, den Verkehrsrichtplan in zustimmendem Sinne zur Kenntnis zu nehmen. Wenn nun jemand den Antrag stellen möchte, heute über einzelne Richtpläne auch noch eine Konsultativabstimmung machen zu wollen, dann sei es dem Stadtrat überlassen, diesem Antrag zuzustimmen oder nicht.

Es gehe nicht darum jetzt noch Änderungsanträge zu formulieren, weil das Parlament sowie die Fraktionen verdankenswerterweise am Mitwirkungsverfahren teilgenommen haben. Dass letztendlich nicht alle eingegangenen Anregungen haben aufgenommen werden können, liege ein Stück weit in der Natur der Sache.

Persönlich sei er davon überzeugt, dass relativ stark über den Teilrichtplan des motorisierten Individualverkehrs diskutiert werde. Keine heftigen Diskussionen erwarte er zum Teilrichtplan des Fussverkehrs oder des Radverkehrs. Insbesondere gehe es um die Art, wie die Auslegung passieren und gewichtet werden soll, da die Koexistenz einerseits gewollt - andererseits aber eben doch nicht gewollt sei. Der Gemeinderat habe sich zu einer Idee bekannt, die Teilrichtpläne demgemäss ausgearbeitet, und sehe die Arbeit im Sinne einer proaktiven Unterstützung des Agglomerationsprogrammes Langenthal.

Der Gemeinderat sei gespannt auf die Diskussion und vor Allem auf das Ergebnis der Konsultativabstimmung zu dieser Thematik.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Urs Zurlinden, GPK-Präsident: Mit dem vorliegenden Geschäft bewege man sich streng rechtlich betrachtet auf etwas dünnerem Eis, als dies bei den anderen Traktanden des heutigen Abends der Fall sei. Es stelle sich die Frage, ob die vom Gemeinderat beantragte zustimmende Kenntnisnahme zum Verkehrsrichtplan überhaupt zulässig sei. Die Ausarbeitung und Genehmigung eines Verkehrsrichtplanes gehöre bekanntermassen in die Kompetenz des Gemeinderates. Ein solcher Plan sei nicht rechtsverbindlich wie ein Baureglement oder ein Zonenplan. Er habe nicht mehr als einen verwaltungsweisenden Charakter und die Verwaltung der Stadt Langenthal werde nur vom Gemeinderat angewiesen. Aus diesem Grund könne der Stadtrat auch keine Änderungen beantragen oder vornehmen. Streng genommen habe der Stadtrat eigentlich gar nichts zum Verkehrsrichtplan zu sagen, der im Übrigen auch schon nach Bern zur Vorprüfung geschickt worden sei.

Der Grund weshalb das Geschäft trotzdem auf die Traktandenliste des Stadtrates gesetzt worden sei, sei der, dass auf Anregung der Geschäftsprüfungskommission eine aussergerichtliche Vereinbarung im Rechtsstreit um die Verkehrsberuhigungsmassnahmen Jurastrasse getroffen worden sei. In diesen Gesprächen, welche von der Geschäftsprüfungskommission moderiert worden seien, habe sich rasch abgezeichnet, dass die einsprechenden bzw. beschwerdeführenden Personen vor Allem eine öffentliche Debatte anstreben. Ein Teil der letztlich getroffenen Vereinbarung habe deshalb darin bestanden, den Verkehrsrichtplan im Stadtrat zu traktandieren.

Nun tauche das Problem auf, dass ein Geschäft vorliege, an dem gar nichts geändert werden könne, weil das Instrument der Konsultativabstimmung für den Stadtrat weder in der Stadtverfassung noch in der Geschäftsordnung des Stadtrates vorgesehen sei. Für die Stimmberechtigten dagegen sei das Instrument der Konsultativabstimmung vorgesehen. In Art. 32 Abs. 1 der Stadtverfassung sei festgehalten: *"Die Durchführung von Konsultativabstimmungen ist zulässig."* Die gelte auch für Themen, für die die Stimmberechtigten eigentlich gar nicht zuständig seien. Der Volksentscheid einer Konsultativabstimmung sei - wie im heute vorliegenden Fall - rechtlich unverbindlich. Analog zu diesem Volksrecht habe der Gemeinderat entschieden, dem Stadtrat den Verkehrsrichtplan zu unterbreiten und um zustimmende Kenntnisnahme zu bitten. Der Gemeinderat wolle damit den Puls fühlen, ob die im Richtplan vorgegebenen Richtungen stimmen.

Nun könne eingewendet werden, dass was rechtlich nirgends konkret abgesichert sei, auch nicht zulässig sein soll. Für Finanzbeschlüsse würde dieser Grundsatz gelten. Im vorliegenden Fall teile die Geschäftsprüfungskommission aber die Meinung des Gemeinderates und lasse "d's Füfi grad sein". Der Geschäftsprüfungskommission schein es wichtig, dass lösungsorientiert und nicht stur legalistisch politisiert werde. Nach Ansicht der Geschäftsprüfungskommission werde mit dem gewählten Vorgehen nichts hinter dem Vorhang gehalten, sondern offen und transparent informiert.

Stefan Grossenbacher, SVP-Fraktion: Der Verkehrsrichtplan bezeichne aus grosser Flughöhe das Stadtgebiet Langenthals und zeige auf, wie die Koexistenz (das Nebeneinander von Fussgängern, Velofahrenden und öffentlicher Verkehr) funktionieren könne. Es gelte sich bewusst zu sein, dass die Strassen der Stadt Langenthal zu 95% erstellt seien und, dass daraus eigentlich nur noch Räume erschaffen werden können. Die Umsetzung grosser Wünsche oder Visionen sei schwierig, weil eine Untertunnelung, mit welcher eine Erleichterung geschaffen werden könnte, teuer und demgemäss kaum zahlbar sei. Wer am letzten Donnerstag und Freitag den Verkehrsfluss in Langenthal studiert habe, habe sich diesbezüglich Gedanken gemacht. In den nächsten 10-15 Jahren werde das Verkehrsaufkommen - nicht nur weil es wie in den letzten vier, fünf Tagen hoch sei - zum Thema werden. Er habe die Situation etwas studiert und müsse sagen, dass die so genannte Koexistenz eigentlich hervorragend funktioniere.

Die SVP-Fraktion sei meinungsmässig in zwei Gruppen gespalten. Er persönlich finde den Verkehrsrichtplan als gut durchdacht, womit sich Langenthal in die richtige Richtung positionieren könne.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Samuel Köhli, SP/GL-Fraktion: Dass Langenthal ein markantes und kompaktes Stadtzentrum habe, sei den Mitwirkenden im Mitwirkungsverfahren zum Verkehrskonzept aus dem Kreise der SVP wohl entgangen. Genau das kontinuierlich gewachsene Stadtzentrum sei eine Stärke, die es zu fördern gelte. Während andere Städte unter Geschäftsschwund leiden, könne Langenthal die Ansiedelung neuer Geschäfte verzeichnen. Die extrem vielfältige Detailhandelsstruktur sei auf einen regen Fussgänger- und Passantenverkehr ausgerichtet und angewiesen. Begegnungszonen tragen diesem Umstand in einem besonderen Masse Rechnung; ganz unter dem Motto: *"flanieren, lädeln und Kontakte pflegen"*. In einer Disziplin sei die Stadt Langenthal also besser als andere Städte. Für ihn als Läufer heisse das zu rennen, um vorne dabei zu bleiben. Schlussendlich gehe es um ein Aggloprogramm, das ein paar Millionen einbringen könnte. Dementsprechend unverantwortlich sei es, Knüppel zwischen die Beine geworfen zu erhalten, die dazu führen können, die Orientierung in Bezug auf das Wie-Weiter zu verlieren.

Die SP/GL-Fraktion sei erfreut, dass langjährige Anliegen - wie das Entschleunigen des motorisierten Individualverkehrs, das Sichern von Schulwegen, die Schaffung von Quartierstrassen und die Gestaltung von Aussenräumen - Eingang in das übergeordnete Verkehrskonzept gefunden haben. Selbstverständlich gehe die SP/GL-Fraktion davon aus, dass die geplanten Massnahmen konsequent behindertentauglich umgesetzt werden. Koexistenz heisse eben auch, gegenseitig Rücksicht zu nehmen, was auch gegenüber behinderten Menschen gelten soll. Die SP/GL-Fraktion unterstütze den überarbeiteten Verkehrsrichtplan grossmehrheitlich.

Manuel Ischi, EVP/glp-Fraktion: Die Entwicklung des Verkehrsrichtplans sei von der Bau- und Planungskommission eigentlich immer mitverfolgt worden, die dessen Werdegang auch stets interessiert bearbeitet habe. Die EVP/glp-Fraktion werde vom vorliegenden Verkehrsrichtplan zustimmend Kenntnis nehmen, bringe jedoch ein paar Bemerkungen zum Mitwirkungsverfahren an:

- Vermehrt bzw. teilweise seien Visionen gefordert worden. Im Mitwirkungsverfahren sei aber nie ein visionärer Vorschlag gemacht worden. Jeder visionäre Ansatz, der in die eine oder andere Richtung gegangen sei, sei von der einen oder der anderen Seite torpediert worden. Es sei halt so, dass die einen ganz Langenthal verkehrsfrei möchten, wogegen die anderen am liebsten mit Tempo 80 durchfahren würden. Visionen, die verkehrstechnischer Natur wären (beispielsweise ein Tages- und ein Nacht-Tempo-Limit), könnten schlichtweg nicht umgesetzt werden, weil es eine Sache der Strassengesetzgebung wäre.
- Der Verkehrsrichtplan sei ein Teil des Aggloprogrammes, welches A-Massnahmen erfordere. A-Massnahmen seien innert kürzester und mittelfristiger Zeit umzusetzen. Grössere Visionen sei deswegen schlichtweg fehl am Platz.
- Koexistenz heisse Rücksicht aufeinander nehmen, was in Langenthal eigentlich relativ gut funktioniere. Bei hohem Verkehrsaufkommen, wie es teilweise verzeichnet werden müsse, sei eine Tempo-30-Zone durch Langenthal hindurch - zumindest im innerstädtischen Bereich - schon fast eingeführt, weil ein grösseres Tempo schlichtweg gar nicht möglich sei.

Im Namen der EVP/glp-Fraktion bitte er den Verkehrsrichtplan zustimmend zur Kenntnis zu nehmen und danke dem Gemeinderat für die nochmalige Aufarbeitung sowie für die Vorstellung des Geschäfts.

Robert Kummer, FDP/jll-Fraktion: Die FDP/jll-Fraktion habe in der Mitwirkung am 28. Februar 2011 festgehalten, die Visionen zur Entlastung der Kernzone ebenso zu vermissen, wie die mögliche Anbindung an den Autobahnzubringer. Grundsätzlich stehe die FDP/jll-Fraktion dem Verkehrsrichtplan jedoch positiv gegenüber. Der Stadtpräsident habe sowohl zur Entlastung der Kernzone, wie zum Autobahnzubringer Stellung bezogen. Die Argumente seien nachvollziehbar. Dass nun aber die Mitwirkungseingaben - nicht nur die der FDP/jll-Fraktion, sondern auch diejenigen der meisten Teilnehmenden - mit wenigen Ausnahmen wegdiskutiert worden seien, sei für die Mitwirkungsteilnehmenden wenig motivierend.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Der FDP/jll-Fraktion bereite es Mühe, wenn unter enormem Zeitdruck ein solch wichtiges Geschäft vonstatten gehen müsse, ohne dass es Platz für Visionen habe und das nur auf Koexistenz aufgebaut sei. Dementsprechend, und um das Aggloprogramm nicht zu gefährden, werde dem Verkehrsrichtplan nur von einer knappen Mehrheit der FDP/jll-Fraktion zugestimmt.

Beatrice Greber: Der Stadtpräsident habe erwähnt, dass Räume gestaltet werden sollen. Sie wisse, dass Langenthal stolz auf die "Bsetzi-Stein-Gestaltung" sei. An dieser Stelle möchte sie darauf hinweisen, dass diese Gestaltung gut überlegt sein müsse, wenn Langenthal eine behindertengerechte Stadt sein wolle, da "Bsetzi-Steine" nie und nimmer behindertengerecht seien.

Patrick Freudiger: Vorweg gebe er seiner Freude Ausdruck, dass er als gewählter Volksvertreter über das Dokument reden und am Schluss - wenn auch nur, aber doch immerhin konsultativ - darüber befinden könne. Der Sprecher der SP/GL-Fraktion habe erwähnt, die Auseinandersetzung mit dem Thema, wie ein zwischen die Beine geworfener Knüppel zu empfinden. Diese Aussage werfe die Frage auf, wie viel Demokratieverständnis es denn brauche, um den gewählten Volksvertretern Gelegenheit zu geben, sich äussern zu dürfen. Immerhin gehe es um ein behördenverbindliches Instrument, was bedeute, dass nicht die Stimmbürger und nicht das Parlament aber doch die Einheiten der Verwaltung dieses verpflichtend zur Kenntnis nehmen müssen. Verwaltung intern stelle dieses Instrument mehr als nur ein Richtprogramm, sondern eine Anweisung dar, womit es von einiger Wichtigkeit sei.

Er schicke vorweg, den Verkehrsrichtplan nicht als Ganzes schlecht zu erachten. Er habe sich im Vorfeld bereits kritisch dazu geäußert. Der Richtplan Fussverkehr und der Richtplan Radverkehr würden seiner Meinung nach in Ordnung gehen. Diese Richtpläne beinhalten allgemein gute Ansätze und stellen auch eine gute Diskussionsgrundlage dar.

Auch er sei für Koexistenz, wie jeder heute Anwesende für Koexistenz sei, weil die Koexistenz eine so genannte Lehr-Formel sei, die seiner Meinung nach aber mit "L-E-E-R" buchstabiert werden sollte. Eine Koexistenz bestehe schon, wenn ein Fussgänger auf eine befahrene Strasse gestellt werde. Der Teufel stecke im Detail, weshalb über diese Frage nicht endlos philosophiert werden müsse.

Der Verkehrsrichtplan sei - wie bereits erwähnt - nicht unbedingt ein grosser Wurf. Auch diesbezüglich bringe er weniger Kritik an, sondern stelle viel mehr fest, dass Langenthal sehr weitgehend geplant und vielleicht auch verplant sei, was bedeute, dass die Kunst darin bestehe, mit vorhandenen Kapazitäten zu arbeiten. Er erhebe deshalb den Vorwurf, dass mit den vorhandenen Kapazitäten nicht haushälterisch umgegangen worden sei, dass vor Allem der vorhandene Strassenraum nicht haushälterisch genutzt worden sei, sondern, dass dieser mit dem Richtplan noch einmal verknappert worden sei.

Langenthal habe kein eigentliches Stadtzentrum, wo sich viele Leute aufhalten, davon könne man sich beispielsweise an einem Winter- oder Regentag überzeugen. Es wäre demnach eine denkbar schlechte Idee, sich jetzt - wo sich der See zur 1150-Jahr-Jubiläumsfeier Langenthals in der Marktgasse befinde - davon überzeugen zu wollen, weil sich deswegen eben momentan sehr viele Leute im Stadtzentrum aufhalten. Das Langenthaler Stadtzentrum im erweiterten Sinne sei nicht flaniertauglich. Sogar im eigentlichen Stadtzentrum (der oberen Märitgasse) sehe man - ausser an Wochenmārit-Tagen selten Leute flanieren, was aber nicht verwunderlich sei, da der Bahnhof, die Migros und das Coop so weit auseinander liegen. Weil Langenthal eben kein Stadtzentrum habe, liege der Schluss nahe, dass Langenthal eben auf den Autoverkehr auch im Stadtzentrum angewiesen sei. Es gehe nicht nur um den Durchgangsverkehr von A nach B, sondern um den Autoverkehr direkt ins Zentrum hinein, weil diese Art Verkehr nicht nur Autos, sondern auch Leben ins Stadtzentrum bringe.

Wer den Richtplan des motorisierten Individualverkehrs betrachte, stelle fest, dass mit dem Geschwindigkeitsrichtplan im engeren Stadtzentrum eine Geschwindigkeit zwischen 20 und 25 kmh angepeilt werde. Wenn mit 20 - 25 kmh durch das Stadtzentrum gefahren werden soll, gebe es nur eine einzige Massnahme, die so genannte Begegnungszone mit einer Maximal-Stunden-Kilometerbeschränkung von 20 kmh und gleichzeitigem Fussgängervortritt, die dieser Vorgabe gerecht werde.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

An dieser Stelle weise er Stadtrat Manuel Ischi darauf hin, dies eben nicht mit der heute bestehenden Situation gleichsetzen zu können, obwohl es korrekt sei, dass bereits heute nicht mit 50 kmh durch das Stadtzentrum gefahren werde. Es bestehe aber ein Unterschied ob mit 30, 35 kmh mit Autovortritt durch das Stadtzentrum gefahren werden könne oder, ob durch eine Begegnungszone mit 20 kmh und Fussgängervortritt gefahren werden könne. Mit einer Begegnungszone werde klar signalisiert, die Autofahrer draussen und nicht im Stadtgebiet haben zu wollen. Dies weil davon ausgegangen werde, dass der Fussverkehr allein ausreichend Leben in die Stadt bringe, was aber eben so nicht sei, weil das Stadtzentrum Langenthal eben nicht flanierfähig sei. Eine Mehrbelastung anderer Strasse (beispielsweise Waldhofstrasse) werde also die Folge sein. Die gemeinderätliche Antwort auf den Hinweis zur Mehrbelastung der Waldhofstrasse (Seite 70 von 92 im Mitwirkungsbericht) laute: *"Gemäss den Vorstellungen des Gemeinderates besteht diese Strasse dereinst aus einem doppelseitigen Trottoir, einem Radstreifen und einer Kernfahrbahn. Der Ausbau und selbstverständlich auch das Entfernen der Autoabstellplätze ist unumgänglich."* Es sei fraglich, ob sich die Leute an der Waldhofstrasse im Moment bewusst seien, was da noch auf sie zukomme, wenn der Verkehrsrichtplan 1:1 umgesetzt würde. In der Mehrbelastung anderer Strasse bestehe aber eben der Preis, wenn der Verkehr vom ohnehin knappen Strassenverkehrsaufkommen noch einmal mehr verlagert werde.

Dass der Verkehrsrichtplan zu viel und zu oft Geschwindigkeitsreduktionen und -beschränkungen vorsehe, sei ebenfalls zu kritisieren. Er halte in aller Deutlichkeit fest, dass nicht alle Geschwindigkeitsreduktionen falsch seien, aber im andiskutierten Ausmass, sei es weder verhältnismässig noch gerechtfertigt. Namentlich die Geschwindigkeitsreduktionen in der Mittelstrasse sowie in der Hasenmattstrasse seien seiner Ansicht nach schlicht weg nicht nötig. Die Autofahrer werden damit einmal mehr als latent kriminell dargestellt, was nicht der Fall sei. Die allermeisten Autofahrer würden sich vorbildlich verhalten und die anderen werden sich auch von einer weiteren Tafel nicht beeindrucken lassen.

Zusammenfassend halte er fest, dass der Richtplan motorisierter Individualverkehr (MIV) vielleicht für eine Stadt wie Bern in Ordnung sein möge, wogegen er für Langenthal unpassend sei. Zum externen Beratungsunternehmen Metron müsse vielleicht gesagt werden, dass es vielleicht etwas zu extern gewesen sei. Dem Votum von Stadtrat Robert Kummer - welcher die vielen kritischen Stimmen erwähnt habe - entsprechend, weise er darauf hin, dass gerade der Richtplan MIV überhaupt nicht unbestritten gewesen sei. Allein in den freien Eingaben habe er über 50 kritische Stimmen gezählt, die nicht mit der eingeschlagenen Richtung einverstanden seien. Diese über 50 Stimmen seien leider in der Mitwirkung nicht berücksichtigt worden. Darum und nicht zuletzt um im Stadtrat einen differenzierten Beschluss fassen zu können, schlage er vor, nicht in globo vom Verkehrsrichtplan zustimmend oder eben nicht zustimmend Kenntnisnahme zu nehmen. **Er beantrage deshalb, die Teilrichtpläne einzeln zur Kenntnis zu nehmen und je einzeln über den Richtplan Fussverkehr, den Richtplan Radverkehr und den Richtplan MIV abzustimmen.** Mit diesem Vorgehen könnten präzisere und legitimiertere Äusserungen zum Thema gemacht werden. Zudem könnten damit auch die kritischen Stimmen, die bisher noch zuwenig berücksichtigt worden seien, besser berücksichtigt werden. Im Übrigen stimme er dem vorliegenden Verkehrsrichtplan nicht zu.

Urs Zurlinden: Das Risiko in Kauf nehmend, sich mit einer Wortmeldung um 22.40 Uhr unbeliebt zu machen, äussere er sich trotzdem als normales Stadtratsmitglied. Mit dem Verkehrsrichtplan sei er ausserordentlich und sehr deutlich unzufrieden. Er habe viel mehr erwartet und sei bodenlos enttäuscht. Er sei auch an der entsprechenden Informationsveranstaltung gewesen, an welcher er auch nicht mehr erfahren habe, als im Berichtplan bereits festgehalten sei. Letztlich sei er - ähnlich wie seine Vorredner - enttäuscht, dass all die Vernehmlassungsantworten zum Einen in einem ziemlich schnoddrigen Ton und zum Anderen inhaltlich kaum aufgenommen worden seien. Die Bevölkerung, die aufgerufen worden sei, sich zum Thema zu äussern, sei diesbezüglich ziemlich genarrt worden.

Aus dem Bericht gehe heraus, dass die Stadt Langenthal ein Problem habe. Namentlich die Verkehrssicherheit. In Seite 12 des Kommunalen Verkehrsrichtplans vom 1. Juni 2011 sei ausgeführt, dass von 1981 bis 1985 610 Verkehrsunfälle verzeichnet worden seien, von 2004 bis 2008 seien 14% mehr Verkehrsunfälle passiert. Aktuellere Angaben aus späteren Erhebungen seien jedoch nicht vorhanden, was für ihn einer der zentralen Kritikpunkte am Verkehrsrichtplan sei.



Er erachte als bedenklich und ziemlich fahrlässig, auf eine nur schon auf zwei berechneten Zeitperioden erkennbare Entwicklung, nicht auch planerisch zu reagieren

Der Begriff Koexistenz sei heute Abend schon mehrmals gefallen. Koexistenz von innen nach aussen töne ja wirklich wunderbar. Damit werde in den Aussenquartieren gewiss eine grosse Freude ausgelöst, wenn dann der Individualverkehr durch diese Quartiere rolle. Noch grössere Freude dürfte allerdings in den Innenquartieren herrschen, weil dort dann kein Verkehr mehr rolle. Wie das zu steuern sei, werde im Bericht tatsächlich etwas erklärt.

Eine weitere Tatsache sei auch, dass Lösungen zum Durchgangsverkehr fehlen. Auf Seite 23 des Kommunalen Verkehrsrichtplans vom 1. Juni 2011 werde insbesondere zum Durchgangsverkehr in Richtung Süd-Nord bzw. Nord-Süd keine Lösung angeboten, obwohl der Durchgangsverkehr zunehmen werde. Auch dazu seien keine Erhebungen gemacht worden. Der Stadtpräsident habe lediglich als Beispiel Lastwagenchauffeure erwähnt, die Langenthal durchfahren. Den Chauffeuren könne dieses Vorgehen aber nicht verargt werden, weil diese unter enormem Zeit- und Lieferdruck stehen und deshalb mit GPS-Unterstützung die kürzesten Strecken fahren müssen. Den Puck punkto Durchgangsverkehr den Lastwagenchauffeuren zuzuweisen, erachte er als nicht ganz richtigen Ansatz. Vielmehr müsse eine planerische Lösung gefunden werden, den zunehmenden Durchgangsverkehr in den Griff zu bekommen.

Der Stadtpräsident habe auch erwähnt, dass der Durchgangsverkehr nur 15-20% ausmache. Auf welchem Datum diese Angaben überhaupt basieren, sei nun wirklich nirgends ersichtlich, zumal auch keine aktuellen Daten vorhanden seien. Er habe bereits anlässlich der Veranstaltung in der Alten Mühle angeregt, eine neue Verkehrserhebung vorzunehmen, um in Erfahrung zu bringen, wo, wann, wie und was auf den Strassen Langenthals laufe. Darauf sei erwidert worden, dass diese Erhebung nochmals Fr. 20'000.00 bis Fr. 25'000.000 kosten würde. Und wenn schon - wenigstens würde heute eine Ausgangslage vorliegen, über die eine inhaltlich Diskussion stattfinden könnte.

Wie der Fraktionssprecher der FDP/jll-Fraktion auch schon erwähnt habe, sei in der von der FDP eingereichten Vernehmlassung gefordert worden, zumindest etwas Visionen zu entwickeln. Beim Lesen des Berichtes stelle er nun aber fest, dass sämtliche Denkansätze - auch die nur als entfernt und grosszügig zu bezeichnenden - als nicht möglich abgetan und verworfen worden seien. So komme Langenthal wirklich nie zu einem Richtplan, der nota bene die nächsten 20 oder 30 Jahre gelten sollte.

Betreffend Pendlerströme habe er im Verkehrsrichtplans vom 1. Juni 2011 (Seite 10) folgende Feststellung gefunden: *"Verfügbare Zahlen zur Quantifizierung der Pendlerströme repräsentieren die Periode von 1990 bis 2000 und sind demnach nicht aktuell."* Auf den daraus gezogenen Schluss der Metron, dass keine Aussagen zum Pendlerstrom möglich seien, komme auch er. Diese Aussage lasse aber auch den Schluss zu, dass das beauftragte Büro die Arbeit nicht gemacht habe. Dieses Büro habe offenbar nicht gemerkt, was Langenthal brauche. Das Gleiche gelte auch in Bezug auf das völlig missachtete Autobahnzubringer-Thema. Das Thema sei politisch und noch nicht erledigt. Wenn es denn aber komme, dann werde logischerweise eine ziemlich deutliche Zunahme des Durchgangsverkehrs an der Nord-Süd- bzw. Süd-Nord-Achse zu verzeichnen sein. Ob man nun für den Autobahnzubringer oder dagegen sei, sei unerheblich. Wichtig jedoch sei, dieses Thema in einer Planungsperiode von 20 bis 30 Jahren nicht einfach zu übergehen, auch wenn gemäss einer schier phantastischen Aussage der Metron Verkehrsplanung AG, Hinweise auf die politische Machbarkeit und Finanzierung momentan fehlen würden. Ob eine politische Machbarkeit bestehe oder nicht, müsse die Metron Verkehrsplanung AG schon Langenthal überlassen.

In den 70-er Jahre habe es relativ visionäre Projekte gegeben (Beispiel: 111-er), wogegen es heute nichts Derartiges mehr gebe. Aus seiner Sicht sei der Verkehrsrichtplan eine Fortschreibung der bestehenden Probleme, und stelle angesichts der zunehmenden Verkehrsunfälle keine Lösung, sondern ein Rückschritt dar, weshalb er den Verkehrsrichtplan ablehnend zur Kenntnis nehme.



Albert Schaller: Stadtrat Urs Zurlinden habe die Aktualität der Verkehrsunfallzahlen bemängelt. Diesbezüglich verweise er auf <http://www.police.be.ch/police/de/index/medien/medien/statistik.html>, worin nebst der Kriminalstatistik 2010 auch die Verkehrs- und Unfallstatistik 2010 des Kantons Bern einsehbar sei.

Auf dem Gemeindegebiet Langenthal seien im Jahr 2008 58 Unfälle, im Jahr 2009 41 Unfälle und im Jahr 2010 32 Unfälle verzeichnet worden. Unfallverletzte seien im Jahr 2008 67, im Jahr 2009 48 und im Jahr 2010 34 registriert worden.

Pascal Dietrich: Auch er freue sich, über den Verkehrsrichtplan diskutieren zu können. Weniger Freude habe er allerdings am Verkehrsrichtplan selber. Er sehe sich gezwungen "ins selbe Horn zu blasen" wie Stadtrat Urs Zurlinden. Der Verkehrsrichtplan sei eigentlich kein grosser Plan, weil darin vor Allem der Status Quo mit einem leichten Blick in die Zukunft festgeschrieben sei.

Unter dem Punkt öffentlicher Verkehr stehe im Verkehrsrichtplan vom 1. Juni 2011 etwas einfach wiedergegeben, dass Langenthal gut erschlossen sei und dass auch mit der Stammlinie Bern-Olten kein Problem bestehe. Auch er erachte die Situation momentan als unproblematisch. Aber, obwohl beispielsweise bereits bekannt sei, dass die SBB im Jahr 2015 die Aufhebung der Interregio-Züge plane, um sie durch Regio-Expresse (Bummler) zu ersetzen, werde das Thema im Verkehrsrichtplan nur sehr stiefmütterlich behandelt. Das lasse den Schluss zu, dass die Problematik offenbar nicht erkannt worden sei.

Auch hinsichtlich des motorisierten Individualverkehrs (MIV), des Fussgänger- und des Radverkehrs habe er grössere Bedenken, dass der Verkehrsrichtplan überhaupt viel bringe. Von Koexistenz sei dauernd die Rede. Im Zusammenhang mit der Koexistenz werde auch immer wieder versucht, die Begegnungszone als allein-seelig-machende Lösung zu verkaufen. Wegen seines Kampfes für die Märitgasse sei wohl allgemein bekannt, dass er der letzte wäre, der sich gegen die Interessen von Fussgängern oder von Velofahrenden einsetzen würde. Bei einer Begegnungszone handle es sich aber um etwas ganz anderes als um eine Fussgängerzone. In einer Begegnungszone gebe es Autoverkehr, was seiner Meinung nach eine "Schönwetterlösung" aber nicht fussgängerfreundlich sei. Obwohl die Fussgänger theoretisch zwar Vortritt haben, sehe die Praxis häufig anders als. In einer Begegnungszone gebe es keine Fussgängerstreifen, womit sichtbare Anhaltspunkte fehlen. Theoretisch sei es zwar als Fussgänger möglich überall über die Strasse zu gehen, was aber in der Praxis eben halt häufig nicht der Fall sei. Es gebe zwar sicher viele Autofahrerinnen, die anhalten sowie es ab und zu auch Autofahrer gebe, die anhalten. Der grösser Teil der Autofahrer und sogar ein kleiner Teil der Autofahrerinnen würden aber eben nicht anhalten. Einem vor einem Auto oder gar vor einem Lastwagen liegenden Fussgänger nütze in diesem Moment aber weder das theoretische Vortrittsrecht noch das Schlagwort: "Koexistenz" etwas. Dieser Punkt stelle seiner Ansicht nach den hauptsächlichen Mangel im vorliegenden Verkehrsrichtplan dar. Dieser Punkt habe ihn auch dazu motiviert, sich an der Beschwerde gegen die geplante Begegnungszone in der Jurastrasse zu beteiligen.

Er habe die Beschwerde aber nicht einfach so erhoben, sondern als ein Radfahrer, der zweimal täglich Richtung Aarwangen fahre, womit er selber über gewisse Erfahrungen verfüge. Auch in der Aarwangenstrasse seien schöne Radstreifen und auch noch Fussgängerstreifen markiert. Für die Fussgänger seien sogar Inselchen angelegt worden, was für die Fussgänger zwar tipp-topp, für die Velofahrenden dagegen eher als gefährlich einzustufen sei. Ein Velofahrer könne von Glück reden, in dem Moment, wenn er eines der Inselchen passieren müsse, eine der netten Autofahrerinnen hinter sich zu haben, die warten. Pech dagegen habe er, wenn er einen der Autofahrer hinter sich habe, die eben nicht halten und sich vorbeiquetschen. Situationen dieser Art seien ein weiteres Beispiel dafür, dass Koexistenz eben nur funktionieren könne, wenn tatsächlich alle wollen. Demgemäss sollte man eben auch etwas in der Hand halten können, womit aufgezeigt werde, wie vorgegangen werden soll, wenn eben nicht alle wollen. Aus diesem Grund halte er den Verkehrsrichtplan als Schönwetterlösung und nehme diesen ablehnend zur Kenntnis.



Für die Mitwirkung sei ein grosser Aufwand betrieben worden sei. Sie sei sehr minutiös aufgegleist worden. Und trotzdem müsse er sich auch in diesem Punkt den Vorrednern anschliessen, weil daraus nicht viel gemacht worden sei. Selbstverständlich sei es nicht einfach, die zum Teil gegenläufigen Reaktionen zu erfassen und trotzdem sei er erstaunt, dass praktisch alles Gesagte aber der Linie nicht ganz Entsprechende, wegdiskutiert und mit "nicht denkbar", "nicht möglich" bezeichnet worden sei. Dass etwas nicht einmal denkbar sein soll, finde er es komisch, da man zumindest etwas denken können müsste.

Diese Formulierungen sowie die ihn auch störende Bemerkung: "*der Mitwirkende verkennt ...*" würden aber eben die gewisse Tonalität dieser Mitwirkung aufzeigen. In dieser Tonart reagiere vielleicht ein Obergericht auf einen groben Fehler eines erstinstanzlichen Gerichts. In einer Mitwirkung müsse diese Tonalität aber nicht erwartet werden.

Aus vorgenannten Gründen ziehe er das Fazit, dass Koexistenz nicht die allein-seelig-machende Lösung der künftigen Verkehrsprobleme Langenthals sein könne, da sie seines Erachtens zum Teil sogar untauglich sei. In Erwartung alternativer Lösungsvorschläge nehme er dem vorliegenden Verkehrsrichtplan deshalb ablehnend zur Kenntnis.

Beat Sterchi: Die Worte der Stadträte Urs Zurlinden und Pascal Dietrich unterstützend, empfinde er die Behauptungen der Metron Verkehrsplanung AG zum Teil als Zumutung; speziell die Verkehrssicherheitsproblematik mit nackten Zahlen aus den 80-er und 90-er Jahren zu thematisieren (Verkehrsrichtplans vom 1. Juni 2011, Seite 12) ohne zu berücksichtigen, dass das Verkehrsaufkommen seit den 80-er Jahren über 40% zugenommen habe. Auch müssten die Unfallzahlen in das Verhältnis des Verkehrs gesetzt werden, womit sich Langenthal - gemäss den von Stadtrat Albert Schaller erwähnten Zahlen - eher auf der guten Seiten befinde. Das heutige Verkehrssystem im Ortskern sei offenbar also nicht so schlecht, weshalb er persönlich absolut keinen Handlungsbedarf erkenne. Zudem seien allgemeine Darstellungen, wie beispielsweise die Anzahl von Todesopfern im Zusammenhang mit der Geschwindigkeit, offenbar aus irgend einem Theoriebüchlein abgeschrieben worden.

Langenthal habe eigentlich zwei Probleme, die gelöst werden müssen:

- Durchgangsverkehr: Jemand der von der Autobahn her komme, wisse bei der Garage im Nord-Hard nicht, ob er nun über die Zürich-Bern-Strasse soll, oder ob er über die Aarwangenstrasse und in der Hasenmattstrasse abzweigen soll, um Langenthal zu durchfahren. Der Richtplan sollte diese grundlegende Frage, die vorweg in Bezug auf den Durchgangsverkehr geklärt werden sollte, beantworten können, bevor ein "Feinschliff" gemacht werden könne. Heute liege aber ein Feinschliff vor, der seinen Anfang irgendwo im Ortszentrum genommen habe, ohne ein Aussenkonzept zu haben, was seiner Meinung nach ein Schwachpunkt des Verkehrsrichtplanes sei.
- Bahnhof: Dass für den Bahnhof mit höchster Priorität nach einer Lösung gesucht werden müsse, sei wohl allen klar. Es trage aber nichts zur Lösungsfindung bei, im Ortskern zu "laubsägen" und dort teure Anpassungen zu machen. Ob der Raum mit oder ohne Bsetzi-Steine gestaltet werde, sei ein Kleiderständerproblem und stelle kein Grundproblem dar, das im Richtplan geregelt werden müsse.

Es erachte es als störend, dass der Richtplan, auf schlechten Aussagen und Grundlagen basiere und, dass damit eine verkehrte Strategie eingeschlagen werde. Die Strategie sollte von oben (Durchgangsverkehr) nach unten und nicht von unten (Koexistenz) nach oben verlaufen. Offenbar fehle aber der Mut, klare Aussagen zu machen, weshalb von Koexistenz die Rede sei. Auch er erachte den Verkehrsrichtplan als keine Planungsgrundlage für das weitere Vorgehen.

Beatrice Lüthi: Vorweg danke sie dem Gemeinderat, überhaupt über das Thema diskutieren zu können. Sie danke auch dem Stadtpräsidenten, der ein paar Kritikpunkte - die so unvorhersehbar vielleicht gar nicht seien - bereits etwas vorweggenommen habe. Auch sie habe Beschwerde und Einsprache gegen die Angelegenheit Jurastrasse erhoben.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

In der Tat habe der Vernehmlassungsentwurf, der zur Begutachtung vorgelegen sei, das Stadium des Brainstormings eigentlich nicht verlassen, so dass er noch viel Optimierungspotential enthalte. Unter Anderem

- fehle dem Entwurf eine Struktur,
- liegen keine sauberen Analysen vor,
- seien keine Prognosen vorhanden, wie der Verkehr sich entwickeln werde,
- seien alte Zahlen verwendet worden,
- liege keine Folgeabschätzung darüber vor, was passiere, wenn der Verkehr im Stadtzentrum etwas schikanös umgeleitete werde und wie sich das auswirken werde.

Vielleicht lassen sich mit Koexistenz und Langsamverkehr Unfälle verhindern, aber wahrscheinlich wäre es am sichersten, sich die Autos von den Angestellten des PvB maximumm durch das Stadtzentrum schieben zu lassen. Allerdings wäre das Problem des Durchgangsverkehrs auch damit nicht gelöst, weil man so um Langenthal herum aber nicht durch Langenthal hindurch fahren könnte.

Die Vernehmlassung habe viele Inputs erhalten. Wie von ihren Vorrednern bereits erwähnt worden sei, habe dies aber zu keiner Änderung des Konzepts geführt. Sie wisse nicht, ob die Stadtverwaltung oder die Metron Verkehrsplanung AG drei Monate Zeit darauf verwendet habe, die Inputs in einer Tonalität als unbrauchbar darzustellen, was wirklich auch zu diskutieren wäre. Sie erachte es eigentlich als schade, dafür Ressourcen verbraten zu haben, um nach wie vor nur ein Brainstorming bzw. ein Brouillon aber kein Konzept zu haben.

Sie erachte die Struktur, den Aufbau sowie den Inhalt des Verkehrsrichtplans als fragwürdig und empfinde das Verfahren und die Mitwirkung als Farce und nicht zielführend. Ihrer Ansicht nach sei das Verkehrskonzept untauglich und stelle quasi ein Feigenblatt dar, was nichts Gutes erhoffen lasse, da Langenthal damit in einem Verkehrschaos versinken werde. Zudem würden vorgebrachte Bemerkungen wie: "... wäre noch eine weitere Frage" (Stadtpräsident) oder "das wagen wir in Frage zu stellen" Langenthal auch nicht weiter bringen, weil Lösungen und nicht Fragen gefragt seien.

Da das Konzept nun mal behördenverbindlich sein soll, soll es halt so sein. Schlussendlich werden sich die Behörden daran halten müssen und es zu interpretieren wissen müssen. Ihr sei klar, dass wegen des Aggloprogramms grosser Zeitdruck herrsche. Stadtrat Samuel Köhli mache es sich aber etwas einfach quasi zu sagen: "*Knete vor Qualität*" nur um vorwärts zu machen und um irgendwie an das Geld zu kommen und zwar unabhängig davon, was man dann überhaupt habe.

Es wäre doch voraussehbar gewesen, ein Verkehrskonzept zu brauchen, um beim Aggloprogramm mitmachen zu können. Sie hoffe trotzdem, dass die ganze Angelegenheit etwas pragmatisch angegangen werde und, dass dies nicht 1:1 in der Tonalität, wie sie in der Stellungnahme angeschlagen worden sei, geschehen werde. Auf jeden Fall wäre dies für den Stadtrat nicht verbindlich - und für sie persönlich erst recht nicht.

Ihrer Meinung nach sei mit jedem Franken, der an die Firma Metron Verkehrsplanung AG bezahlt worden sei, ein Franken zu viel bezahlt worden. Schon an der öffentlichen Veranstaltung habe man gemerkt, dass nichts Gutes dabei herauskommen könne. Dementsprechend wäre es vielleicht sinnvoll, diese Firma in Zukunft nicht mehr zu berücksichtigen. In diesem Zusammenhang könne man sich vielleicht auch die Frage stellen, ob das Submissionsverfahren eine andere Lösung zulassen würde. Sie werde den Verkehrsrichtplan ablehnend zur Kenntnis nehmen.

Stadtpräsident Thomas Rufener: Aus dem Militärdienst sei ihm der Hinweis "*Don't find the problem*" bekannt. Er frage sich wirklich, was eigentlich diskutiert worden sei, da er keinen wirklich visionären Gedanken gehört habe, wogegen auf Probleme (fehlende Statistiken, Zeitdruck etc.) hingewiesen worden sei. Wenn das Aggloprogramm im Jahre 2002 anders aufgegleist worden wäre, hätten 10 Jahre Zeit zur Verfügung gestanden den Verkehrsrichtplan auszuarbeiten. Das sei aber so nicht gemacht worden. Das Problem sei vor sich hin geschoben worden, weil es im Parlament niemanden interessiert habe. Aber als das Aggloprogramm dann durchgefallen sei, habe man sich im Parlament gross darüber entrüstet.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Er habe den Artikel in der Berner Zeitung mit dem Titel: "*typisch Langenthal*" natürlich gelesen. In Langenthal bringe man es wirklich jedes Mal fertig, Gelegenheiten zu verpassen. Visionen hätten in die Behörden, die zum Teil x-Mal angehört worden seien, gebracht werden können, was aber nicht geschehen sei. Vermutlich deshalb nicht, weil dies zur Überlegung geführt habe, dass Visionen in Bezug auf die geforderte Zurückhaltung bei den Investitionen nicht ratsam wären. Irgendwie könne die Rechnung so nicht aufgehen. Es mache den Anschein, dass irgendwas nachgeträumt werden soll. Dass eine grundlegende Opposition eingenommen werde, weil man nicht zufrieden sei, könne er noch begreifen, weise jedoch darauf hin, dass dies einem Spiel mit dem Feuer gleichkomme. Irgendwann könnte er sich gezwungen sehen das Aggloprogramm mit dem Argument zu stoppen, dass Langenthal dies offenbar gar nicht wolle.

Die Mitwirkungsbeiträge seien wirklich kontrovers. Auf der einen Seite werde verlangt, die Fussgängerstreifen im Stadtzentrum umzupositionieren. Wenn man aber Lösungen vorstelle, womit auf Fussgängerstreifen verzichtet werden könnte, erhalte man die Reaktion, dass dies ja gemeingefährlich wäre. An dieser Stelle könne er Stadtrat Pascal Dietrich versichern, dass er jedes Mal, wenn er in die Gross-Rat-Session müsse, mit dem Auto die Begegnungszone beim Bärengraben Bern passieren, ohne jemals jemanden mutwillig angefahren zu haben. Er habe auch nicht den Eindruck, dass es andere Autofahrer gebe, die nach Fussgängern suchen, um sie umfahren zu können. Welcher Philosophie Äusserungen dieser Art zugrunde liegen, könne er nicht nachvollziehen.

Er bedaure, die Diskussion in diesem Stil quittieren zu müssen. Die Diskussion habe im Prinzip keinen brauchbaren Ansatz gebracht, der alternativ gewählt werden könnte. Nebst der Tatsache, dass die Kommissionen von Beginn an involviert gewesen seien, seien an der Mitwirkungsveranstaltung zwei, drei Stadträtinnen und Stadträte anwesend gewesen. Die weitaus grösste Mehrheit sei gar nicht erschienen. Und trotzdem werde nun der Vorwurf erhoben, dass das Ganze wenig visionär sei, und man damit nicht weiterkomme. Er komme nicht umhin zu empfehlen, sich heute Abend die Entscheidung sehr gut zu überlegen.

Er habe vom Parlament den Auftrag erhalten, das Aggloprogramm auf die schweizerische Landkarte zu bringen. Da nun aber zum jetzigen Zeitpunkt immer noch Detaildiskussionen geführt werden - worin sogar noch "Bsetzi-Steine" zur Sprache kommen - stelle sich ihm ernsthaft die Frage, wo man überhaupt stehe. Wahrscheinlich werde Langenthal in geübter Manier am Ende des Jahres ohne brauchbares Aggloprogramm dastehen und wie auch schon gehabt, Wettbewerbe gewinnen, diese aber verwirken lassen.

Es sei natürlich jedem anheim gestellt, wie er sich verhalten wolle. Ihm sei auch vollständig klar, dass die Beschwerdeführenden zur Jurastrasse entsprechende Positionen einnehmen, ansonsten diese ja gegen ein ganz falsches Thema Beschwerde erhoben hätten. Dem Gemeinderat gegenüber heute ein Zeichen zu setzen, dass die Verkehrsrichtplanung aus dem Tierbuch sei, dass sie unbrauchbar sei, weil sie in die falsche Richtung gehe, dass sie keine Visionen enthalte etc. etc., sei jedoch nicht zielführend.

Fraglich finde er auch - womit er auf das Votum von Stadtrat Urs Zurlinden zurückkomme - dass man auf Fernfahrer reagieren soll, die mitten durch Stadt fahren, damit sie schneller in Luzern, Chur oder wo auch immer sein können und, dass Langenthal dafür auch noch Geld in die Finger nehmen soll. Es entspreche wohl kaum der schweizerischen Verkehrspolitik, dass am Schluss jedes Dorf auch noch Waldwege ausbaue, um die Strecken noch mehr zu verkürzen, um noch mehr LSVA einzusparen und um die Nationalstrassen noch besser umfahren zu können, weil eine zeitgerechte Zielankunft damit sonst offenbar nicht mehr möglich sein soll. Weder aus finanzpolitischen noch aus attraktionspolitischen Überlegungen einer Stadt könne dies der richtige Weg sein.

Es gelte auf dem Boden zu bleiben und mit dem weiterzuarbeiten, was vorhanden sei, ohne sich Sachen herbeizuwünschen, die gar nie Realität werden können, da die zur Verfügung stehenden Mittel in den Köpfen schon mehrfach ausgegeben worden seien. Speziell der visionäre Charakter koste Unmengen an Geld, was sich schon am Agglomerationsprogramm "Kernpunkt Bahnhof" zeige. Der Kernpunkt Bahnhof löse Millionen aus, die für Langenthal finanziell nicht verkraftbar seien, womit dieses Projekt nur mit fremder Hilfe (Bund) angestrebt werden könne. Wenn Langenthal das Aggloprogramm auf die Landkarte bringe, bestehe mindestens die Chance diesbezüglich einen Schritt weiter zu kommen.



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

Stadratspräsident Roland Christen bittet um Abgabe der Stimme zum Antrag von Stadtrat Patrick Freudiger, die Teilrichtpläne einzeln zur Kenntnis zu nehmen und je einzeln über den Richtplan Fussverkehr, den Richtplan Radverkehr und den Richtplan MIV abzustimmen:

- **Der Stadtrat lehnt den Antrag von Stadtrat Patrick Freudiger (Einzelabstimmung) mit 25 Stimmen Nein gegen 9 Stimmen Ja (bei 0 Enthaltungen) ab.**

III Abstimmung:

Der Stadtrat beschliesst mit 24 Stimmen Ja gegen 9 Stimmen Nein (bei 1 Enthaltung):

- 1. Der Verkehrsrichtplan vom 1. Juni 2011 wird zustimmend zur Kenntnis genommen.**
- 2. Der Gemeinderat wird mit dem weiteren Vollzug beauftragt.**

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



10. Mitteilungen des Gemeinderates

■ Orientierung über das Projekt zur Sanierung der Liegenschaft Waldhofstrasse 54

Gemeinderat Jürg Häusler: Als Präsident der Pensionskasse informiere er, dass die Pensionskasse der Stadt Langenthal neben Aktien und Obligationen auch Direktanlagen in Form von sechs eigenen Immobilien im Besitz habe. Drei dieser Liegenschaften befinden sich im Waldhofquartier (Waldhofstrasse Nrn. 46, 54, und 60).

Für die Waldhofstrasse Nr. 54 (Betonhochhaus) liege ein Vorprojekt für die dringende Sanierung vor. Das Projekt sei seit dem Jahr 2009 von einem Planerteam aufgearbeitet worden, nachdem in vorangegangenen Jahren (ca. im Jahr 2004) von vier ortsansässigen Architekturbüros Sanierungsstudien erarbeitet worden seien. Vier Studien bedeute, dass vier Kostengrössen und vier Lösungsansätze vorliegen. Die Pensionskasse habe deshalb entschieden, ein Vorprojekt mit einer Kostenschätzung ausarbeiten zu lassen, damit auf diesem Vorprojekt aufbauend eine Architekturausschreibung vorgenommen werden kann.

Die intensiven Abklärungen und die Bearbeitung des Vorprojektes hätten ergeben, dass die Liegenschaft nur durch eine umfassende Sanierung wieder auf Vordermann gebracht werden kann. Die neusten Anforderungen im Elektrikbereich müssen umgesetzt werden (Umsetzung der Niederspannungsverordnung). Die gesamten Leitungsinstallationen seien beispielsweise einbetoniert, weil dies früher so praktiziert worden sei. Auch die Lifтанlagen sowie die Fenster und die Betonfassade würden einer umfassenden Sanierung bedürfen.

Die Kostenschätzung für diese grosszyklische Sanierung liege in der Höhe von etwa Fr. 5 Mio. Es gehe nun darum, das Vorprojekt weiter voranzutreiben und die Sanierung an die Hand zu nehmen. Folgende Schritte seien vorgesehen:

- Publikation der Ausschreibung vor den Sommerferien 2011
- Vergabe der Architekturleistungen im Herbst 2011
- Planung und Ausschreibungen der Sanierungsleistungen im nächsten Jahr (2012)
- geplanter Baubeginn im Jahr 2013
- Abschluss der Arbeiten Ende 2013

Die Bewohnenden seien über die anstehende Sanierung von der Geschäftsführung der Pensionskasse schriftlich informiert worden. Im Winter/Frühling (2011/2012) werde eine weitere (eine mündliche) Orientierung stattfinden. Für Fragen stehe er sowie die Geschäftsführung der Pensionskasse (die BDO AG) zur Verfügung.

■ Beiträge des kantonalen Amtes für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär

Gemeinderätin Paula Schaub-Holt: Als Politikerin und als Politiker brauche man manchmal etwas Motivation, was nach einer über fünf-stündigen Stadtratssitzung besonders nötig sei.

Das kantonale Amt für Bevölkerungsschutz, Sport und Militär werde Langenthal bei der Schaffung eines lokalen Bewegungs- und Sportnetzes in den Jahren 2012 und 2013 mit dem höchst möglichen Beitrag unterstützen. Für die Stadt bedeute das konkret, in den Jahren 2012 und 2013 je Fr. 10'000.00 als Beitrag an die neu geschaffene Stelle des Sportkoordinators zu erhalten.

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11 A. Eingereichte Motion Ischi Manuel (glp) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: "Energiestadt Langenthal - Studie zum Potenzial lokaler Energieproduktion"

Motionstext:

"«Energiestadt Langenthal - Studie zum Potenzial lokaler Energieproduktion»"

Der Gemeinderat wird beauftragt eine Studie in Auftrag zu geben mit dem Ziel, mögliche Standorte für die Produktion von erneuerbarer Energie für Haushalte, Gewerbe und Industrie zu eruieren und das Potenzial zu beziffern. Weiter sollen mögliche Massnahmen zur Förderung der lokalen und regionalen Energieproduktion benannt werden.

Begründung:

Es herrscht seit Fukushima ein breiter Konsens in diesem Land, künftig auf Atomenergie zu verzichten. Auch in Langenthal will der Gemeinderat ein Zeichen setzen und in Zukunft auf Strom aus Kernenergie verzichten.

Langenthal muss in dieser Frage als Energiestadt vorbildlich wirken und den tiefgreifenden Wandel in der Gesellschaft hin zu erneuerbaren Energien nachhaltig stützen. Dies soll auf der Grundlage einer Studie geschehen. Sie soll aufzeigen, wo und wie in Langenthal lokale Energie erzeugt werden kann.

Der Wandel gelingt nur durch eine Vielzahl von Massnahmen auf allen Ebenen, vom Bund über den Kanton bis hinunter auf die Stufe der Gemeinde und jedes Energiekonsumenten.

Eine der Massnahmen ist die Sichtbarkeit der Energieproduktion auf Gemeindegebiet. Dies dürfte einen gewissen psychologischen Effekt auf die Verbraucher erzielen, die direkt oder indirekt dazu beitragen können, Energie zu sparen, bzw. ihre Energie zumindest in Teilbereichen selbst herzustellen. Eine Energiestadt, die einen Teil ihres Energiekonsums selbst deckt, könnte als Vorbild wirken.

Zudem besteht die Möglichkeit, auf Basis der lokalen Energieproduktion neue Geschäftsmodelle zu verwirklichen. Wir verweisen auf die neu gegründete Energieregion Bern-Solothurn (www.energieregion-be-so.ch), die zum Ziel hat, den Anteil lokal produzierter Energie von heute 3 Prozent auf über 30 Prozent zu heben und gleichzeitig für den lokalen Energieversorger ein neues Geschäftsfeld zu eröffnen.

Die Studie soll insbesondere aufzeigen, wo Potenzial für die Energieproduktion mit erneuerbaren Energieträgern (Wasserkraft, Windkraft, Geothermie, Solarenergie ...) besteht und mit welchen Massnahmen der Anspruch der lokalen Produktion nachhaltig in Langenthal und allenfalls später im ganzen Oberaargau verankert werden könnte.

In einem zweiten Schritt soll die Stadt diese Unterlagen als Grundlage für die Erarbeitung eines Strategieplans verwenden. Dieses beinhaltet konkrete und mögliche Projekte welche von der Stadt initiativ angeregt, proaktiv gefördert oder sogar selbst ausgeführt werden können."

Manuel Ischi und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



11 B. Eingereichte Motion Gfeller Markus, Lanz Rudolf (beide FDP), Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: Erlass eines Reglementes über das betreute Wohnen für Senioren des Altersheims Haslibrunnen

Motionstext:

"Der Stadtrat hat an seiner Sitzung vom 9. Mai 2011 beschlossen, von der COopera-Stiftung Wohnungen für das betreute Wohnen für Senioren zu mieten und diese mit der Möglichkeit des Bezugs von Dienstleistungen des Altersheims Haslibrunnen an Senioren weiterzuvermieten. Die Finanzierung des neuen Leistungsangebots und die Vermietung und Bewirtschaftung der Wohnungen ist Sache des Stadt Langenthal. Vorgesehen ist die Führung der neuen Gemeindeaufgabe durch das städtische Altersheim.

Um die Verantwortung, die Finanzierung, die Kriterien für die Benutzung des Leistungsangebots sowie den eigenwirtschaftlichen Betrieb verbindlich regeln zu können, wird der Gemeinderat beauftragt, ein Reglement über das betreute Wohnen für Senioren zu erarbeiten und dem Stadtrat zur Beschlussfassung vorzulegen. Die jährlichen Folgekosten für die Stadt von rund CHF 100'000.00 sowie die Festlegung von kontrollierbaren und transparenten Kriterien für die Vergabe der Wohnungen und den Bezug des Leistungsangebots erfordern eine saubere reglementarische Grundlage. Das Reglement sollte u.a. die Bedingungen für folgende Punkte enthalten:

- *Eigenwirtschaftlichkeit des Betriebs der betreuten Wohnungen für Senioren*
- *Verantwortung und Zuständigkeiten*
- *Aufsicht und Kontrolle*
- *Sicherstellung des transparenten Ausweises der Kosten und Erträge innerhalb der Gemeinderechnung*
- *Grundlagen für die Vermietung und den Bezug von Dienstleistungen*
- *Kriterien für die Auswahl der Mieter"*

Markus Gfeller, Rudolf Lanz, Beat Sterchi und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11 C. Eingereichte Motion Felber Lukas, Dietrich Pascal (beide jll) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011: Bushaltestelle "Schore Pintli" in Schoren

Motionstext:

"Bushaltestelle«Schore Pintli» in Schoren

Wir reichen folgende Motion ein:

Der Gemeinderat wird beauftragt, die Erschliessung des Dorfs Schoren als Teil der Stadt Langenthal mit dem öffentlichen Verkehr zu verbessern. Namentlich wird der Gemeinderat beauftragt, in der RVK (Regionale Verkehrskonferenz) zu verlangen, dass die Haltestelle «Schore Pintli» vom Stadtbus möglichst rasch wieder bedient wird.

Begründung:

Die Einführung neuer Linien und Fahrpläne im Langenthaler Busverkehr im Dezember 2009 hat für Irrungen und Wirrungen gesorgt. Bereits im Mai 2010 mussten die Abfahrtszeiten von einzelnen Kursen der Linie 52 geändert werden. Im Dezember 2010 wurde die Führung der Stadtbus-Linie 64 erneut geändert; als Folge davon wurde die Haltestelle «Schore Pintli» ersatzlos aufgehoben.

Die Aufhebung dieser Haltestelle ist unverständlich. Im Umkreis des «Schore Pintli» sind in den letzten Jahren zahlreiche neue Ein- und Mehrfamilienhäuser entstanden, das Quartier ist markant gewachsen. Vorallem dient die Haltestelle «Schore Pintli» auch den Besucherinnen und Besuchern des beliebten Schorenweihers und sorgt zudem für die Erschliessung des städtischen Kinderheims Schoren mit dem öffentlichen Verkehr. Unter diesen Gesichtspunkten muss die Aufhebung der Haltestelle schlicht als verfehlt bezeichnet werden.

Der Gemeinderat ist gehalten, hier (erneut) Korrekturen vorzunehmen. Den Motionären ist bewusst, dass er dies nicht in Eigenregie tun kann. Der Einfluss der Stadt Langenthal in der Regionalen Verkehrskonferenz (RVK) ist aber - richtigerweise - genügend gross, um berechtigte Anliegen in Bezug auf die Stadtbuslinien durchzusetzen. Für das Dorf Schoren sollte punkto Erschliessung durch den öffentlichen Verkehr mindestens wieder jener Status hergestellt werden, wie er bis Dezember 2009 Bestand hatte. Abschliessend sei bemerkt, dass die Haltestellen «Eisbahn» und «Ochsen» die Haltestelle «Pintli» nicht zu ersetzen vermögen. Gerade für ältere Leute oder für Familien mit kleinen Kindern (Besucher des Schorenweihers!) sind die Distanzen zu diesen Haltestellen zu gross."

Lukas Felber, Pascal Dietrich und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Motion erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11 D. **Eingereichte Interpellation Steiner Daniel (EVP) vom 27. Juni 2011 betreffend die Bildungspolitik in Langenthal: Besser verwalten und selber gestalten**

Interpellationstext:

"Bildungspolitik in Langenthal: Besser verwalten und selber gestalten

Sowohl beim Projekt «Aufbau und Betrieb eines bedarfsgerechten Tagesschulangebots» vom Mai 2010 wie auch beim Projekt «ict4kids» vom Februar 2011 war der Stadtrat gezwungen, unter grossem Zeitdruck weitreichende Entscheide zu fällen. Obwohl bei beiden Projekten die verbindlichen kantonalen Vorgaben und Fristen länger bekannt waren, konnten diese nur knapp (Tagesschule) bzw. gar nicht (ict4kids) eingehalten werden. Es zeugt von wenig Respekt gegenüber den gewählten Volksvertreter/-innen, wenn politische Vorlagen nur unter grossen zeitlichen Sachzwängen diskutiert werden können, obwohl die entsprechenden Rahmenbedingungen längst bekannt sind.

Die beiden genannten Projekte stellen den zuständigen Behörden kein gutes Zeugnis aus und zeigen, dass die Bildungsstadt Langenthal unbedingt einer voraussichtlichen Bildungspolitik bedarf. Besonders auf Kantonsebene anstehende bildungspolitische Entwicklungen müssen in Langenthal frühzeitiger erkannt und proaktiver angegangen werden. Zukünftig muss sichergestellt werden, dass auch bei Bildungsvorlagen von grosser Tragweite sowohl eine breite Diskussion und ein frühzeitiger Einbezug der gewählten Volksvertreter/-innen wie auch eine zeitgerechte Umsetzung der Vorhaben möglich sind.

Ich bitte den Gemeinderat deshalb um Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Was unternimmt der Gemeinderat zukünftig, damit politische Vorlagen, insbesondere im Bildungsbereich, von den Behörden nicht mehr unter grossem Zeitdruck behandelt werden müssen bzw. gar erst nach Ablauf kantonalen Fristen umgesetzt werden?*
- 2. Warum hat sich die Stadt Langenthal - im Gegensatz zum überwiegenden Teil der bernischen Städte - nicht mit eigenen Eingaben an den wichtigen kantonalen Vernehmlassungen zum neuen Musikschulgesetz (MSG) und zur Teilrevision des Volksschulgesetzes (REVOS 2012) beteiligt?*
- 3. Inwiefern beteiligt sich die Stadt Langenthal generell an kantonalen Vernehmlassungen, speziell auch im Bildungsbereich? Wie beurteilt der Gemeinderat den aktuellen verwaltungstechnischen Ablauf bei Vernehmlassungen?*
- 4. Warum hat der Gemeinderat in den vergangenen Jahren - trotz umfangreicher Projekte im Bildungsbereich - darauf verzichtet, den Fachbereich Bildung mit zusätzlichen, befristeten Personalressourcen auszustatten, um die anfallenden Arbeiten bewältigen zu können?*
- 5. Die kantonale Bildungsstrategie 2009 enthält verschiedene beabsichtigte Entwicklungsschritte für den Kindergarten und die Volksschule. Teilweise sollen diese bereits im Rahmen der anstehenden Teilrevision des Volksschulgesetzes (REVOS 2012, voraussichtliches Inkrafttreten: 1. August 2013) umgesetzt werden. Die Stadt Langenthal wird also in naher Zukunft von bildungspolitischen Entwicklungsschritten, die durch den Kanton angestossen werden, betroffen sein.*

Wie stellt sich der Gemeinderat zu den nachfolgenden Projekten und welche konkreten diesbezüglichen Überlegungen haben sich die zuständigen Behörden (z.B. Gemeinderat, Volksschulkommission, Schulleitungskonferenz) bereits gemacht?

- a. Einführung einer Schulsozialarbeit (REVOS 2012, Richtlinien der Regierungstätigkeit 2009-2012 [Seite 14], Postulat Müller Reto [SP] und Mitunterzeichnende vom 18. Dezember 2006 betreffend die Einführung einer Schulsozialarbeit für Langenthal)*
- b. Einführung der Basisstufe (REVOS 2012)*
- c. Einführung des obligatorischen zweijährigen Kindergartens (REVOS 2012)*



Stadtrat

Protokoll der 5. Sitzung vom Montag, 27. Juni 2011

- d. *Verlegung des Stichtages für den Eintritt in den Kindergarten vom 30. April auf den 31. Juli (REVOS 2012)*
- e. *Neue Finanzierung Volksschule (FLAG 2012)*
6. *Welche Auswirkungen (finanziell, organisatorisch, personell, infrastrukturell) erwartet der Gemeinderat jeweils als Folge bzw. im Falle einer Realisierung der genannten Projekte?*
7. *Wie sehen die jeweiligen Zeitpläne bei einer (allfälligen) Realisierung der obenstehenden Entwicklungsschritte aus?*
8. *Welche (weiteren) grösseren Bildungsvorlagen stehen gemäss aktuellem Kenntnisstand in den nächsten Jahren zur Behandlung in der Exekutive bzw. im Parlament an?*
9. *Welche bildungspolitischen Akzente sollen in den nächsten Jahren gesetzt werden, um das Profil von Langenthal als Bildungsstadt zu schärfen und zu stärken?"*

Daniel Steiner

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11 E. Eingereichte Interpellation Freudiger Patrick (SVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011 betreffend "Explosion der Sozialhilfekosten für Ausländer?"

Interpellationstext:

"«Explosion der Sozialhilfekosten für Ausländer?»"

Der Gemeinderat wird ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

1. *Wie erklärt sich der Gemeinderat den erneuten deutlichen Anstieg der Langenthaler Sozialhilfekosten im Jahr 2010?*
2. *Weshalb sind insbesondere die Sozialhilfekosten für Ausländer massiv angestiegen?*
3. *Wieso liegt der Ausländeranteil bei der Sozialhilfe in Langenthal über dem kantonalen Durchschnitt?*
4. *Welche Nationalität haben die Ausländer, welche Sozialhilfe beziehen?*
5. *Welchen Aufenthaltsstatus haben die Ausländer, welche Sozialhilfe beziehen?*
6. *Weshalb ist der Anteil von Sozialhilfeempfängern, welche vier oder mehr Jahre lang Sozialhilfe beziehen (bezogen auf die Bezugsdauer der abgeschlossenen Fälle), in Langenthal offenbar höher als derjenige im Kanton Bern?*

Begründung:

Die Sozialhilfekosten steigen ungebremst. Im Jahr 2010 stiegen die Sozialhilfekosten in Langenthal trotz anziehender Konjunktur auf CHF 16'611'031.77; budgetiert waren gemäss Voranschlag 2010 lediglich CHF 14'200'000.00. Offenbar hat auch der Gemeinderat nicht mit einer derartigen neuerlichen Kostenexplosion gerechnet. Im Jahr 2003 betragen die Sozialhilfekosten noch Fr. 8'703'514.25.

Auffallend ist vor allem der hohe Ausländeranteil in der Langenthaler Sozialhilfe. 714 Fälle (ein Fall kann mehrere Personen umfassen) verzeichnete das Sozialamt im Jahr 2010 gemäss Verwaltungsbericht insgesamt, der Ausländeranteil betrug 42,4% (303 Fälle). Auch hier ist eine Steigerung gegenüber dem Vorjahr zu verzeichnen (40,8%). Der Ausländeranteil in der Langenthaler Sozialhilfe liegt damit einerseits massiv über dem Ausländeranteil an der Langenthaler Bevölkerung (ca. 20%) und andererseits ebenso über dem Ausländeranteil in der Sozialhilfe im Kanton Bern.

Dieser Trend ist inakzeptabel und gebietet eine fundierte Analyse, um das Problem lösen oder zumindest eindämmen zu können. Transparenz ist gefordert! Es stellt sich beispielsweise die Frage, welche Nationalität und welchen Aufenthaltsstatus die Sozialhilfe beziehenden Ausländer haben. Andererseits zeigt ein Vergleich der Langenthaler Sozialhilfestatistik mit derjenigen des Kantons, dass - zumindest bezogen auf die abgeschlossenen Fälle im Jahr 2009 - der Anteil von Sozialhilfeempfängern, welche vier oder mehr Jahre lang Sozialhilfe bezogen, in Langenthal höher als derjenige im Kanton Bern ist. "

Patrick Freudiger und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

■ Gemeinderat



11 F. Eingereichte Interpellation Zurlinden Urs (FDP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011 betreffend Landreserven für Industrie und Gewerbe

Interpellationstext:

"Landreserven für Industrie und Gewerbe

Der Gemeinderat wird ersucht, zu folgenden Fragen Auskunft zu geben:

- *Wie gedenkt er den Bedarf an neu verfügbarem Industrie- und Gewerbeland innerhalb des Stadtgebietes zu decken?*
- *Welche Möglichkeiten einer Zusammenarbeit mit den umliegenden Gemeinden werden zur Zeit geprüft?*
- *Wo sieht er im Raum Langenthal welches Entwicklungspotential?*
- *Wie sieht der Zeithorizont für das Angebot von neuem Industrie- und Gewerbeland aus?*

Begründung

Mit dem Verkauf des Landes auf der Steiachermatte (Grundbuchblatt Nm. 5142 und 5051) wird das letzte als Industrieland eingezonte Grundstück verkauft, das sich im Eigentum der Stadt befindet. Weitere Landreserven für Industrie- und Gewerbebauten befinden sich entweder in privatem Eigentum oder gehören der Burgergemeinde.

Für die weitere Entwicklung einer Stadt wie Langenthal ist es aber unerlässlich, nicht nur Land für Wohnbauten, sondern auch für ein dosiertes wirtschaftliches Wachstum im Industrie- und Gewerbesektor anzubieten. Deshalb sind entsprechende Vorsorgen planerischer Art zu treffen oder im Sinne einer Kooperation mit den umliegenden Gemeinden anzustreben und umzusetzen.

Von einem dank Landreserven ermöglichten wirtschaftlichen Wachstum eines regionalen Zentrums wie Langenthal profitieren die Stadt wie auch die Nachbargemeinden. Da die Stadt Langenthal über keine solche Reserven mehr verfügt, sind Lösungen in Absprache mit den umliegenden Gemeinden anzustreben."

Urs Zurlinden und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
- _____



11 G. Eingereichte Interpellation Sterchi Beat (SVP) und Mitunterzeichnende vom 27. Juni 2011 betreffend Aufnahme des Betriebs eines Zentrums für ambulante Suchtbehandlung in Langenthal

Interpellationstext:

"Aufnahme des Betriebs eines Zentrums für ambulante Suchtbehandlung in Langenthal

Nach Zeitungsberichten soll am 1. August 2011 an der Bahnhofstrasse im Uniagebäude eine Methadonabgabestelle eingerichtet werden. Geöffnet ist die Stelle jeweils morgens von 7.00 bis 9.00 Uhr sowie zweimal in der Woche am Abend von 17.00 bis 18.00 Uhr. Das vorgesehene Lokal liegt in einem Wohn- und Geschäftsbereich mit grossem Publikumsverkehr. Neben einem Dienstleistungszentrum verfügt das Quartier über zahlreiche Wohnungen mit Familien. Der Durchgang vor dem Uniagebäude dient der Passage für Fussgänger vom Bahnhof ins Stadtzentrum sowie als Schulweg für Kinder ins Schulareal Kreuzfeld.

Im Zusammenhang mit der geplanten Eröffnung der Methadonabgabestelle ersuche ich den Gemeinderat um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1. Mit wie vielen Benutzern der Methadonabgabestelle rechnet der Gemeinderat?*
- 2. Erfordert die Umnutzung von Teilen des Uniagebäudes einer Baubewilligung und wenn ja, zu welchem Zeitpunkt und mit welchen Auflagen wurde diese erteilt?*
- 3. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass sich keine Szenenbildung von Süchtigen wie bei der Drogenabgabestelle in Bern bildet? Sind spezielle Überwachungsmaßnahmen durch die Polizei vorgesehen?*
- 4. Die Öffnungszeiten am Morgen kollidieren mit dem Schulbeginn im Kreuzfeld. Wie stellt der Gemeinderat sicher, dass der Schulweg aus dem Quartier Jura-Bahnhofstrasse durch die Süchtigen nicht beeinträchtigt wird? Wie sehen die präventiven Massnahmen für Schülerinnen und Schüler aus, deren Schulweg beim Uniagebäude durchführt?*
- 5. Bestehen in Langenthal oder in Nachbargemeinden keine weniger exponierte Lokalitäten, wo die Methadonabgabestelle untergebracht werden könnte?*
- 6. Wieso müssen die Anwohner im Quartier Jura-Bahnhofstrasse die vorgesehene Errichtung der Methadonabgabestelle kurzfristig aus der Zeitung erfahren?*

Beat Sterchi und Mitunterzeichnende

Die Beantwortung der Interpellation erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-



11 H. Eingereichte Einfache Anfrage Dietrich Pascal (jll) vom 27. Juni 2011 betreffend die 1. August-Feier der Stadt Langenthal

Text der Einfachen Anfrage:

"1. August - Feier der Stadt Langenthal

Gestützt auf Art. 39 der Geschäftsordnung des Stadtrats wird der Gemeinderat ersucht, folgende Fragen zu beantworten:

- 1. Beabsichtigt der Gemeinderat, die 1. August - Feier der Stadt Langenthal auch in Zukunft (wie im Jahr 2011) am 31. Juli abzuhalten, oder will er wieder zum bewährten Datum am eigentlichen Festtag zurückkehren?*
- 2. Beabsichtigt der Gemeinderat, die 1. August - Feier der Stadt Langenthal auch in Zukunft (wie im Jahr 2011) in der Markthalle abzuhalten, oder erscheint ihm der beliebte, schön gelegene Bundesfeierplatz in Schoren nicht auch grundsätzlich geeigneter?*
- 3. Falls der Gemeinderat auch der Auffassung ist, die Bundesfeier sollte in Zukunft grundsätzlich wieder (wie vor 2011) auf dem Bundesfeierplatz in Schoren stattfinden - hat der Gemeinderat Ideen und Pläne, wie der Platz bedingt allwettertauglich (z.B. mit einem Festzelt mit offenen Seitenwänden, wie momentan in der Marktgasse) eingerichtet werden könnte?"*

Pascal Dietrich

Die Beantwortung der Einfachen Anfrage erfolgt spätestens an der übernächsten Sitzung des Stadtrates

Protokollauszug an

- Gemeinderat
-